

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Buch, Claudia M.; Eckel, Carsten; Koop, Michael J.; Laaser, Claus-Friedrich; Lücke, Matthias; Schäfer, Clarissa; Schrader, Klaus; Engerer, Hella; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Weißenburger, Ulrich; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter; Werner, Klaus

Research Report

Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel. Fünfter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 240/241

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Buch, Claudia M.; Eckel, Carsten; Koop, Michael J.; Laaser, Claus-Friedrich; Lücke, Matthias; Schäfer, Clarissa; Schrader, Klaus; Engerer, Hella; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Weißenburger, Ulrich; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter; Werner, Klaus (1994) : Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel. Fünfter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 240/241, <http://hdl.handle.net/10419/823>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

240/241

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Die wirtschaftliche Lage Rußlands

**Fortsetzung des Niedergangs ohne
hinreichenden Strukturwandel**

Fünfter Bericht

Inhaltsverzeichnis

I. Die wirtschaftliche Lage	3
1. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung	3
a. Produktion und Investitionen	3
b. Preisentwicklung	6
c. Arbeitsmarkt	7
d. Einkommensentwicklung und Lage der privaten Haushalte	8
2. Finanz- und Geldpolitik	10
a. Öffentliche Haushalte	10
b. Geld und Kredit	12
3. Außenwirtschaft	17
a. Außenhandel	17
b. Zahlungsbilanz und Auslandsverschuldung	18
c. Währungspolitik	20
4. Ordnungspolitische Entwicklungen	21
a. Privatisierungsvorschriften	21
b. Konkursvorschriften	22
c. Steuervorschriften	23
5. Zusammenfassung und Ausblick	25
II. Realwirtschaftliche Anpassung	27
1. Einleitung	27
2. Anpassung aus sektoraler und regionaler Perspektive	28
a. Industrie	28
b. Bauwesen	31
c. Landwirtschaft	32
d. Dienstleistungen und Handel	34
e. Transportwesen	36
f. Anpassung aus regionaler Perspektive	39
3. Anpassung aus eigentumsrechtlicher Perspektive	41
a. Fortgang der Privatisierung	41
b. Entwicklung der privaten Kleinunternehmen	45
c. Unternehmenskontrolle	47
d. Finanzierung	49
e. Unternehmen in ausländischem (Teil-)Eigentum	51
4. Einzelaspekte der Anpassung auf Unternehmensebene	53
a. Management und Beschäftigung	53
b. Produktionssortiment, Absatz und Lagerhaltung	54
c. Marktformen und Preisbildung	55
5. Zusammenfassung und Ausblick	57
Anhangtabelle	62
Literaturverzeichnis	69

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Die wirtschaftliche Lage Russlands / Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin ... - Kiel : Inst. für
Weltwirtschaft.

Bericht 1 u.d.T.: Die wirtschaftliche Lage Russlands und
Weissrusslands

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>

Bericht 5. Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden
Strukturwandel. - 1994

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 240/241)

ISBN 3-89456-083-5

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 21. Dezember 1993 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle damit beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien“ fortzuführen. Die beteiligten Institute haben nunmehr ihren fünften Bericht über die Wirtschaft Rußlands fertiggestellt.

Der Bericht ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird der aktuelle Stand der Wirtschaftsentwicklung und der Reformpolitik dargestellt. Die wirtschaftliche Lage in der Russischen Föderation ließ auch nach Fertigstellung des letzten Berichts kaum Anzeichen einer Wende zum Besseren erkennen, statt dessen hat sich der wirtschaftliche Niedergang fortgesetzt, und es gibt Anzeichen für eine Verschärfung der Krise. Der zweite Teil des Berichts beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der realwirtschaftlichen Anpassung. Die Anpassungsprozesse werden aus sektoraler, regionaler und eigentumsrechtlicher Perspektive analysiert; aus Unternehmersicht werden Anpassungen bei der Beschäftigung, der Finanzierung, der Lagerhaltung und der Preissetzung untersucht.

Nach wie vor werden die Analysen durch den institutionellen Umbruch und das unzuverlässige und inkonsistente statistische Berichtssystem, dessen Qualität sich im Zeitablauf abermals verschlechtert hat, erschwert. Vor allem die Arbeitsmarkt- und die Finanzstatistiken sind lückenhaft und zum Teil widersprüchlich. Transaktionen mit dem Ausland und die Aktivitäten des sich neu entwickelnden Privatsektors werden statistisch nur unzureichend erfaßt. Informationslücken konnten nur teilweise durch Befragung staatlicher Stellen und russischer Wissenschaftler vor Ort geschlossen werden, so daß erhebliche Unsicherheiten über den tatsächlichen Verlauf des Transformationsprozesses verbleiben.

I. Die wirtschaftliche Lage

1. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung

a. Produktion und Investitionen

Der Schrumpfungsprozeß der russischen Wirtschaft hat sich entgegen den Erwartungen des russischen Wirtschaftsministeriums im bisherigen Verlauf des Jahres 1994 beschleunigt (Tabelle 1). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 17 vH (1993: -12 vH), die Industrieproduktion sogar um 24 vH (1993: -16 vH) [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 3]. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß in den Statistiken der wirtschaftliche Niedergang etwas überzeichnet

wird. Insbesondere muß bezweifelt werden, daß die Aktivitäten des Privatsektors in vollem Umfang statistisch erfaßt werden.¹

Im Verlauf des Transformationsprozesses ist es zu bedeutenden strukturellen Verschiebungen in der Entstehung des nominalen BIP gekommen [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 5 f.; Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 1994, S. 7 f.]. Merkwürdig an Bedeutung gewonnen haben die Dienstleistungen, deren Anteil am BIP von 33 vH 1992 auf 50 vH im ersten Halbjahr 1994 gestiegen ist. In demselben Zeitraum ist das relative Gewicht der Güterproduktion von 58 auf 43 vH zurückgegangen. Diese Entwicklung ist auf den stärkeren Anstieg der Preise für

Dieser Bericht wurde am 30. September 1994 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft haben Claudia M. Buch, Carsten Eckel, Michael J. Koop, Claus-Friedrich Laaser, Matthias Lücke, Clarissa Schäfer und Klaus Schrader mitgewirkt. Vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung haben Hella Engerer, Wolfram Schrettl, Mechthild Schrooten und Ulrich Weißenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch, Peter Sigmund und Klaus Werner an diesem Bericht gearbeitet. Der Bericht wird auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Tabelle 1 — Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren in Rußland 1990–1994 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	Januar–Juli 1994
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-12,9	-18,5	-12	-17
Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität	-2,7	-12,2	-19,5	-12 ^a	.
Industrieproduktion	-0,1	-8,0	-18,8	-16,2	-24,0 ^b
Agrarproduktion	-3,6	-4,5	-7,5	-4	.
Investitionen	0,1	-15,5	-40,0	-15	-27
Gütertransportvolumen	-4,3	-8,6	-21,7	-25	-26
Zahl der Beschäftigten	0,1	-2,0	-2,0	-1	-1
Einzelhandelsumsatz, real	10,0	-7,2	-39,9	2	0,5
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher	10,2	-20,8	-41,3	-30	-48
Verkaufspreise der Industrie ^c	.	240	3280	895	340 ^d
Verbraucherpreise ^c	5,3 ^e	150	2500	840	534 ^f

^aSchätzung. — ^bEinschließlich Kleinbetriebe und Joint-ventures. Die Produktion der Groß- und Mittelbetriebe sank um 25,8 vH. — ^cJeweils gegenüber Dezember des Vorjahres. — ^dJuli 1994 gegenüber Juli 1993. — ^eJahresdurchschnitt. — ^fJanuar–Juli 1994 gegenüber Januar–Juli 1993.

Quelle: Goskomstat Rossii [1993a S. 8 ff.; 1994d, S. 3, 295 f.; 1994a, S. 3 ff., 45, 104 f., 153]; Statkom SNG [1993, S. 129 f.; Vestnik statistiki [Nr. 12, 1993, S. 45 ff.].

Dienstleistungen im Vergleich zu den Güterpreisen, auf den relativ geringen Rückgang unentgeltlicher staatlicher Dienstleistungen (z.B. des Bildungs- und des Gesundheitswesens) sowie auf das Wachstum einzelner Dienstleistungsbereiche (Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Vermittlungstätigkeiten) zurückzuführen. Auf der Verwendungsseite des BIP hat der Anteil des privaten Verbrauchs von 36 vH 1992 auf 48 vH im ersten Halbjahr 1994 zugenommen, der Staatsverbrauch stieg von 14 auf 20 vH. Der Anstieg der Verbraucherpreise war geringer als derjenige des BIP-Deflators, so daß der Anteil des privaten Verbrauchs am realen BIP noch stärker gestiegen ist. Dies korrespondiert mit dem Anstieg der Realeinkommen (vgl. Abschnitt I.1.d). An Gewicht verloren haben insbesondere die Lagerinvestitionen und die Exportüberschüsse, die von 12 auf 3 vH bzw. von 12 auf 7 vH zurückgingen. Nachdem die Investitionen 1993 um 16 vH gesunken waren, gab es im ersten Halbjahr 1994 einen Rückgang gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 28 vH. Die Investitionen im produzierenden Bereich² gingen um 37 vH zurück, ihr Anteil am Investitionsvolumen sank auf 57 vH. Dagegen hat der Anteil der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereich, ins-

Tabelle 2 — Entwicklung der Industrieproduktion 1993 und 1994 (vH)

	In vH zur entsprechenden Vorjahresperiode	In vH zum Vormonat
1993		
Januar	78,2	90,3
Februar	81,0	103,7
März	83,0	111,9
April	83,6	92,3
Mai	83,6	94,9
Juni	83,1	100,8
Juli	85,5	87,6
August	88,0	95,0
September	85,8	107,5
Oktober	84,5	97,7
November	84,7	95,5
Dezember	83,9	107,9
1994		
Januar	76,9	82,8
Februar	75,9	102,3
März	72,6	107,0
April	73,1	92,9
Mai	72,0	93,5
Juni	72,6	101,2
Juli	75,9 ^a	101,3 ^a

^aEinschließlich Kleinbetriebe und Joint-ventures. Die Produktion der Groß- und Mittelbetriebe sank gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 25,9 vH, gegenüber dem Vormonat stieg sie um 1,2 vH.

Quelle: Goskomstat Rossii [1994d, S. 10; 1994h, S. 11; 1994i, S. 2].

besondere der Bau von Wohnungen und Sozialeinrichtungen, kontinuierlich zugenommen (vgl. auch Tabellen 13 und 14 in Abschnitt II.2.a).

Die Hälfte aller Investitionen wurde im staatlichen und kommunalen Sektor getätigt (1993: 63 vH). Die Unternehmen mit gemischten Eigentumsformen, zu denen insbesondere Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung zählen, hatten einen Anteil von 30 vH (1993: 22 vH), auf den privaten Sektor entfielen 16 vH (1993: 12 vH). Etwa ein Drittel der Investitionen wurde aus den öffentlichen Haushalten bzw. den staatlichen Investitionsfonds finanziert. Knapp 4 vH des gesamten Investitionsvolumens wurde von ausländischen Unternehmen (einschließlich Joint-ventures) getätigt [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 35 ff.; Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 1994, S. 60 ff.].

Der Rückgang der Industrieproduktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat lag im ersten Halbjahr 1994 zwischen 23 vH im Januar und 28 vH im Mai (Tabelle 2). Anzeichen einer Stabilisierung waren somit im Vorjahresvergleich während des gesamten Zeit-

raums nicht festzustellen. Im Vormonatsvergleich kam es zwar in vier Fällen zu einem leichten Produktionsanstieg, dieser war jedoch überwiegend saisonaler Natur.

Die Diskrepanzen in der Produktionsentwicklung zwischen den einzelnen Industriezweigen haben im Vergleich zu 1993 deutlich zugenommen (Tabelle 3). Während die Produktion der extraktiven Industriezweige um 14 vH zurückging, blieb die Erzeugung der verarbeitenden Industriezweige um 30 vH unter dem Vorjahresniveau. Einen unterdurchschnittlichen Produktionsrückgang verzeichneten insbesondere die Stromwirtschaft (-7 vH), die Erdgasindustrie (-6 vH), die Kohleindustrie (-11 vH) und die NE-Metallurgie (-13 vH). Im Maschinenbau und in der metallverarbeitenden Industrie führte die weiterhin rückläufige Nachfrage nach Investitionsgütern erneut zu massiven Produktionseinbußen (-42 vH), von denen der landwirtschaftliche Maschinenbau (-77 vH) am stärksten betroffen war. Um mehr als die Hälfte schrumpfte auch die Herstellung von Bau- und Werkzeugmaschinen. Im Unterschied zum Vorjahr, in dem sich die Erzeugung von langlebi-

Tabelle 3 — Entwicklung der Industrieproduktion in Rußland nach Branchen 1990–1994 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1. Halbjahr 1994
Industrie insgesamt	-0,1	-8,0	-18,8	-16,2	-25,8
Elektrizitätswirtschaft	2,0	0,3	-4,0	-5,3	-7,1
Brennstoffindustrie	-3,3	-6,0	-12,5	-15,0	-13,8
Erdölfördernde Industrie	-6,4	-9,9	-16	-14,0 ^a	-14,4
Erdölverarbeitende Industrie	-2,8	-2,3	-11,2	-18,0 ^a	.
Erdgasindustrie	2,9	1,0	-1,4	-3,0 ^a	-5,7
Kohleindustrie	-3,6	-12,1	2,2	-8,0 ^a	-11,4
Eisen- und Stahlindustrie	-1,9	-7,4	-17,4	-16,6	-24,4
NE-Metallurgie	-2,4	-8,7	-26,8	-18,1	-13,3
Chemische und petrochemische Industrie	-2,2	-6,3	-22,3	.	-35,5
Chemieindustrie	-3,3	-8,3	-25,0	-19,9	-30,5
Petrochemie	-1,3	-3,0	-17,0	-24,9	-44,5
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1,1	-10,0	-14,9	-15,6	-42,0
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1,2	-9,0	-14,6	-18,7	-33,3
Baustoffindustrie	-0,9	-2,4	-24,7	-17,6	-32,2
Leichtindustrie	-0,1	-9,0	-26,4	-23,4	-43,6
Nahrungsmittelindustrie	0,4	-9,5	-18,7	-9,2	23,6
^a Vorläufige Angaben.					

Quelle: Goskomstat Rossii [1992b, S. 33 f.; 1993a, S. 160; 1993c, S. 110, 112; 1993d, S. 108 f.; 1994c, S. 3 ff., 153; 1994j, S. 127].

gen Konsumgütern durch den „Maschinenbaukomplex“ weit günstiger entwickelte als die Investitionsgüterproduktion, wurden im ersten Halbjahr 1994 auch hier starke Rückgänge verzeichnet, darunter bei Personenkraftwagen um 23 vH, Kühl- und Gefrierschränken um 18 vH, Waschmaschinen um 48 vH, Staubsaugern um 61 vH und Fernsehgeräten um 36 vH. Unbefriedigend verläuft weiterhin die Konversion der Rüstungsindustrie, in der die Produktion von zivilen Erzeugnissen um 40 vH sank (gesamte Produktion: -42 vH). In einer außerordentlich kritischen Situation befinden sich zahlreiche Unternehmen der Leichtindustrie, deren Produktion um 44 vH zurückging (Textilindustrie: -38 vH; Bekleidungsindustrie: -51 vH; Leder-, Pelz- und Schuhindustrie: -55 vH). Da der Einzelhandelsumsatz im ersten Halbjahr 1994 konstant blieb,³ ist der Rückgang der industriellen Konsumgüterproduktion, der sich insgesamt auf 28 vH belief, in erster Linie ein Ausdruck der rückläufigen Lagerbestände und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der rus-

sischen Unternehmen auf dem einheimischen Markt. Im Verlauf des ersten Halbjahres sank der Marktanteil der russischen Bekleidungs- und Schuhindustrie um 10 Prozentpunkte auf unter 50 vH, bei den Erzeugnissen der Leichtindustrie insgesamt beträgt der Marktanteil von Importwaren derzeit 27 vH gegenüber 11 vH 1991.⁴

b. Preisentwicklung

Das Inflationstempo hat sich in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 merklich abgeschwächt. Lediglich im Januar lagen die monatlichen Steigerungsraten der industriellen Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise mit jeweils etwa 20 vH sowie der gesondert berechneten Preise für Investitionsgüter und Bauleistungen mit 25 vH noch auf dem Vorjahresniveau (Tabelle 4). Von Mai bis Juli belief sich der Anstieg der Produzenten- und Verbraucherpreise auf weniger als 10 vH im Monat [Goskomstat Rossii, 1994d, S. 71].

Tabelle 4 — Daten zur Preisentwicklung 1994 (Preisanstieg gegenüber dem Vormonat in vH)

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Juli gegenüber Dezember
Verbraucherpreise	17,9	10,8	7,4	8,5	6,9	6,0	5,3	82
Nahrungsmittel	21,0	10,6	5,8	5,6	6,8	5,6	3,8	75
Andere Konsumgüter	10,7	8,9	7,7	7,2	5,5	5,0	5,0	62
Dienstleistungen	37,7	21,5	16,8	31,8	12,7	11,4	13,3	266
Industrielle Erzeugerpreise	19,0	16,0	10,0	10,0	7,0	8,0	8,0	108
Elektrizitätswirtschaft	22,0	16,0	17,0	11,0	19,0	8,0	12,0	165
Brennstoffindustrie	24,0	22,0	13,0	6,0	3,0	8,0	4,0	110
Eisen- und Stahlindustrie	8,0	12,0	10,0	17,0	10,0	12,0	8,0	107
NE-Metallurgie	13,0	11,0	12,0	9,0	3,0	11,0	.	.
Chemieindustrie	24,0	13,0	13,0	11,0	11,0	14,0	5,0	134
Petrochemie	15,0	18,0	10,0	11,0	10,0	8,0	9,0	115
Maschinenbau	21,0	17,0	7,0	12,0	7,0	7,0	6,0	106
Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie	20,0	13,0	11,0	9,0	8,0	11,0	8,0	112
Baustoffindustrie	20,0	16,0	13,0	13,0	8,0	6,0	7,0	118
Leichtindustrie	12,0	16,0	7,0	12,0	5,0	6,0	6,0	84
Nahrungsmittelindustrie	15,0	12,0	9,0	6,0	5,0	6,0	6,0	76
Aufkaufpreise für tierische Erzeugnisse	14,0	12,0	3,0	1,0	1,0	0,4	-0,8	34
Preise für Investitionsgüter und Bauleistungen	25,0	17,0	9,0	21,0	6,0	5,0	8,0	132
Gütertransporttarife	20,0	40,0	8,0	11,0	10,0	6,0	3,0	142

Quelle: Goskomstat Rossii [1994d, S. 71, 295 f.; 1994i, S. 22 ff.].

Die Verkaufspreise der Industrie an den Großhandel stiegen in den Monaten Januar bis Juli um 108 vH. Stärker als im Durchschnitt wurden die Preise der Stromwirtschaft (165 vH), der Chemieindustrie (134 vH) und der Baustoffindustrie (118 vH) angehoben. Die Preiserhöhungen für Erzeugnisse der Brennstoffindustrie, der Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie und des Maschinenbaus entsprachen ungefähr denjenigen für die Industrie insgesamt. Demgegenüber lag der Preisanstieg in der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie lediglich bei ungefähr 80 vH [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 4 ff., 284].

Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise werden insbesondere auf regionaler Ebene weiterhin in erheblichem Maße administriert, wobei die niedrigen Aufkaufpreise durch Subventionen kompensiert werden. Im Ergebnis sind die von den Beschaffungsorganisationen gezahlten Preise für Agrarprodukte im ersten Halbjahr 1994 mit 40 vH weit geringer angestiegen als die übrigen Preisindizes. Demgegenüber haben sich die Preise für die Inputs der Landwirtschaft in der ersten Hälfte des Jahres um 90 vH erhöht [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 80 f.; Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 1994, S. 25].

Der Anstieg der Verbraucherpreise im Verlauf der ersten sieben Monate wird vom Goskomstat mit 82 vH angegeben⁵ (Nahrungsmittel: 75 vH; übrige Konsumgüter: 62 vH; Dienstleistungen: 266 vH). Besonders stark sind seit Jahresbeginn die Mieten, die Wohnungsnebenkosten und die Tarife für einige kommunale Dienstleistungen angestiegen (um 800 bis 900 vH). Im Juli 1994 lag der Preisindex um 340 vH über dem Vorjahresniveau (Nahrungsmittel: 310 vH; übrige Konsumgüter: 270 vH; Dienstleistungen: 1 110 vH) [Goskomstat Rossii, 1994d, S. 70 ff., 295]. Ebenso wie die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise werden die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel, aber auch für Kinderkleidung und Medikamente auf lokaler Ebene in zahlreichen Regionen administriert, wobei häufig eine Begrenzung der Handelsspannen praktiziert wird [Ministerstvo ekonomiki Rossijskoj Federacii, 1994a, S. 15].

c. Arbeitsmarkt

Die Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistiken ist mit besonderer Unsicherheit behaftet. Ende Juni 1994 waren bei den Arbeitsämtern lediglich 1,5 Mill. Personen ohne Beschäftigung registriert, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von etwa 2 vH (Ende Dezember 1993: 1,1 Mill. bzw. 1,5 vH). Von ihnen waren 1,3 Mill. (Ende Dezember: 836 000) als Arbeitslose anerkannt, d.h., sie waren länger als drei Monate ohne Beschäftigung. Die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen betrug 374 000 gegenüber 352 000 Ende Dezember [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 1] (Tabelle 5).

Es kann davon ausgegangen werden, daß sich insbesondere in den ländlichen Gebieten nicht alle Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern melden. Goskomstat hat daher alternativ zu den Meldungen der Arbeitsämter die Zahl der Arbeitslosen nach der Methodik des Internationalen Arbeitsamtes (ILO)⁶ mit 4,5 Mill. errechnet, was einer Arbeitslosenquote von 6 vH entspricht (Ende Dezember: 3,8 Mill. bzw. 5 vH). Wegen der fortdauernden Unterstützung verlustbringender Unternehmen durch den Staat, der Nichtanwendung des Konkursgesetzes sowie des hohen Umfangs an Kurzarbeit entsprach der Beschäftigungsabbau in den staatlichen bzw. in den in Aktiengesellschaften umgewandelten Großbetrieben bis jetzt bei weitem nicht dem Produktionsrückgang. Es existiert daher eine verdeckte Arbeitslosigkeit. Ihr Umfang wird von Goskomstat gleichfalls auf 4,5 Mill. geschätzt, so daß von einer offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit von 9 Mill. (Arbeitslosenquote 12 vH) ausgegangen wird. Angesichts eines Rückgangs des BIP seit 1990 um etwa 50 vH und der bereits in der Ausgangssituation vorhandenen personellen Überbesetzung der meisten Staatsbetriebe ist jedoch selbst diese Größe zu niedrig.

Der Arbeitsmarkt wird allerdings durch die zunehmenden Beschäftigungsmöglichkeiten im privaten Sektor entlastet, die von der Statistik nur in unzureichendem Maß erfaßt werden. Insbesondere wächst die Bedeutung von zweiten

Tabelle 5 — Arbeitsmarktentwicklung nach Monaten 1993 und 1994 (1 000 Personen)

	Arbeitslose			Offene Stellen
	Berechnungsmethode des ILO	bei den Arbeitsämtern gemeldet	anerkannt ^a	
1993				
1. Januar	3 588	968	578	307
1. Februar	.	1 014	628	301
1. März	.	1 065	692	311
1. April	.	1 082	732	358
1. Mai	.	1 086	751	404
1. Juni	.	1 055	740	472
1. Juli	.	1 006	717	519
1. August	.	989	717	511
1. September	.	979	714	511
1. Oktober	.	969	706	496
1. November	.	994	728	453
1. Dezember	.	1056	779	386
1994				
1. Januar	3 800	1085	836	352
1. Februar	3 800	1165	894	283
1. März	4 000	1266	989	275
1. April	4 400	1 364	1 083	289
1. Mai	4 500	1 460	1 180	325
1. Juni	4 500	1 483	1 219	347
1. Juli	4 500	1 516	1 260	374
1. August	4 600	1 581	1 324	382

^aMindestens drei Monate ohne Beschäftigung.

Quelle: Goskomstat Rossii [1994a, S. 153 f.; 1994j, S. 48; 1994k, S. 4; 1994l, S. 4; 1994b, S. 4; 1994c, S. 4; 1994d, S. 4].

Arbeitsverhältnissen, die den von Kurzarbeit betroffenen Personen die Möglichkeit verschaffen, ihre Einkommenseinbußen teilweise zu kompensieren. Der Gesamtumfang derartiger Beschäftigungsverhältnisse belief sich Mitte 1994 nach Schätzungen der Regierung auf 8 Mill., davon entfielen etwa 2,5 Mill. auf Handels- und Vermittlungstätigkeiten. Angesichts der Natur dieser Nebenerwerbstätigkeiten sind derartige Schätzungen aber zwangsläufig fragwürdig [Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 1994, S. 84 ff.].

Zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes hat die Regierung am 15. Juni 1994 ergänzend zu den bisherigen Beschlüssen auf diesem Gebiet ein föderales Beschäftigungsprogramm für das Jahr 1994 verabschiedet. Das Programm soll etwa 9 Mill. Personen zugute kommen und hat ein Volumen von 4 bis 6 Bill. Rubel. Zu den Bestandteilen des Programms zählen gezielte Hilfen für zahlungsunfähige und vom Konkurs bedrohte Unternehmen, Lohnsubventionen, Ar-

beitsbeschaffungs- und Umschulungsmaßnahmen, finanzielle Hilfen für Arbeitslose sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 13, S. 2020 ff.].

d. Einkommensentwicklung und Lage der privaten Haushalte

Die nominalen Geldeinkommen haben sich im Zeitraum Januar bis Juni 1994 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 630 vH erhöht [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 64]. Dem entspricht eine Erhöhung der realen Geldeinkommen von 35 vH (Tabelle 6). Die Reallöhne waren im Juni 1994 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 14 vH niedriger; gegenüber Januar 1994 ist jedoch eine Steigerung um etwa 6 vH eingetreten. Allerdings waren im Transportgewerbe, im Gesundheits- und Bildungswesen, im Bereich der Kultur und bei den Banken und Versicherungen seit Jahresbeginn 1994

Reallohnverluste zu verzeichnen [Goskomstat Rossii, 1994a, S. 311; 1994c, S. 283; 1994d, S. 270]. Der durchschnittliche Monatslohn betrug im Juni 1994: 207 500 Rubel. Die höchsten Löhne wurden wie bisher im Banken- und Versicherungssektor (390 200 Rubel) gezahlt, gefolgt vom Transportgewerbe (315 000 Rubel). Die Landwirtschaft hat das mit Abstand niedrigste Lohnniveau (100 700 Rubel). Die Löhne der Forstwirtschaft und in den meisten haushaltsfinanzierten Bereichen liegen ebenfalls weit unter dem Durchschnitt. Der Lohnzuwachs im Kulturbereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen war für den Zeitraum Januar bis Juni 1994 unterdurchschnittlich, so daß sich der Abstand zu den anderen Sektoren vergrößert hat.

Tabelle 6 — Entwicklung der realen Geldeinkommen und der Reallöhne 1994

	Reale Geldeinkommen	Reallöhne
Januar	100	100
Februar	116,0	97,3
März	128,6	103,2
April	131,1	99,0
Mai	120,6	99,1
Juni	134,6	105,8

Quelle: Goskomstat Rossii [1994c, S. 66]; eigene Berechnungen.

Der Mindestlohn beträgt ab 1. Juli 1994: 20 500 Rubel, das Existenzminimum 85 700 Rubel. Für die durchschnittlichen Altersrenten werden ab 1. Juli 1994: 82 000 Rubel genannt.

Die Struktur der Einkommen hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert (Tabelle 7). Die sonstigen Einkommen, die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, aus Beteiligungen an betrieblichen Gewinnen und aus Finanz- und Immobiliengeschäften enthalten, erreichten einen Anteil von etwa einem Drittel, während der Anteil der Löhne entsprechend gesunken ist. In den sonstigen Einkommen könnten auch versteckte Lohnzahlungen enthalten sein.

In der Verwendungsstruktur der Geldeinkommen traten weitere Veränderungen ein (Ta-

Tabelle 7 — Struktur der Geldeinkommen 1993 und 1994 (vH)

	Dezember 1993	1. Halbjahr 1994
Insgesamt	100	100
Löhne	74	50,3
Transferleistungen	15	15,5
Einnahmen aus Unternehmertätigkeit, Kredit- und Gewinnbeteiligungen, Immobiliengeschäften und Finanzoperationen; sonstige Einnahmen	11	34,2

Quelle: Goskomstat Rossii [1994a, S. 139; 1994c, S. 63 f.]; eigene Berechnungen.

belle 8). Der Anteil der Konsumausgaben ist gegenüber 1993 gesunken, während die Ersparnis weiter gestiegen ist. Dabei hat sich der Anteil der Ausgaben für den Kauf von Devisen von etwa 3,6 vH im Juli 1993 auf 11,5 vH im Juni 1994 besonders schnell erhöht.

Tabelle 8 — Struktur der Verwendung der Geldeinkommen 1992 bis Juni 1994 (vH)

	1992	1993	Juni 1994
Gesamteinnahmen	100	100	100
verwendet für:			
Kauf von Gütern und Dienstleistungen	72,9	69,3	61,2
Steuern und Beiträge	8,7	7,8	10,8
Zuwachs der Spareinlagen und Kauf von Devisen	4,8	14,3	19,9
Zuwachs des Bargeldbestands	13,6	8,6	8,1

Quelle: Goskomstat Rossii [1994a, S. 149; 1994c, S. 65].

Der Unterschied in den durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, gemessen am höchsten und niedrigsten Einkommensdezil, hat sich gegenüber Juni 1993 vom 8,8fachen auf das 7,3fache verringert. Die Gruppe mit den höchsten Einkommen (jeweils 10 vH der Bevölkerung) verfügt über 23 vH, die mit den niedrigsten über 3 vH der Einkommen [Goskomstat Rossii, 1994c].

2. Finanz- und Geldpolitik

a. Öffentliche Haushalte

Im Mittelpunkt der seit Jahresbeginn 1994 in Kraft getretenen finanzrechtlichen Neuregelungen stand eine Stärkung der regionalen Steuerautonomie und die Neufassung des Finanzausgleichs. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 1994 zeigt, daß auch mit dieser Reform der Beziehungen zwischen Regionen und Zentrum die wichtigen Probleme des föderalen Budgets nicht gelöst werden können. Die anhaltende finanzpolitische Konzeptionslosigkeit spiegelte sich in den zähen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Parlament um Ausgabenstruktur und Defizithöhe des Föderationshaushalts während der ersten sechs Monate des Jahres 1994 wider; Ende Juni 1994 konnte der föderale Haushalt für das laufende Jahr verabschiedet werden [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 10, S. 1525 ff.]. Dieser sieht für das Jahr 1994 Einnahmen in Höhe von 124,5 Bill. Rubel vor, denen Ausgaben in der Größenordnung von 194,5 Bill. Rubel gegenüberstehen; ein Ausga-

benanteil von 36 vH würde demnach nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden können.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1994 sind die Einnahmen des konsolidierten Haushalts⁷ im Vergleich zum Vorjahreszeitraum real um etwa 30 vH gesunken.⁸ Zwar stellten, wie in den Vorjahren, die Gewinn- und die Mehrwertsteuer die wichtigsten Einnahmequellen⁹ dar (Tabelle 9), jedoch mußten bei beiden Steuerarten überdurchschnittliche reale Rückgänge hingenommen werden, die auch im Zusammenhang mit den Produktionseinbrüchen im ersten Halbjahr zu sehen sind. Der deutliche Zuwachs der Einnahmen aus Zöllen ist auf steuerrechtliche Neuregelungen zurückzuführen (vgl. Abschnitt I.4.c). Nach wie vor spielt das Einkommensteueraufkommen eine eher untergeordnete Rolle; durch häufige Anpassung der Einkommensgrenzen an die Inflationsentwicklung wird die Wirkung der „kalten Progression“ weitgehend ausgeschaltet. Über die Zusammensetzung des Postens „sonstige Einnahmen“ liegen keine Informationen vor.

Tabelle 9 — Konsolidierter Haushalt, ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben 1992–1994

	1992	1993		1994	1992	1993		1994	1992	1993		1994
	Jahr	1. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr
	Bill. Rubel				Anteil an den Gesamteinnahmen/-ausgaben (vH)				Anteil am BIP (vH)			
Einnahmen insgesamt	5,3	13,2	41,8	60,0	100,0	100,0	100,0	100,0	29,4	28,8	25,8	25,6
Direkte Steuern												
davon aus:												
Gewinnsteuer	1,6	5,1	16,8	18,1	29,4	38,6	40,1	30,2	8,7	11,1	10,3	7,7
Einkommensteuer	0,4	1,0	4,4	5,9	8,1	7,6	10,5	9,8	2,4	2,2	2,7	2,5
Indirekte Steuern												
davon aus:												
Akzisen	0,2	0,5	1,8	2,2	4,0	3,8	4,3	3,7	1,2	1,1	1,1	0,9
Mehrwertsteuer	2,0	3,6	11,3	12,1	37,7	27,3	27,0	20,2	11,1	7,9	7,0	5,2
Zölle usw.	0,5	0,9	2,3	7,2	8,8	6,8	5,6	12,0	2,6	2,0	1,4	3,1
Sonstige Einnahmen	0,6	2,1	5,2	14,5	12,0	15,9	12,5	24,2	3,5	4,6	3,2	6,2
Ausgaben insgesamt	6,0	14,6	57,3	81,0	100,0	100,0	100,0	100,0	33,0	31,9	35,3	34,6
Volkswirtschaft	2,1	3,9	16,1	19,8	42,0	26,7	28,1	24,4	11,4	8,5	9,9	8,5
Soziokulturelle Maßnahmen	1,4	3,8	14,3	20,6	23,2	26,0	25,0	25,4	7,6	8,3	8,8	8,8
Verteidigung	0,9	1,9	7,2	9,6	14,3	13,0	12,6	11,9	4,7	4,1	4,4	4,1
Sonstige	1,7	5,0	19,7	31,0	20,5	34,3	34,4	38,3	9,2	10,9	12,1	13,2
Saldo Einnahmen–Ausgaben	-0,6 ^a	-1,4	-15,5	-21,0					-3,6 ^a	-3,1	-9,5	-9,0

^aIm Jahr 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich.

Quelle: Goskomstat Rossii [1994j; 1994d]; eigene Berechnungen.

Größer als jeder einzelne Einnahmeposten war die Summe der aufgelaufenen Steuerrückstände der Industriebetriebe, des Baugewerbes, der Landwirtschaft und des Transportwesens; sie beliefen sich zum 1. Juli 1994 auf 18,9 Bill. Rubel (etwa 32 vH der Einnahmen bzw. knapp 8 vH des BIP) [Goskomstat Rossii, 1994d, S. 90]. Die Steuerrückstände sind zum einen als eine eigenmächtige Erweiterung des Kreditspielraums von seiten des Unternehmenssektors zu verstehen; Liquiditätsengpässe im Unternehmenssektor werden so auf die Budgetsphäre überwältigt. Die Rückstände sind zum anderen auch teilweise eine Reaktion der Unternehmen auf ausstehende Zahlungen des Staates für Lieferungen und Leistungen. Für die Tilgung der im Jahr 1993 und im ersten Quartal 1994 aufgelaufenen Schulden wurden bis zum 1. Juli 1994 Haushaltsmittel im föderalen Budget in der Höhe von 4,3 Bill. Rubel verwandt (etwa 8 vH der föderalen Gesamtausgaben). Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die öffentlichen Haushalte und insbesondere der föderale Haushalt Nettogläubiger des Unternehmenssektors sind [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 100 f.].

Auf die Erhöhung der Steuerdisziplin zielen mehrere Präsidialerlasse vom Mai 1994, die insbesondere eine Informationspflicht der Banken gegenüber den Finanzbehörden betonen und bestehende Sanktionsmöglichkeiten erweitern [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 5, S. 637 f.]. Diese formale Kompetenzerweiterung der Finanzbehörden wird jedoch die Steuerdisziplin nur begrenzt steigern können. Denn einerseits sind die Finanzbehörden mit der Erfassung der steuerrechtlich relevanten wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere des Privatsektors, überfordert. Andererseits überlasten anhaltende Detailänderungen des Steuerrechts die sich erst etablierende Verwaltung. Insgesamt zeigt sich in dem erheblichen Ausmaß der Steuerrückstände, exemplarisch für die gesamte ordnungspolitische Situation, die immer noch schwache Rechtsposition von Gläubigern gegenüber Schuldern, die ihrerseits wiederum die erheblichen Durchsetzungsprobleme des Staates reflektiert.

Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts sind im ersten Halbjahr 1994 im Vergleich zum

Vorjahreszeitraum real um etwa 13 vH gesunken. Angesichts der seit Herbst 1993 restriktiveren Geldpolitik könnte diese Entwicklung vordergründig als ein Ansatz interpretiert werden, die bislang beobachtbare Substitution von Geld- und Fiskalpolitik zu begrenzen. Nicht länger würden die Folgen einer Begrenzung der Subventionszahlungen durch eine expansivere Kreditpolitik abgemildert. Bei einem Zusammenspiel von restriktiverer Geldpolitik und strafferer Fiskalpolitik würde sich der Anpassungsdruck auf den Unternehmenssektor erhöhen. Allerdings ist unklar, in welchem Ausmaß der reale Ausgabenrückgang durch verzögerte Zahlungen aus dem Budget zustande kommt.¹⁰ Im ersten Halbjahr 1994 überstiegen die Ausgaben für soziokulturelle Maßnahmen, erstmals seit Beginn des Transformationsprozesses, das Volumen des bislang dominierenden Postens „Volkswirtschaft“ (Tabelle 9), hinter dem sich vor allem Subventionszahlungen und Staatsaufträge verbergen.¹¹ Die gleichzeitige Anteilssteigerung der „sonstigen Ausgaben“ deutet auf eine Umschichtung zugunsten von subventionierten Krediten hin. Schrittweise werden die Verteidigungsausgaben abgebaut, die einen im Vorjahresvergleich nahezu konstanten Anteil am rückläufigen BIP haben.

Die reale Ausgabenkürzung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurde vom Einnahmerückgang übertroffen; das Defizit des konsolidierten Haushalts erreichte im ersten Halbjahr 1994 die Größenordnung von 9 vH des BIP. Die Defizitfinanzierung erfolgte, wie in den Vorjahren, vorrangig durch vergünstigte Zentralbankkredite (18,1 Bill. Rubel; 86 vH des Defizits) [Goskomstat Rossii, 1994d, S. 93]. Diese Kredite werden bei einer Laufzeit von 10 Jahren zu einem Jahreszinssatz von 10 vH vergeben [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 10, S. 15–26]. Eine so deutlich negative Realverzinsung kommt einem Forderungsverzicht der Zentralbank gleich. Obwohl die Bedeutung von staatlichen Wertpapieren für die Defizitfinanzierung wächst, spielt diese Finanzierungsform nach wie vor eine untergeordnete Rolle.¹² Das Defizit des konsolidierten Haushalts entsteht allein auf der Föderationsebene; die Haushalte der nachgeordneten Gebietskör-

perschaften verfügten in ihrer Summe in den ersten sechs Monaten über leichte Überschüsse (0,8 Bill. Rubel) [Goskomstat Rossii, 1994d, S. 93]. Die unterschiedliche Haushaltssituation der einzelnen föderalen Ebenen reflektiert vor allem deren jeweilige Zugriffsmöglichkeiten auf vergünstigte Zentralbankkredite. Da diese Finanzierungsmöglichkeit nur dem Föderationshaushalt offensteht, fällt das Defizit dort an. Die nachgeordneten Gebietskörperschaften sichern ihre Einnahmen zum Teil durch Nichtabführung von Steuern in den föderalen Haushalt und partizipieren zugleich am Finanzausgleichssystem.

Die fehlende Äquivalenz zwischen Ausgabenkompetenzen und Erhebungsrechten auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen spiegelte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1994 in der wachsenden Kluft zwischen Gesamtausgaben- und Gesamteinnahmeanteilen des Föderationshaushalts wider: Während auf das föderale Budget ein Ausgabenanteil von 52 vH entfiel, belief sich der Einnahmeanteil auf 48 vH [Goskomstat Rossii, 1994d, S. 90 f.]. Der nicht durch Einnahmen gedeckte Ausgabenanteil des Föderationshaushalts erreichte zum 1. Juli 1994 eine Größenordnung von 42 vH (etwa 9,3 vH des BIP) und lag damit deutlich über der Vorgabe des Haushaltsgesetzes. Die geplanten Ausgaben für die Volkswirtschaft (23,2 vH der Gesamtausgaben) liegen nur wenig über den Verteidigungsausgaben (20,6 vH); etwa 10,5 vH der Gesamtausgaben sollen für den Finanzausgleich verwandt werden. Tatsächlich wurden im ersten Halbjahr 1994 Einnahmen in Höhe von 29,5 Bill. Rubel (24 vH der geplanten Einnahmen) erzielt und Ausgaben in der Größenordnung von 51,3 Bill. Rubel (26 vH der geplanten Ausgaben) getätigt. De facto entfielen in den ersten sechs Monaten 1994 auf die Verteidigungsausgaben 19 vH der Gesamtausgaben, auf die „Volkswirtschaft“ jedoch nur 11 vH. Im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich wurden Ausgaben in der Größenordnung von 11 vH der Gesamtausgaben getätigt. Nach Angaben des stellvertretenden Finanzministers Alexaschenko sind vor allem die Einnahmeschätzungen viel zu optimistisch; er erwartet Einnahmen für das gesamte Jahr

1994 in der Größenordnung von 64 Bill. Rubel, also nur etwa 50 vH der im Haushaltsgesetz geplanten Summe [Financial Times vom 28. September 1994].

Insgesamt läßt sich an der bisherigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte im Jahresverlauf erkennen, daß auch mit den seit Jahresbeginn implementierten Reformansätzen die erheblichen finanzpolitischen Probleme nicht einmal ansatzweise gelöst werden konnten. Vielmehr besteht die Gefahr, daß das Defizit des konsolidierten Haushalts in der zweiten Jahreshälfte ansteigen wird. Denn erfahrungsgemäß fallen insbesondere im dritten Quartal erhebliche Ausgaben vor allem im Zusammenhang mit dem Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse an. Dazu paßt, daß im Juli 1994 eine budgetfinanzierte Kreditierungsmöglichkeit für notleidende Betriebe eingeräumt und damit bereits eine gewisse Lockerung der Fiskalpolitik eingeleitet wurde [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 11, S. 1656 f.]. Das Fehlen einer tragfähigen finanzpolitischen Konzeption erschwert die Politik der Ausgabenkürzung als Reaktion auf die Einnahmeausfälle. Angesichts der bestehenden Haushaltssituation und den zu antizipierenden Ausgabenbelastungen überrascht, daß die seit Mai 1994 geplante neuerliche Steuerreform auf eine deutliche Senkung der Mehrwert- und Gewinnsteuersätze bei gleichzeitiger Erhöhung der Einkommensteuerbelastung natürlicher Personen und einer stärkeren Betonung der Vermögensteuer zielt [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 5, S. 635 f.]. Noch immer ist keine in sich stimmige finanzpolitische Strategie zu erkennen, die der stabilitätspolitischen Verantwortung und den verteilungspolitischen Anforderungen Rechnung tragen könnte. Das gesamte Finanzsystem wirkt wie ein disharmonisches Zusammenspiel von ad hoc ergriffenen Einzelmaßnahmen, die ihrerseits wiederum jederzeit partiellen Novelierungen unterliegen können.

b. Geld und Kredit

Der geldpolitische Kurs war im ersten Halbjahr 1994, wie bereits in den letzten Monaten von 1993, durch eine Verringerung des Geldmengenwachstums und positive Realzinsen geprägt.

Infolge dieser stabilitätsorientierten Politik sank die durchschnittliche monatliche Inflationsrate von noch 20 vH im Jahr 1993 auf unter 10 vH in der ersten Hälfte von 1994. Allerdings kann dieser positive Befund nicht uneingeschränkt als Indiz für einen nachhaltigen Kurswechsel in der Geld- und Kreditpolitik der Zentralbank gewertet werden. Vielmehr gibt es Hinweise auf eine Lockerung der Geldpolitik. Zum einen verschärft sich das Problem notleidender Kredite in den Bilanzen russischer Banken, so daß eine Bankenkrise droht. Zum anderen ist die zwischenbetriebliche Verschuldung stark angestiegen, für deren Verminderung bisher noch kein stabilitätsorientierter Lösungsansatz gefunden wurde. Vielmehr ist es in den vergangenen Wochen erneut zu der Ausgabe subventionierter Bargeld- und Kreditlieferungen an Unternehmen der Landwirtschaft, der Schwerindustrie und des militärisch-industriellen Komplexes gekommen.

Hinsichtlich der Entwicklung der nominalen Geldmenge ergibt sich für die ersten beiden Quartale von 1994 kein einheitliches Bild. Nachdem noch im ersten Quartal sämtliche Geldmengenaggregate weniger stark als im Vorjahresdurchschnitt gestiegen waren, war ein stärkerer Anstieg im zweiten Quartal als im ersten zu verzeichnen (Tabelle 10). Auch die Nettokreditvergabe an die Regierung stieg stärker an.¹³ In realen Größen gemessen sanken sowohl die Geldmenge M2 und die Kreditvergabe der Zentralbank als auch die Bargeldmenge in der zweiten Hälfte von 1993 und im ersten Quartal von 1994. Diese Kontraktion der realen Geldmenge war Anfang 1994 nach ein- einhalb Jahren erstmals wieder von einem realen Anstieg der zwischenbetrieblichen Verschuldung der Unternehmen begleitet (Schaubild 1).¹⁴ Nachdem der Anteil der überfälligen Verschuldung Mitte 1992 seinen Höchststand mit gut 60 vH der gesamten Lieferantenkredite erreicht hatte und im Jahr 1993 auf 40 vH abgesunken war, lag dieser Anteil 1994 mit leicht steigender Tendenz bei rund 45 vH.

Bisher ist noch unklar, wie die Regierung dem Problem der gegenseitigen Kreditierung der Unternehmen begegnen will. Offensichtlich ist die beobachtbare Entwicklung eine Reaktion

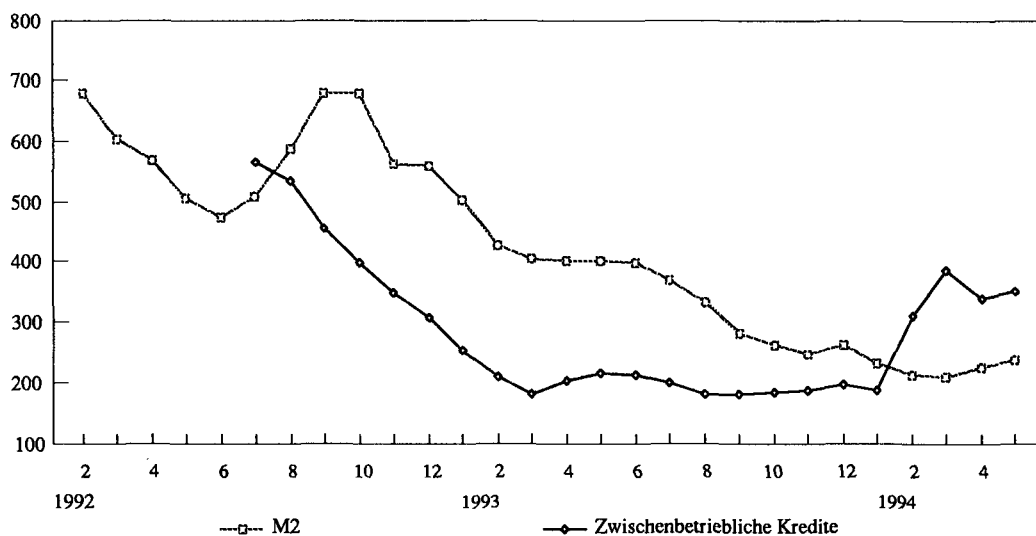
der Unternehmen auf die Verknappung der Bankkredite. Die Unternehmen erwarten, daß, wie dies in der Vergangenheit der Fall war, Forderungen von Lieferanten durch die Zentralbank monetisiert werden.¹⁵ Der konsequente Weg zur Lösung des Verschuldungsproblems wäre demgegenüber, eine restriktive Geldpolitik fortzusetzen und diejenigen Unternehmen zu schließen, die nicht überlebensfähig sind. Dies erfordert auch die Umsetzung eines Konkursgesetzes, das es solventen Unternehmen erlaubt, Forderungen durchzusetzen und Zugriff auf die Aktiva säumiger Schuldner zu nehmen. Es scheinen sich jedoch die Erwartungen der Unternehmen auf finanzielle Hilfe der Regierung und damit letztlich der Zentralbank zu erfüllen: Derzeit fließen den Unternehmen Liquiditätshilfen der Zentralbank zu, so daß die zwischenbetriebliche Verschuldung zumindest teilweise monetisiert wird. Der resultierende Anstieg der Geldmenge M2 dürfte preistreibende Wirkung haben. Im Spätsommer 1994 wurden der Landwirtschaft Kreditzusagen in Höhe von 6 Bill. Rubel gemacht. Im August wurden zudem 3,5 Bill. Rubel in Form von Vorzugskrediten an Industrieunternehmen ausgeschüttet.¹⁶ Sie würden jedoch nur ausreichen, um rund 20 vH der gesamten überfälligen Forderungen, die russische Unternehmen Ende Juni gegenüber ihren Lieferanten akkumuliert hatten, zu bedienen.¹⁷

Tabelle 10 — Wachstumsraten der Geldmengenaggregate pro Quartal 1992–1994 (vH)

	1992	1993	1994	
	I–IV ^a		I	II
Bargeld	82	70	20	29
M2	68	51	9	48 ^b
Zentralbankkredite ^c	125	46	40	52 ^b
Bankkredite ^d	86	58	28	37 ^b

^aDurchschnittliche Quartalswerte. — ^bDurchschnittliche Monatswerte für April und Mai, umgerechnet auf das Quartal. — ^cInländische Bruttokreditvergabe (ohne Kredite an die GUS-Staaten). — ^dKredite der Geschäftsbanken an Unternehmen, Haushalte und die Regierung.

Quelle: Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii [a, 1994, Nr. 1]; Government of the Russian Federation [Ifd. Jgg.]; Interne Arbeitsunterlagen des Russischen Wirtschaftsministeriums; eigene Berechnungen.

Schaubild 1 — Geldmenge M2 und zwischenbetriebliche Kredite 1992–1994^a (Bill. Rubel)

^aIn konstanten Produzentenpreisen von Januar 1992.

Quelle: Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii [a]; Government of the Russian Federation [lfd. Jgg.]; eigene Berechnungen.

Die Zinspolitik der Zentralbank gibt derzeit kein einheitliches Bild ab. Zwar sind die offiziellen Refinanzierungssätze bei realer Betrachtung bereits seit Ende 1993 deutlich im positiven Bereich (Schaubild 2),¹⁸ jedoch erhält das Finanzministerium nach wie vor Kredite zu Zinssätzen weit unter dem Marktzinssatz. Daneben gibt es drei verschiedene Zinssätze, die bei der Kreditvergabe an Banken angewandt werden:

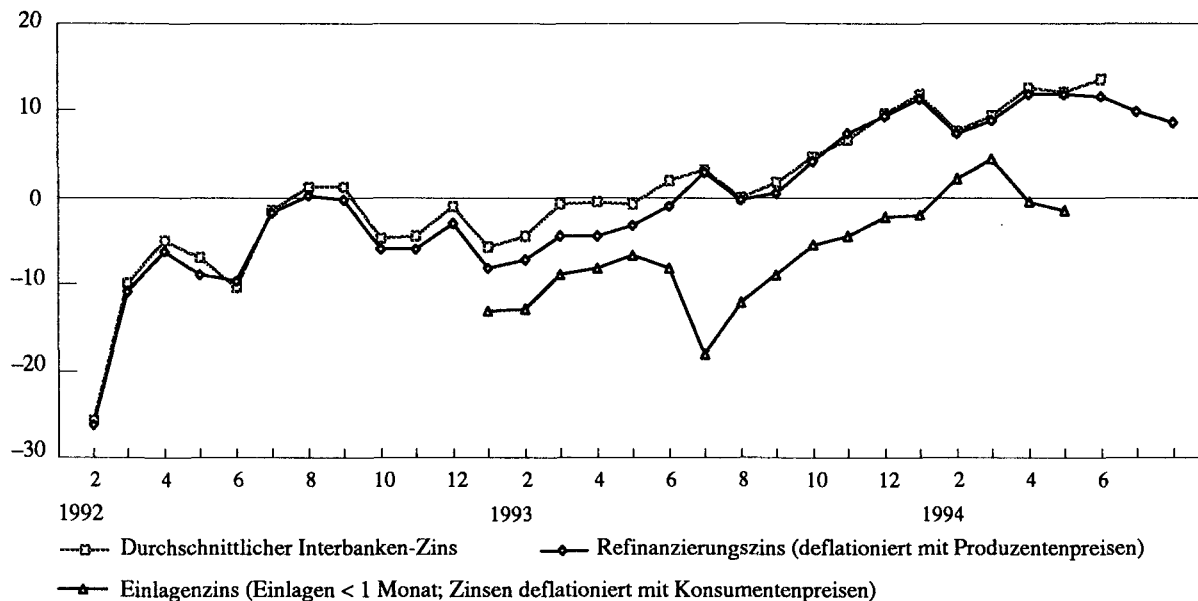
- Die Obergrenze der Zinsen stellt der allgemeine Refinanzierungssatz dar, der in den vergangenen Monaten schrittweise an die Zinsen auf dem Interbankenmarkt angenähert worden ist und in letzter Zeit sogar darüber gelegen hat. Dieser Zinssatz ist im Verlauf des Jahres 1994 stufenweise von jährlich 210 vH im Januar auf 130 vH seit Ende August gesenkt worden [Goskomstat Rossii, 1994c; VWD-Osteuropa vom 23.8.1994].
- Der Zinssatz für zentralisierte Kredite wurde bis auf eine Marge von maximal 5 vH an den sogenannten verrechneten Interbankenzinssatz, der einem Durchschnittswert der Zinsen der vergangenen vier Wochen entspricht, angenähert. Zen-

tralisierte Kredite wurden Ende Juni zu einem Jahreszins von 123 vH und damit rund 50 Prozentpunkte unterhalb des allgemeinen Refinanzierungssatzes abgegeben [Goskomstat Rossii, 1994c]. Über die Verwendung dieser zentralisierten Kredite entscheiden nicht die Banken selbst, sondern die Zentralbank oder die Regierung.

- Seit Anfang des Jahres versteigert die Zentralbank einen Teil ihrer Kreditmittel, wobei sowohl der Umfang der Kreditvergabe als auch ein Mindestzinssatz, der oberhalb des Interbankenzinses liegt, vorab festgelegt werden (Zinstender). Bis Ende des Jahres sollen 15 vH der gesamten Kredite über Kreditauktionen vergeben werden. Der Auktionskurs lag im April 1994 zwischen dem allgemeinen und dem Zinssatz für zentralisierte Kredite, Ende Juni jedoch mit 114 vH deutlich darunter [Izvestija vom 11.8.1994].

Tatsächlich gewinnt die Kreditvergabe an die Regierung immer größere Bedeutung in der Kreditpolitik der Zentralbank. Nachdem der Anteil der an die Regierung vergebenen heimischen Zentralbankkredite Ende 1992 rund

Schaubild 2 — Realverzinsung 1992–1994 (vH pro Monat)



Quelle: Goskomstat Rossii [1994d]; unveröff. Arbeitsunterlagen des russischen Finanzministeriums; eigene Berechnungen.

44 vH betragen hatte, ist dieser kontinuierlich auf 55 vH Ende 1993 und schließlich 66 vH Ende Mai 1994 angestiegen [Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, b, 9.8.1994, S. 5]. Der durchschnittliche Zinssatz auf alle Kredite der Zentralbank dürfte bei nur knapp 64 vH im Jahr oder umgerechnet 5,4 vH monatlich und damit, bei realer Betrachtung, noch immer im negativen Bereich gelegen haben.¹⁹

Die Entwicklungen im russischen Geschäftsbankensektor sind von einer erhöhten Instabilität des heimischen Bankensektors sowie von einer leichten Verbesserung der Tätigkeiten von Auslandsbanken gekennzeichnet. Die Politik der Subventionierung der Wirtschaft durch die Banken führt zu erheblichen Gefahren für die Stabilität des Bankensystems. Darüber hinaus begünstigen unzureichende Regulierungen durch die Bankenaufsicht eine unsolide Kreditvergabe der Banken. Im Verlauf des vergangenen Jahres ist der Anteil der überfälligen Kredite an dem gesamten Kreditbestand der Banken von 9 vH im ersten Quartal auf 12 vH im vierten Quartal angestiegen [Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, a, 1994, Nr. 6/7, S. 6]. In den ersten fünf Monaten haben die überfälligen Bankkredite dann noch einmal stark zugenom-

men und Ende Mai einen Anteil von 21 vH an den Bankkrediten erreicht.²⁰

Der starke Anstieg der überfälligen Kredite dürfte eine Folge der geldpolitischen Stabilisierungsbemühungen sein. Angesichts des hohen Anteils notleidender Kredite dürfte ein Großteil der Banken insolvent sein, wenngleich es bisher nicht zu Konkursen von Banken in größerem Ausmaß gekommen ist. Für den Fortbestand einer solchen Situation gibt es verschiedene Erklärungen. Die Liquidität grundsätzlich insolventer Banken kann durch den Zugang zu speziellen Refinanzierungskrediten der Zentralbank gesichert werden. Inoffiziellen Angaben der Zentralbank zufolge vergibt sie diese Kredite an illiquide Banken für maximal sieben Tage zu einem Zinssatz von 20 Prozentpunkten oberhalb des allgemeinen Refinanzierungssatzes. Zudem könnten sich die Banken durch die Attrahierung neuer Einlagen refinanzieren. Schließlich kann durch eine unzureichende Umsetzung bankenaufsichtsrechtlicher Regelungen verhindert werden, daß Banken ihre bilanziellen Verluste aufzeigen und eine entsprechende Risikovorsorge treffen müssen. Somit können im Prinzip insolvente Banken für eine gewisse Zeit liquide bleiben.

Zur Lösung der Probleme im Geschäftsbankensektor hat die Zentralbank in den vergangenen Wochen eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet [Oxford Analytica, 1994].²¹ Bereits im Juli wurden die Mindestkapitalanforderungen für russische Geschäftsbanken von 2 Mrd. auf 2,2 Mrd. Rubel oder umgerechnet 1 Mill. US\$ angehoben. Nachdem schon im vergangenen Jahr eine Reihe von Banklizenzen wieder eingezogen worden war, wurde dann im August insgesamt fünf Banken die Lizenz entzogen, weitere sechs Banken wurden für die Nichteinhaltung von Regelungen der Bankenaufsicht mit Geldstrafen belegt. Darüber hinaus verstärkt die Zentralbank, in deren Aufgabenbereich die Aufsicht des Geschäftsbankensektors fällt, ihre Inspektionen von Banken vor Ort bzw. nimmt direkten Eingriff in die Tätigkeit einzelner Geschäftsbanken. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen dürfte jedoch begrenzt sein, solange die Anreizsysteme im Bankensektor unverändert bleiben. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Banken gestiegenen Anforderungen an ihr Eigenkapital nur unzureichend nachkommen. Zudem beschränken sich die Bankenkurse bisher auf sehr kleine Banken.

Von vorübergehenden Schwankungen abgesehen ist der Geldmultiplikator seit der Preisreform Anfang 1992 kontinuierlich von einem Wert von rund 2,75 im Januar 1992 auf 1,6 Ende 1993 gefallen.²² Diese Entwicklung war in erster Linie Folge der zunehmenden Bargeldhaltung der privaten Haushalte, während die Reservehaltung der Geschäftsbanken nach einem starken Anstieg in 1992 im Jahr 1993 nahezu konstant blieb. Darüber hinaus hat in den Portfolios der privaten Haushalte eine Umschichtung zugunsten von Einlagen in ausländischer Währung stattgefunden. Die Entwicklung in den ersten fünf Monaten von 1994 ist von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt.²³ Einerseits haben die Haushalte als Folge der erhöhten realen Verzinsung verstärkt Termineinlagen und weniger Sichteinlagen nachgefragt. Da die Mindestreserveanforderungen auf Termineinlagen geringer sind als die auf Sichteinlagen, sank die Reservehaltung der Banken. Diese Entwicklung würde, isoliert betrachtet, einen Anstieg des Geldmultiplikators induzie-

ren. Andererseits haben die Haushalte aber auch ihre Bargeldhaltung im Verhältnis zu den Bankeinlagen erhöht. Die erhöhte Bargeldhaltung kann damit erklärt werden, daß die Anleger gestiegene Realzinsen auch als eine Risiko-prämie für gestiegene Bilanzrisiken interpretieren. Insgesamt blieb damit der Geldmultiplikator in den ersten Monaten von 1994 nahezu stabil, da die Effekte erhöhter Risiken im Bankensystem und erhöhter Realzinsen auf den Multiplikator sich gerade kompensiert haben.

Einen wichtigen Beitrag zu einer erhöhten Effizienz des russischen Bankensystems kann der Marktzugang ausländischer Banken leisten. In diesem Zusammenhang ist mit der Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens mit der Europäischen Union vom Juli 1994 ein erster Fortschritt erzielt worden. Allerdings behindern nach wie vor erhebliche Barrieren den Marktzugang ausländischer Banken [Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, b, Nr. 20, 1994, S. 1 f.; Oxford Analytica, 1994]. Die Regelungen des Partnerschaftsabkommens sehen den Marktzugang in zwei Stufen vor. In der ersten Stufe, die bis Januar 1996 andauert, dürfen diejenigen Banken, die bereits eine Lizenz für das Bankgeschäft in Rußland haben, ihre Tätigkeiten ausüben. Von dieser Regelung werden auch diejenigen Banken begünstigt, deren Tätigkeit durch das Dekret des Präsidenten vom Herbst 1993 eingeschränkt worden war [DIW et al., 1994a]. Es bleiben jedoch Beschränkungen für die Geschäftstätigkeit dieser Banken bestehen. So dürfen Auslandsbanken neben ihrer Hauptstelle nicht mehr als eine Zweigstelle eröffnen, müssen Einlagen eine bestimmte Mindesthöhe übersteigen, dürfen die Banken keine Geschäfte mit Aktien russischer Unternehmen durchführen und darf der gesamte Anteil ausländischer Banken am Kapital des Bankensystems nicht mehr als 12 vH betragen. In der zweiten Stufe, die bis Juni 1999 verwirklicht werden soll, werden auch neue Lizenzen an ausländische Banken vergeben. Allerdings wird deren Tätigkeit stark reglementiert bleiben, etwa werden sie nur Einlagen in Höhe von mindestens 55 000 ECU annehmen dürfen. Damit dürfte der Zugang zu dem Privatkundengeschäft für diese neuen Auslandsbanken de-

facto verschlossen bleiben. Ferner dürfen diese Banken keine Geschäfte mit Unternehmen im russischen Mehrheitsbesitz durchführen.

3. Außenwirtschaft

a. Außenhandel

Im ersten Halbjahr 1994 konnte sich der Handel mit den Staaten außerhalb der GUS weiter stabilisieren. Die Exporte werden mit 21,3 Mrd. US\$ und die Importe mit 13,2 Mrd. US\$ geringfügig höher als für das erste Halbjahr 1993 angegeben.²⁴ Hingegen ging der Handel mit den GUS-Mitgliedern verglichen mit dem ersten Halbjahr 1993 nochmals zurück und machte nur noch gut ein Fünftel des gesamten russischen Außenhandels aus [Ministerstvo ekonomiki Rossijskoj Federacii, 1994a, S. 48 ff.].

Auf der Exportseite trug zu diesen Entwicklungen vor allem bei, daß die Rohstoffpreise auf dem russischen Inlandsmarkt und im zwischenstaatlichen Handel weiter an das Weltmarktniveau herangeführt wurden. So lagen im September 1994 die Inlandspreise für Rohöl und Erdgas bei mehr als einem Drittel der Weltmarktpreise; im Handel mit Weißrußland wurden etwa drei Viertel dieses Niveaus erreicht.²⁵ Bei zurückgehendem Inlandsverbrauch und sinkenden Ausfuhren im zwischenstaatlichen Handel konnten die Exportmengen in Drittländer soweit gesteigert werden, daß trotz niedrigerer Weltmarktpreise insbesondere für Rohöl und Erdgas die Exportwerte gehalten wurden.²⁶

Die Warenstruktur der Importe hat sich infolge der endgültigen Abschaffung der 1993 bereits reduzierten Importsubventionen verschoben. Die früher subventionierten Einfuhren von Getreide, Rohzucker und anderen Grundnahrungsmitteln gingen deutlich zurück. Im Gegenzug ermöglichte die reale Aufwertung des Rubels höhere Importe relativ hochwertiger Konsumgüter [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 2].

Im Bereich der Handelspolitik zeichneten sich im ersten Halbjahr 1994 sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene erhebliche Veränderungen ab. Auf russi-

scher Seite wurde grundsätzlich beschlossen, die Exportbeschränkungen für zahlreiche Rohstoffe weitgehend abzubauen. Diese Beschränkungen dienten bisher dazu, trotz der künstlich niedrig gehaltenen Preise ein ausreichendes Angebot im Inland sicherzustellen. Da die Inlandspreise für Rohstoffe nunmehr schrittweise angehoben werden, sollen die Exportquoten abgeschafft und die Exportsteuern entsprechend den steigenden Inlandspreisen gesenkt werden [Konovalov, 1994].

Darüber hinaus führen die Exportbeschränkungen bisher zu einem geringeren Angebot von Fremdwährung auf dem Devisenmarkt und damit tendenziell zu einer Unterbewertung des Rubels. Dadurch verteuern sie indirekt die russischen Importe verglichen mit heimischen Erzeugnissen und gewähren importsubstituierenden Wirtschaftssektoren Schutz vor der Konkurrenz vom Weltmarkt.²⁷ Ein derartiger Schutz soll nach dem Abbau der Exportbeschränkungen durch die Erhöhung von Importzöllen weiterhin gewährleistet werden. Wenn auch die Umsetzung des entsprechenden Dekrets zunächst aufgeschoben wurde, ist doch mittelfristig mit einer Erhöhung der Importzölle zu rechnen.

Ein Abbau der Exportbeschränkungen und die Konzentration der handelspolitischen Eingriffe auf Importzölle wären selbst bei einem per saldo unveränderten Protektionsniveau positiv zu bewerten. Zum einen würde die Verschwendung von Rohstoffen durch künstlich niedrige Preise vermieden; zum anderen würde die Transparenz der russischen Handelspolitik erhöht. Im Zusammenhang mit der anstehenden GATT-Mitgliedschaft Rußlands wären diese Maßnahmen auch Voraussetzung für eine verbindliche Fixierung (Listenbindung) und anschließende schrittweise Reduzierung der Zollsätze.

Im Bereich der internationalen Handelspolitik stellt das im Juni 1994 abgeschlossene Partnerschaftsabkommen mit der EU die Beziehungen Rußlands mit seinem wichtigsten Handelspartner (jeweils über ein Drittel der Exporte und Importe im Drittländerhandel) auf eine umfassende vertragliche Grundlage [Nachrichten für Außenhandel vom 13./14.7.1994].²⁸ Im

handelspolitischen Teil des Abkommens werden die schon 1993 geltenden Regelungen über die wechselseitige Meistbegünstigung und die Einbeziehung Rußlands in das Allgemeine (Zoll-)Präferenz-System der EU (ursprünglich für Entwicklungsländer) festgeschrieben.²⁹ Die Bedingungen für die Einführung neuer Handelshemmnisse werden enger gefaßt und entsprechende Konsultationsmechanismen institutionalisiert. Weitere Vereinbarungen betreffen die Niederlassung und Geschäftstätigkeit von Gesellschaften auf dem Gebiet des jeweiligen Vertragspartners sowie arbeits- und sozialrechtliche Fragen.

Damit leistet das Abkommen allerdings kaum einen Beitrag zu einem Abbau der Barrieren der EU gegen Importe aus Rußland. Die Bedingungen für die Anwendung handelspolitischer Maßnahmen (z.B. Antidumping) bleiben zum Teil hinter den Regelungen zurück, die ohnehin nach dem bevorstehenden Beitritt Rußlands zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) gelten werden. Auch nach Abschluß des Abkommens bleibt es bei den Meistbegünstigungszollsätzen, die fühlbar gegen Industriegüterimporte zugunsten von Rohstoffen diskriminieren [Kaminski, Yeats, 1993]. Damit behindern sie eine Diversifizierung der russischen Exporte. Dies wiegt um so schwerer, als das Allgemeine Präferenz-System der EU nicht zu einer wesentlichen Entlastung führt und anderen Transformationsländern durch die Europa-Abkommen (Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Tschechische und Slowakische Republik) bzw. Freihandelsabkommen (baltische Staaten) deutlich günstigere Marktzugangsbedingungen eingeräumt wurden.

Nicht verändert werden durch das Partnerschaftsabkommen schließlich die bestehenden Handelsbeschränkungen im Agrarsektor sowie in den Bereichen Stahl, Buntmetalle, Chemikalien und Weltraumtransport. Gerade hier könnte Rußland kurzfristig seine Exporte ausweiten. Mittelfristig werden die häufigen Erklärungen über die westliche Unterstützung für den Transformationsprozeß in Rußland an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie nicht mit der Bereitschaft verbunden sind, die notwendigen Strukturanpassungen als Folge der Eingliederung

Rußlands in die internationale Arbeitsteilung zuzulassen.

b. Zahlungsbilanz und Auslandsverschuldung

Eine zusammenhängende Zahlungsbilanz wird in Rußland bisher nur für die Wirtschaftsbeziehungen mit Drittländern außerhalb der GUS erstellt. Obwohl genaue Daten lediglich für das erste Quartal 1994 vorliegen, lassen weitere verfügbare Einzelinformationen den Schluß zu, daß sich im ersten Halbjahr 1994 das Gesamtbild verglichen mit dem Jahr 1993 nicht wesentlich geändert hat. Unverändert weist die Handelsbilanz einen nennenswerten Überschuß aus, der nach den vorliegenden Statistiken im ersten Halbjahr 1994 bei etwa 8 Mrd. US\$ lag. Unter den Kapitalzuflüssen im mittel- und langfristigen Bereich ist vor allem die zweite Tranche der Systemtransformationsfazilität des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 1,5 Mrd. US\$ zu nennen. Von westlichen Regierungen garantierte Handelskredite beliefen sich auf bis zu 2 Mrd. US\$ [Ministerstvo ekonomiki Rossijskoj Federacii, 1994a, S. 45 ff.]. Angesichts der niedrigeren Inflationsraten war ein etwas größeres Interesse ausländischer Investoren sowohl bei Direkt- als auch bei Portfolioinvestitionen zu verzeichnen. Insgesamt gesehen blieben die Mittelzuflüsse in diesem Bereich mit bis zu 1 Mrd. US\$ im ersten Halbjahr 1994 aber noch gering [Kommersant vom 9.8.1994].³⁰

Für die russischen Auslandsforderungen gegenüber zahlreichen Entwicklungsländern, die mit insgesamt 147 Mrd. US\$ angegeben werden, hat sich ansatzweise ein Sekundärmarkt herausgebildet, wo einzelne Titel zu 10 bis 20 vH ihres Nennwertes verkauft werden. Da es sich bei den Schuldnerländern aber größtenteils um Empfänger von Waffenlieferungen sowie um sehr arme Länder wie Äthiopien und Mosambik handelt, bleiben die empfangenen Schuldendienstleistungen mit voraussichtlich etwa 2 Mrd. US\$ im Gesamtjahr deutlich hinter den vertraglichen Ansprüchen zurück [Izvestija vom 2.7.1994 und 4.8.1994; Financial Times vom 27./28.8.1994].

Trotz dieser Zuflüsse kommt die russische Regierung auch in diesem Jahr ihren Schuldendienstverpflichtungen nicht nach. Für die 1994 fälligen Zahlungen in Höhe von 7 Mrd. US\$ aus Regierungskrediten an die ehemalige Sowjetunion wurde im Pariser Club wiederum eine langfristige Umschuldung nach dem Muster der Regelung für das vergangene Jahr vereinbart [Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.9.1994]. Die Verhandlungen über die Verbindlichkeiten gegenüber privaten Banken von insgesamt 24 Mrd. US\$ konnten im Rahmen des Londoner Clubs aus formalen Gründen immer noch nicht abgeschlossen werden. Es bleibt bei einem jeweils vierteljährlich befristeten Zahlungsaufschub [Handelsblatt vom 29.8.1994]. Eine mittelfristige, befriedigende Lösung der Schuldenfrage müßte wohl zumindest beinhalten, daß Rußland laufende Zinsen für seine Auslandsschulden aufbringt. Überschlägig gerechnet wären dies bei Außenständen von mehr als 90 Mrd. US\$ und einem hypothetischen Zinssatz von 7,5 vH etwa 6,75 Mrd. US\$ pro Jahr.³¹ Dieser Betrag liegt deutlich über den voraussichtlichen Schuldendienstleistungen in diesem Jahr von etwa 4 Mrd. US\$, die im übrigen die Tilgung von nach 1991 aufgenommenen Krediten einschließen.

Über den Verbleib der nicht für den Schuldendienst aufgewandten Mittelzuflüsse können nach dem jetzigen Informationsstand keine genauen Angaben gemacht werden. Die Währungsreserven von Zentralbank und Finanzministerium nahmen von 4,2 Mrd. US\$ zur Jahreswende auf 7,0 Mrd. US\$ am 1. Juni 1994 zu.³² Der Bestand an Dollar-Banknoten außerhalb des Bankensystems soll allein im ersten Quartal 1994 um knapp 3 Mrd. US\$ angestiegen sein [Ekonomika i žizn', Nr. 30, Juli 1994]. Dies würde eine stark zunehmende Dollarisierung der russischen Volkswirtschaft bedeuten. Angesichts nachhaltig gesunkener monatlicher Inflationsraten erscheint eine solche Entwicklung aber wenig wahrscheinlich. Zumindest plausibel ist hingegen, daß diese Barzuflüsse an Nichtbanken großenteils zur Bezahlung statistisch nicht erfaßter Importe verwendet wurden. Diese könnten im ersten Halbjahr 1994 insge-

samt bis zu 5 Mrd. US\$ betragen haben (vgl. Abschnitt I.3.a). Angesichts von statistisch ausgewiesenen Mittelzuflüssen von insgesamt etwa 12 Mrd. US\$ in diesem Zeitraum bleiben selbst bei Zugrundelegung dieser hohen Schätzung per saldo Abflüsse von etwa 4 Mrd. US\$ ungeklärt. Dies spricht dafür, daß entgegen anderslautenden Äußerungen einiger russischer Politiker weiterhin in erheblichem Umfang Kapital ins Ausland abgeflossen ist.

Weitgehend offen ist immer noch die Behandlung der Handelsbilanzdefizite der meisten GUS-Mitgliedsländer gegenüber Rußland. Die größten Schuldner sind hier die Ukraine, Kasachstan und Weißrußland. Seitdem die russische Zentralbank keine Überziehungskredite auf den Korrespondenzkonten mehr gewährt, haben diese Staaten gegenüber ihren russischen Lieferanten von Erdgas und Rohöl umfangreiche Zahlungsrückstände angehäuft (so etwa die Ukraine 1,1 Mrd. US\$ und Weißrußland knapp 360 Mill. US\$ zur Jahresmitte 1994) [Ministerstvo ekonomiki Rossijskoj Federacii, 1994a, S. 48 ff.]. In der Vergangenheit kam es in solchen Fällen wiederholt zu Liefersperren. Ausgeglichen wurden die Zahlungsrückstände dann teilweise durch die Übertragung von Vermögenswerten an die russischen Konzerne oder durch Regierungskredite aus Rußland. Letztere lauten auf US\$ und sind mit maximal 2 vH über Libor zu verzinsen [Mündliche Angaben eines Vertreters der weißrussischen Nationalbank; IMF, 1994, Tabelle 3].

Im russischen Staatshaushalt für 1994 sind offenbar weitere Kredite an GUS-Mitgliedsländer in Höhe von über 533 Mrd. Rubel vorgesehen; dies entsprach zu Jahresbeginn über 400 Mill. US\$ [Ministerstvo ekonomiki Rossijskoj Federacii, 1994a, S. 52]. In Anbetracht der hohen aufgelaufenen Außenstände und des erhöhten Bedarfs an Energieträgern wegen des bevorstehenden Winters müßten die betroffenen Staaten ohne derartige Hilfe wohl mit ernstem Versorgungsengpässen rechnen. Völlig offen ist allerdings angesichts ihrer schlechten Wirtschaftslage und ihres geringen Exportpotentials, wie sie auf die Dauer den Schuldendienst gewährleisten können.

c. Währungspolitik

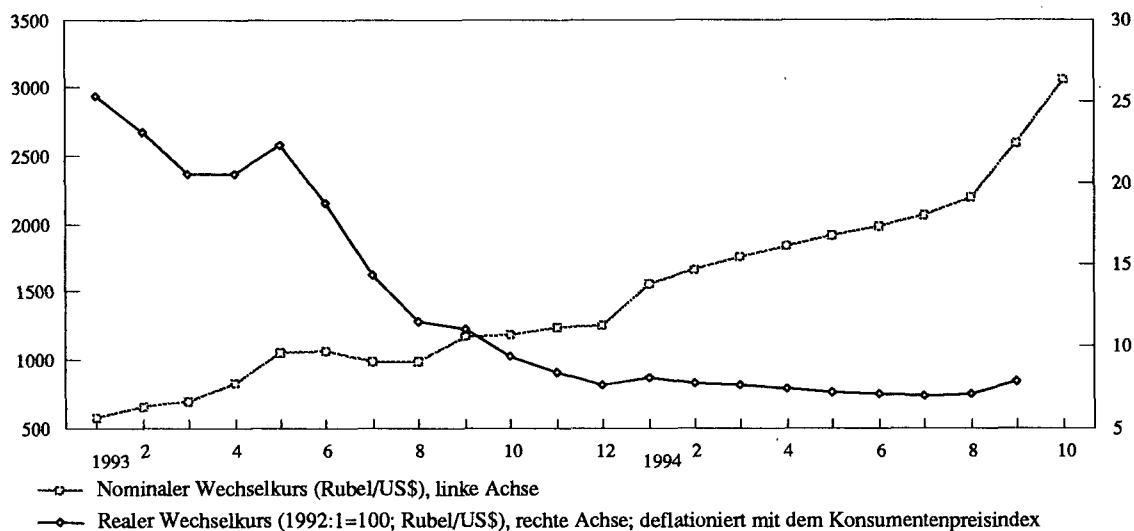
Die Zentralbank hat ihre im Juli 1993 eingeleitete Politik der Auflösung der Rubelzone weiter fortgesetzt und die Kreditierung der übrigen GUS-Staaten eingestellt.³³ Seit Anfang 1993 waren Regierung und Zentralbank bereits dazu übergegangen, Kredite an die GUS-Staaten grundsätzlich nicht mehr durch die Zentralbank, sondern in Form von Regierungskrediten zu Marktkonditionen zu vergeben [IMF, 1994]. Gleichzeitig wird der Zahlungsverkehr zwischen den Nachfolgestaaten zunehmend über Geschäftsbanken und kaum noch über die Korrespondenzkonten der Zentralbanken abgewickelt [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 1, S. 28]. Nachdem noch im August 1993 der Anteil der an die übrigen Nachfolgestaaten vergebenen Zentralbankkredite an den gesamten Krediten der Zentralbank bei 30 vH gelegen hatte, war dieser kontinuierlich auf schließlich 14 vH im Juli 1994 gesenkt worden [Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, b, 9.8.1994, S. 5].³⁴ Damit geht von der Rubelzone ein immer geringerer inflatorischer Druck auf die russische Wirtschaft aus. Nachdem bereits am Anfang dieses Jahres nur noch Tadschikistan Mitglied der Rubelzone gewesen war, ist mit Weißrußland zwar im April ein Abkommen über die Vereinigung der Geldsysteme unterzeichnet worden, allerdings sind im Bereich der monetären Integration bisher keine Fortschritte erzielt worden.³⁵ Lediglich die erste Stufe der in dem Abkommen festgelegten Integration ist mit der Aufhebung zwischenstaatlicher Handelsbeschränkungen Ende Mai erreicht worden.

Die Bestimmung des Wechselkurses zum US\$ erfolgt nach wie vor unter erheblichen Interventionen der Zentralbank.³⁶ Insgesamt hat sich der Kursverfall des russischen Rubels mit einer nominalen Abwertung in den ersten sechs Monaten von 1994 von 58 vH im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1993, als der Rubel lediglich um 18 vH abwertete, beschleunigt. Anfang Oktober 1994 kam es zu einem ausgepräg-

ten Kurssturz des Rubels am Devisenmarkt. Entscheidend für diesen Kurssturz waren die im Spätsommer 1994 einsetzende Beschleunigung der Vergabe von Zentralbankkrediten, die dadurch wieder zunehmenden Inflationserwartungen und die gleichzeitige Senkung des Refinanzierungssatzes auf zuletzt 130 vH. Daraufhin ergab sich ein Angebotsüberhang von Rubel, den die Zentralbank durch Interventionen zu beseitigen versuchte. Diese Interventionen, in deren Folge die Devisenreserven der Zentralbank von etwa 7 Mrd. auf 3,4 Mrd. US\$ sanken, wurden zunehmend erfolgloser, so daß es bereits in den Wochen vor dem Kurssturz zu einem immer schnelleren Verfall des Rubelkurses kam. Als die Zentralbank ihre Interventionen einstellte und sich an der Devisenbörse die Meinung verfestigte, daß weitere Kursstützungen ausbleiben würden, kam es zu der panikartigen Flucht aus dem Rubel, mit einem Kursrückgang von etwa 20 vH an nur einem Tag. Durch erneute, massive Zentralbankinterventionen konnte dieser Kursverlust zwar wieder rückgängig gemacht werden, doch sanken die Devisenreserven der Zentralbank auf zuletzt nur noch 1,8 Mrd. US\$. Zur Stabilisierung des Devisenmarktes wurden zudem die Refinanzierungszinssätze der Zentralbank auf 170 vH angehoben, und Dollar-Nachfrager mußten den Rubelgegenwert bereits zwei Tage vorfristig in voller Höhe deponieren [Reuters vom 17.10.1994].

Die reale Aufwertung des Rubel gegenüber dem US\$ blieb im ersten Halbjahr 1994 mit 6 vH weit unter der Rate des vorherigen Halbjahres, als sie 60 vH betrug (Schaubild 3). Diese geringe Änderung des realen Wechselkurses ist die Folge sowohl der stärkeren nominalen Abwertung des Rubels als auch der Eindämmung des Preisauftriebs in Rußland. Die jüngsten Ereignisse um den Rubelkurs ändern an dieser Feststellung nichts. Im Ergebnis bedeutet diese Entwicklung, daß sich die Exportchancen russischer Unternehmen auf den Weltmärkten kaum verändert haben dürften.

Schaubild 3 — Entwicklung des Wechselkurses 1993–1994 (Rubel/US\$)



Quelle: IMF [unveröffentl. Daten]; Government of the Russian Federation [lfd. Jgg.]; eigene Berechnungen.

4. Ordnungspolitische Entwicklungen

a. Privatisierungsvorschriften

Wie auch in den Vorjahren war zu Beginn des Jahres 1994 ein Privatisierungsprogramm in Kraft gesetzt worden, auf dessen Grundlage die kleine und große Privatisierung bis zum Ende der ersten Privatisierungsphase durchgeführt werden sollte. Diese endete mit dem Abschluß der Voucher-Privatisierung am 30. Juni 1994. Daher mußten für die unmittelbar anschließende zweite Privatisierungsphase neue Durchführungsbestimmungen beschlossen werden. Dabei kam es wie schon vor der Verabschiedung des Privatisierungsprogramms 1994 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Parlament, das dem Regierungsentwurf seitdem die Zustimmung verweigert. Somit wurden die „Grundsätze des staatlichen Programms zur Privatisierung von staatlichen und kommunalen Betrieben in der Russischen Föderation nach dem 1.7.1994“ erst durch den Erlaß des Präsidenten Nr. 1535 vom 22. Juli 1994 in Kraft gesetzt [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 13, S. 1974 f.]. Die Grundsätze für die zweite Privatisierungsphase schreiben das Privatisierungsprogramm 1994 in wichtigen Punkten fort, führen aber auch neue Regelungen ein.³⁷

Umfang der Privatisierung: Wie bisher entscheiden die Regierung und die staatliche Vermögensverwaltung darüber, in welchen Wirtschaftszweigen eine Privatisierung uneingeschränkt stattfinden kann, eine zeitlich begrenzte Staatsbeteiligung erforderlich ist oder eine Privatisierung generell ausgeschlossen bleibt. Die Privatisierung in „sensiblen“ Bereichen ist weiterhin unter dem Vorbehalt einer auf drei Jahre befristeten Staatsbeteiligung in Höhe von 25,5 oder 51 vH möglich. Zu diesen Bereichen zählen etwa das Nachrichtenwesen, die Energiewirtschaft, die Rohstoffförderung, der Atomanlagenbau, die Außenhandelsunternehmen sowie das Transportwesen und Rüstung. Die Dauer der staatlichen Beteiligung kann zwar um weitere drei Jahre verlängert werden, doch kann ebenso das gesamte staatliche Aktienpaket vorzeitig verkauft werden. Ein Kompromißvorschlag der Regierung an das Parlament sah vor, Betriebe mit mehr als 50 000 Beschäftigten und einem Buchwert von mehr als 200 Mrd. Rubel nur mit der Zustimmung beider Parlamentskammern zu privatisieren. Außerdem sollten „sensible“ Unternehmen vorerst von der Privatisierung ausgenommen werden.

Zahlungsmittel bei der Privatisierung: Grundsätzlich wird nunmehr die Bezahlung für den Erwerb staatlichen Eigentums vorgeschrie-

ben. Die noch vorhandenen Voucher dürfen aufgrund eines Präsidentenerlasses lediglich innerhalb eines Übergangszeitraums weiterverwendet werden. In Ausnahmefällen ist eine unentgeltliche Übertragung von staatlichem Eigentum möglich.

Privatisierung von Grund und Boden: Im Einklang mit dem Ende 1993 eingeräumten Recht auf privaten Bodenerwerb [DIW et al., 1994a, S. 19 f.] sehen sowohl das Programm 1994 als auch die Grundsätze die Privatisierung bebauter und unbebauter Grundstücke vor, sofern sie gewerblichen Zwecken dienen. Nach den Grundsätzen ist eine Privatisierung von Grund und Boden nicht vorgesehen, wenn es sich dabei um land- oder forstwirtschaftliche Flächen — für diese gilt ein eigenes Regelwerk —, um Liegenschaften, die für Infrastrukturzwecke benötigt werden, oder um umweltgeschädigte Flächen handelt. Bei den Einigungsversuchen mit dem Parlament war die Regierung bereit, generell auf den Verkauf von Grund und Boden solange zu verzichten, bis das Parlament ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hätte.

Privilegien der Belegschaften: Abweichend vom Privatisierungsprogramm räumen die Grundsätze der Belegschaft eines zu privatisierenden Betriebes nicht länger das Privileg ein, 51 vH der stimmberechtigten Aktien zu Vorzugsbedingungen zu erwerben. Es wird den Belegschaften nur noch das Privileg gewährt, stimmrechtslose Aktien in Höhe von 25 vH des Grundkapitals unentgeltlich zu erhalten sowie stimmberechtigte Aktien in Höhe von bis zu 10 vH des Grundkapitals mit einem 30prozentigen Preisnachlaß zu erwerben.

Privatisierungsverfahren: Die Grundsätze nennen als weitere Privatisierungsverfahren neben der unentgeltlichen Übertragung Investitionsausschreibungen, kommerzielle Ausschreibungen (auch mit begrenzter Teilnehmerzahl) sowie Auktionen. Im Fall offener Aktiengesellschaften müssen Aktienpakete von mindestens 15–20 vH des Grundkapitals angeboten werden. Ausländische Investoren können im allgemeinen ohne besondere Erlaubnis an den Privatisierungsveranstaltungen teilnehmen. Im Jahr 1993 hatten sich ausländische Investoren vornehm-

lich an den 181 Investitionsausschreibungen beteiligt, von denen sie jede fünfte für sich entschieden [Goskomimushchestvo, 1994, S. 9].

Insgesamt vermitteln die neuen Grundsätze für die zweite Privatisierungsphase den Eindruck, daß Privatisierungshindernisse abgebaut wurden, sofern dies nicht schon durch das Privatisierungsprogramm 1994 geschehen war: Das Parlament verfügt über kein Veto-Recht bei Unternehmensprivatisierungen, die Privatisierung auch „sensibler“ Unternehmen ist möglich, Grund und Boden können in Privateigentum übergehen, und die Privilegien der Belegschaften schließen nicht länger Mehrheitsbeteiligungen externer in- und ausländischer Investoren aus. Jedoch muß bedenklich stimmen, daß die Regierung bei den Verhandlungen mit dem Parlament eine Kompromißlinie vertrat, die gerade diese Fortschritte geopfert hätte. Daher dürfte von dem für Herbst 1994 geplanten Privatisierungsgesetz, das den entsprechenden Präsidentenerlaß ersetzen soll, eher eine Verschlechterung der Privatisierungsbedingungen zu erwarten sein.

b. Konkursvorschriften

Das seit dem 1. März 1993 geltende Konkursgesetz wurde bislang kaum umgesetzt. Dem Staatskomitee für Vermögen wurde in einem ersten Schritt per Erlaß des Präsidenten vom Dezember 1993 neben der Zuständigkeit für die Privatisierung auch die Zuständigkeit für Konkursverfahren übertragen [DIW et al., 1994a, S. 19]. Weitere Schritte stellen der Regierungsbeschluß vom Mai „Über einige Maßnahmen zur Durchführung der Gesetzgebung zur Insolvenz von Betrieben“ sowie ein Präsidentenerlaß vom Juni „Über den Verkauf staatlicher Schuldnerbetriebe“ dar [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 5, S. 764 ff.; 1994, Nr. 6, S. 862 ff.].

Gemäß dem Regierungsbeschluß soll zu Beginn eines Konkursverfahrens mit Hilfe eines Bewertungssystems darüber entschieden werden, ob ein Unternehmen zahlungsunfähig ist und ob es möglich ist, die Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen. Danach kann ein Antrag auf finanzielle Unterstützung oder Verkauf erfol-

gen. Die Regierung gewährt eine finanzielle Unterstützung dann, wenn ein Unternehmensplan besteht, der die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sowie die Aufrechterhaltung der Produktion möglich erscheinen läßt. Außer für Sanierungszwecke können staatliche Finanzhilfen auch für die Abwicklung von Liquidationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

An diesen Regierungsbeschluß knüpfte der Präsidentenerlaß an, der die Voraussetzungen für den Verkauf eines Schuldnerbetriebs — Zahlungsunfähigkeit und mangelnde Voraussetzungen für eine staatliche Finanzhilfe — sowie die möglichen Formen des Verkaufs beschreibt. Zu den aufgeführten Verkaufsformen zählen der Verkauf über kommerzielle Ausschreibungen oder Investitionsausschreibungen unter Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit der Schuldnerbetriebe, die Liquidation der Schuldnerbetriebe mit nachfolgendem Verkauf der Aktiva auf Auktionen oder über Ausschreibungen und der Verkauf der im staatlichen Eigentum befindlichen Geschäftsanteile auf Auktionen [Ekonomika i žizn', Nr. 24, 1994, S.1].

Trotz dieser neuen Regelungen bleibt das eigentliche Problem bestehen: Das Konkursrecht dient weniger der zügigen Abwicklung, sondern vielmehr der Verhinderung von Konkursen durch staatliche Finanzhilfen. Die Sanierung eines notleidenden Unternehmens auf dem Wege der Privatisierung bzw. der Liquidation mit einem Verkauf der Produktionsmittel an private Nutzer scheint nur für die selbst aus Sicht der staatlichen Sanierer hoffnungslosen Fälle vorgesehen zu sein. So befanden sich bis August 1994 erst wenige Unternehmen in unterschiedlichen Phasen des Konkursverfahrens: In 60 Fällen fehlte nur noch die Entscheidung des zuständigen Wirtschaftsgerichts, für 100 weitere Unternehmen war das Konkursverfahren eingeleitet worden. Nach Untersuchungen der Konkursabteilung des Staatskomitees für Vermögen scheint das Konkurspotential allerdings wesentlich höher zu sein: So sollen alleine 1 500 mittlere und große Betriebe mit einem Staatsanteil von mehr als 25 vH die Kriterien der Zahlungsunfähigkeit erfüllen, wobei vor allem Unternehmen aus den Bereichen

Textilindustrie, Maschinenbau und Transportwesen betroffen sind [Finanzen und Wirtschaft, Nr. 14, Juli 1994, S. 12].

c. Steuervorschriften

Ende Dezember 1993 wurden Veränderungen im Steuersystem eingeleitet, die über die bis dahin üblichen Novellierungen einzelner Steuern hinausgehen (Tabelle 11).³⁸ Zu den wichtigsten Änderungen zählt die Anhebung des Körperschaftsteuersatzes, der nunmehr bis zu 38 vH betragen kann. Es hängt von den einzelnen Föderationssubjekten ab, ob dieser Höchstsatz angewendet wird. Banken und Versicherungen können allerdings mit einem Steuersatz von bis zu 43 vH belastet werden.³⁹ Ebenfalls zu einer höheren Belastung vieler Unternehmen führt der Anstieg der Vermögensteuer. Da Barmittel und Forderungen nicht länger der Vermögensteuer unterliegen, sind weniger Handels- und Finanzunternehmen als vielmehr Industrieunternehmen mit relativ großem Anlagevermögen betroffen [Ost- und Südosteuropa-Institut, 1994, S. 61]. Zusätzliche Belastungen können sich weiterhin aus den geänderten Bedingungen für die Steuer ergeben, die auf Lohnzahlungen erhoben wird, die gegenwärtig das Sechsfache des Mindestlohns überschreiten. Die allgemeine Steuerlast wird des Weiteren durch eine zweckgebundene Sonderumsatzsteuer angehoben. Diese dreiprozentige Sondersteuer soll zur „finanziellen Unterstützung der wichtigsten Branchen der Volkswirtschaft der Russischen Föderation und zur Sicherstellung der dauerhaften Arbeit der Betriebe dieser Branchen“ verwendet werden. Darüber hinaus soll diese Steuer zum regionalen Finanzausgleich beitragen [Ekonomika i žizn', Nr. 11, 1994, S. 1]. Gleichzeitig wurde die Mehrwertsteuerpflicht auf Darlehen, ausgenommen Bankkredite, ausgedehnt. Damit verteuert sich etwa für ein ausländisches Unternehmen die Finanzierung einer russischen Tochtergesellschaft, wenn dies auf dem Wege eines Gesellschafterdarlehens geschieht [Blick durch die Wirtschaft vom 20.6.1994].

Doch ist die Steuerreform mit den im Dezember 1993 eingeleiteten Maßnahmen nicht

Tabelle 11 — Wichtige Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem 1992–1994

	Steuersätze (vH)		Bemessungsgrundlagen
	Dezember 1992	Juni 1994	
Mehrwertsteuer			Warenumsatz
allgemein	20	20	
ermäßigt	10	10	
Sonderumsatzsteuer	–	3	Warenumsatz
Akzisen	nv	bis 300	Warenwert
Körperschaftsteuer (Gewinnsteuer)			Bilanzgewinn
allgemein	32	bis 38 ^a	
Banken	bis 30	bis 43 ^b	
Versicherungen	25	bis 43 ^b	
Persönliche Einkommensteuer	12–40	12–30	Einkommen
	stufenweise	stufenweise	
	progressiv	progressiv	
Betriebliche Vermögensteuer ^c	bis 0,5	1–2	Bruttobetriebsvermögen
Sozialabgaben	nv	39	Bruttolohnsumme
Sozialsteuer	nv	5,4	
Rentenfonds	nv	28 + 1 ^d	
Krankenversicherung	nv	3,6	
Beschäftigungsfonds	nv	2	
Steuer auf „über-normative“ Löhne	32,50	38 ^a	Lohnsumme ^e
Transportsteuer	–	1	Lohnsumme
Sonstige regionale Steuern ^f	–	verschieden	verschieden

^aIn den föderalen Haushalt fließen 13 vH, in die regionalen Haushalte bis zu 25 vH; bei dem regionalen Anteil existiert eine breite Streuung (z.B. 25 vH in Moskau, 5 vH in Kalmückien) [Ekonomika i žizn', Nr. 15, 1994, S. 18]. — ^bDie föderale Komponente beträgt 13 vH, die regionale bis zu 30 vH [VWD-Osteuropa vom 08.6.1994, S. 8]. — ^cRegional variierbar. — ^dArbeitnehmerbeitrag bezogen auf den Bruttolohn. — ^e1993 wurde der Betrag, der das Vierfache bzw. Achtfache des gesetzlichen Mindestlohns überstieg, mit 32 bzw. 50 vH besteuert; der neue Satz gilt für den Betrag, der das Sechsfache übersteigt. — ^fDazu zählen u.a.: Regionale Transportsteuer, Steuer auf Wohneigentum, Steuer auf den Betrieb von Bildungseinrichtungen, Steuer auf den Devisenhandel, Reklamesteuer, Umweltabgaben.

Quelle: DIW et al. [1993, S. 34 ff.]; Blick durch die Wirtschaft vom 20.6.1994; Kommersant vom 24.5.1994, S. 54 ff.; vgl. auch Fußnoten a–b.

abgeschlossen. Denn Erlasse des Präsidenten verpflichten die Regierung zu weitreichenden Änderungen in der Steuerpolitik, die zum Teil von der Richtung der bisherigen Steuerreform abweichen. So fordert ein Präsidentenerlaß vom Mai 1994 Entlastungen, die vornehmlich den Unternehmen zugute kommen sollen; der Erlaß enthält aber auch die Forderung nach einer zusätzlichen Belastung der privaten Haushalte [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 5, S. 635 f.]. Schließlich wird die Regierung durch einen Präsidentenerlaß vom Juli 1994 aufgefordert, einen Gesetzentwurf über Steuerbefreiungen für den Kapitaleinsatz im Rahmen des Privatisierungsprozesses vorzubereiten [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 13, S. 1974 ff.].

Insgesamt vermitteln die durchgeführten und beabsichtigten Änderungen der Steuervorschriften ein wenig konsistentes Bild. Die Ende letzten Jahres beschlossenen Änderungen führten de jure zu einem Anstieg der Steuerbelastung, insbesondere für Unternehmen. Die Beweggründe für diese Reform waren offensichtlich darin zu sehen, daß der Staatshaushalt durch Mehreinnahmen statt durch weitere Ausgabenkürzungen konsolidiert, die Finanzkraft der Regionen durch neue Steuerquellen statt durch eine Umverteilung von Steuerkompetenzen gestärkt und die Sanierung „wichtiger Branchen“ durch staatliche Finanzhilfen statt durch eine konsequente Privatisierung durchgeführt werden soll. Hingegen würde sich bei der Umset-

zung des Präsidentenerlasses eine Entlastung für die Unternehmen ergeben. Allerdings enthalten die Erlasse des Präsidenten lediglich Absichtserklärungen und Forderungen, es fehlen rechtsverbindliche Zusagen. Die Vorschläge, die auf eine Vereinfachung des Steuersystems hinauslaufen, sprechen jedoch eines der Hauptprobleme an. So sind die gegenwärtigen Steuervorschriften so kompliziert, daß die Steuerverwaltung sie gar nicht oder nur relativ willkürlich zu handhaben weiß. Die Folge sind wachsende Steuerwiderstände bzw. ein Anstieg der Steuerhinterziehung. Eine Steuervereinfachung und eine damit einhergehende größere Transparenz des gesamten Steuersystems könnte Abhilfe schaffen.

5. Zusammenfassung und Ausblick

In ihrem diesjährigen Frühjahrsgutachten zur wirtschaftlichen Lage Rußlands hatten die Institute vor einer Zuspitzung der wirtschaftlichen Probleme, insbesondere vor einem weiteren drastischen Rückgang der wirtschaftlichen Leistung und einer erneuten Beschleunigung der Inflation gewarnt. Die tatsächliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1994 hat diese Warnung gerechtfertigt, und der wirtschaftliche Niedergang scheint sich auch im zweiten Halbjahr fortzusetzen. Die Institute teilen die von verschiedenen Seiten in den vergangenen Monaten geäußerten optimistischen Beurteilungen der Lage in keiner Weise, auch wenn in einzelnen Teilbereichen zunächst eine Entspannung eingetreten zu sein scheint. Zu diesen Bereichen gehört vor allem die Preisentwicklung, die sich in den vergangenen Monaten deutlich abgeschwächt hat. Der Anstieg der Verbraucherpreise nahm im direkten Monatsvergleich von 18 vH im Januar auf etwa 5 vH im Juli dieses Jahres ab. Dieser Rückgang der Inflation ist vor allem auf eine Verringerung des Geldmengenwachstums im ersten Quartal des Jahres und auf positive Realzinsen zurückzuführen. Verschiedene Anzeichen — erneute Expansion der Geldmenge und der Zentralbankkredite im zweiten Quartal, erneute Ausgabe subventionierter Kredite an Landwirtschaft, Schwerindustrie und militärisch-industriellen Komplex — deuten aller-

dings bereits wieder auf eine Lockerung der Geldpolitik hin.

Die Befürchtung, daß die Zentralbank abermals zu einer expansiven Geldpolitik übergehen wird, resultiert auch daraus, daß es für eine Reihe drängender wirtschaftspolitischer Probleme noch immer keine stabilitätsorientierten Lösungsansätze gibt: Die Verknappung subventionierter Kredite an den Unternehmenssektor hat zu einem drastischen Anstieg der Verschuldung der Unternehmen untereinander sowie ihrer Verschuldung gegenüber dem Bankensektor und dem Staatshaushalt geführt. Darüber hinaus hat sich das Problem der notleidenden Kredite in den Bilanzen der Banken verschärft, und es droht eine Bankenkrise. Auch der Staatshaushalt bleibt ein Stabilitätsrisiko erster Ordnung. Trotz realer Ausgabenkürzungen liegt das Haushaltsdefizit bei etwa 9 vH des BIP, da vermehrte Einnahmeausfälle die Ausgabenkürzungen übertrafen. Die eingeleiteten steuerpolitischen Maßnahmen verschärfen die Inkonsistenz des Steuerrechts und lassen befürchten, daß von der Einnahmeseite keine Entlastung des Staatshaushalts zu erwarten ist. Angesichts der Tradition, diesen Problemen mit einer expansiven Geldpolitik zu begegnen, wäre es verfehlt festzustellen, daß die Zentralbank dauerhaft auf einen geldpolitischen Stabilitätspfad eingeschwenkt sei.

Der Rückgang der Inflation wurde von einer Senkung des realen BIP um 17 vH, der Industrieproduktion um 24 vH und der Investitionen um 27 vH im Zeitraum Januar bis Juli 1994 begleitet. Die stark gesunkene Industrieproduktion weist auch darauf hin, daß die Unternehmen ihre vormals hohen Lagerbestände an die beschränkten finanziellen Möglichkeiten angepaßt haben. Erstmals hat der Rückgang der Industrieproduktion auch langlebige Konsumgüter in nennenswertem Umfang erfaßt. Zwar ist die Industrieproduktion zwischen Februar und Juli 1994 nicht mehr drastisch zurückgegangen, dabei handelte es sich aber lediglich um eine saisonale Stabilisierung. Auch die verfügbaren Hinweise über den Umfang des unzureichend erfaßten Privatsektors lassen nicht darauf schließen, daß das Gesamtbild eines dramatischen Rückgangs der Wirtschaftsleistung revi-

diert werden könnte. Gewarnt werden muß vor der Vorstellung, daß der Produktionsrückgang mit Hilfe einer erneuten monetären Expansion gedämpft werden könnte. Eine solche Lockerung der Geldpolitik würde zu keiner nennenswerten realwirtschaftlichen Belebung führen, weil die daraus resultierenden zusätzlichen Ansprüche an das Sozialprodukt auf Produktionskapazitäten stießen, die weitgehend ineffizient und darüber hinaus in den letzten Jahren zunehmend veraltet sind. Vielmehr wäre mit einer abermaligen Beschleunigung der Inflation zu rechnen. Die Stabilisierungsfortschritte des ersten Halbjahres würden sogleich wieder zunichte gemacht.

Die Lage der privaten Haushalte scheint sich insofern verbessert zu haben, als die Realeinkommen gestiegen sind. Diese Aussage ist allerdings zu relativieren, da angesichts der umfangreichen Zahlungsrückstände der Unternehmen bezweifelt werden muß, daß die Löhne in voller Höhe ausgezahlt worden sind. Der Anteil des Konsums am Einkommen ist zurückgegangen, während die Spareinlagen nicht zuletzt wegen der positiven Realzinsen zugenommen haben. Insgesamt ist der Anteil des privaten Konsums am BIP weiter gestiegen, während der Anteil der Investitionen gesunken ist; dies gilt vor allem für Anlageinvestitionen. Bei einem zurückgehenden Investitionsniveau wäre die effiziente Allokation der Ressourcen von besonderer Bedeutung für die Stabilisierung der Produktion. Strukturveränderungen, von denen auf eine effizientere Verwendung der Investitionsmittel geschlossen werden könnte, lassen sich gesamtwirtschaftlich, sektoral und auf Unternehmensebene aber nur in sehr beschränktem Umfang beobachten. Die Wirtschaftspolitik kann den Lebensstandard der Bevölkerung unter Beibehaltung der gegenwärtigen Strukturen nur um den Preis eines rückläufigen Sozialprodukts und einer kollabierenden Investitionstätigkeit aufrechterhalten.

Der völlig unzureichende Strukturwandel kommt auch in dem nur langsamen Abbau der Beschäftigung zum Ausdruck. Die offizielle Arbeitslosenquote lag Ende Juni bei nur 2 vH (1993: 1,5 vH). Entsprechend der ILO-Methode lag die Arbeitslosigkeit zwar bei 6 vH, aber

auch dies entspricht bei weitem noch nicht den Erfordernissen angesichts eines Produktionsrückgangs von nahezu 50 vH seit 1990. Arbeitslosigkeit tritt nach wie vor überwiegend als Kurzarbeit oder als verdeckte Arbeitslosigkeit auf; deren Größenordnung rechtfertigt durchaus, von verdeckter Massenarbeitslosigkeit zu sprechen. Eine Finanzierung dieser verdeckten Massenarbeitslosigkeit ist nur kurzfristig ohne monetäre Expansion und damit ohne eine Beschleunigung der Inflation möglich.

Vorschläge zur Lösung der sich zuspitzenden Wirtschaftsprobleme müssen vorrangig in Bereichen ansetzen, die versprechen, den Strukturwandel zu beschleunigen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Einführung und Durchsetzung eines wirksamen Konkursrechts. Denn das gegenwärtig geltende Konkursrecht kommt fast gar nicht zur Anwendung. Vor allem ist es aber überhaupt nicht geeignet, die Schließung von ressourcenverschwendenden Unternehmen herbeizuführen, ist es doch vorrangig darauf angelegt, Konkurse durch neuerliche staatliche Finanzspritzen zu verhindern. Ein Ansatzpunkt für die Entschärfung der drohenden Bankenkrise und für eine effizientere Bereitstellung von Finanzdienstleistungen dürfte neben einer verschärften Bankenaufsicht auch ein zusätzlicher Wettbewerbsdruck durch ausländische Konkurrenz sein. Deshalb sollte ausländischen Banken der Marktzutritt zu den russischen Finanzmärkten erleichtert werden. Das Partnerschaftsabkommen mit der EU hat, wie auch die entsprechenden Handelsvereinbarungen, nur unbedeutende Verbesserungen gebracht.

Wesentliche Fortschritte sind bereits im Privatisierungsprozeß zu verzeichnen. Die kleine Privatisierung, vor allem im Einzelhandel und im Dienstleistungssektor, ist weitgehend abgeschlossen. In der großen Privatisierung ist die erste Phase zum 30. Juni erfolgreich beendet worden. Für den Erfolg und die Glaubwürdigkeit des gesamten Reformprozesses ist es wichtig, daß in der nun anlaufenden zweiten Phase verbliebene Privatisierungshindernisse abgebaut werden, die etwa bei Mehrheitsbeteiligungen externer, insbesondere ausländischer Investoren bestehen.

Eine monetäre Entlastung war im vergangenen Jahr durch die weitgehende Einstellung der Kreditvergabe an die GUS-Länder eingetreten. Die damit verbundene Umlenkung von Energieexporten auf westliche Märkte hat auf die Zahlungsbilanzsituation Rußlands stabilisierend gewirkt. Inzwischen ist dieses Stabilisierungspotential weitgehend ausgeschöpft, so daß neue Finanzierungsquellen erschlossen werden müssen. In Frage kommen dafür vor allem die Umkehr der Kapitalflucht und ausländische Investitionen. Diese Finanzierungsmöglichkeiten sind jedoch weiterhin blockiert: Devisenzugänge werden nach wie vor in erheblichem Maße für illegale Kapitalexporte verwendet, und die Mittelzuflüsse aus Direkt- und Portfolioinvestitionen sind noch immer relativ gering. In beiden Phänomenen dürfte nicht zuletzt das geringe Vertrauen in- und ausländischer Investoren in die russische Reformpolitik zum Ausdruck kommen.

Zusammenfassend muß konstatiert werden, daß die Reformpolitik nach wie vor unter einem

Mangel an Konsistenz leidet und eine dauerhafte Kehrtwende in der makroökonomischen Stabilisierungspolitik noch nicht zu erkennen ist. Untrügliche Anzeichen für eine wachsende Glaubwürdigkeit der Reformpolitik wären ein verstärkter Zufluß ausländischer Direktinvestitionen, eine Umkehrung der Kapitalflucht und eine wachsende Nutzung binnenwirtschaftlicher Ressourcen für Investitionen. Westliche Kredite der öffentlichen Hand können Investitionen aus inländischer Ersparnis in Rußland nicht ersetzen. Vor dem gegenwärtigen Hintergrund scheint es deshalb weiterhin wenig angeraten zu sein, neue Finanzmittel für Rußland bereitzustellen. Es besteht die Gefahr, daß Kredite vorwiegend konsumtiv verwendet werden oder angesichts fehlender makroökonomischer Stabilität und weicher Budgetbeschränkungen fehlgeleitet werden. Nach wie vor bleibt aber ein verbesserter Zugang zu westlichen Märkten eine sinnvolle Unterstützung, die durch technische Hilfe ergänzt werden sollte.

II. Realwirtschaftliche Anpassung

1. Einleitung

Ein entscheidender Prüfstein für den Erfolg der Transformationsanstrengungen ist in der realwirtschaftlichen Anpassung zu sehen. Der größte Teil dieser Anpassung hat auf Unternehmensebene zu erfolgen, wengleich auch private Haushalte und der staatliche Sektor einen Beitrag zu leisten haben. Die Hauptaufgabe des Staates liegt jedoch vor allem in der Schaffung ordnungs- und prozeßpolitischer Rahmenbedingungen, die geeignet sind, die realwirtschaftliche Anpassung auf Unternehmensebene in Gang zu setzen. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik kann die realwirtschaftliche Anpassung verzögern oder ganz verhindern. Neben den institutionellen Rahmenbedingungen beeinflussen in erheblichem Maße auch übernommene Verhaltensmuster der Akteure und aus der planwirtschaftlichen Vergangenheit herrühren-

de Sachzwänge und Engpässe, etwa der veraltete Kapitalstock, die realwirtschaftliche Anpassung in den Unternehmen. Diese Zusammenhänge sind jedoch sehr schwer zu erfassen, insbesondere da die statistische Informationsbasis äußerst lückenhaft ist. Im folgenden werden die beobachtbaren Anpassungsprozesse aus mehreren Blickwinkeln betrachtet, um so trotz der unzulänglichen Informationsbasis ein aussagekräftiges Gesamtbild entstehen zu lassen. Die Anpassung wird in ihren sektoralen und regionalen Dimensionen, aus eigentumsrechtlicher Perspektive und schließlich aus der Sicht der Unternehmen beschrieben. Dabei geht es um die Geschwindigkeit der Anpassung, aber auch darum, ob die Anpassung eher aktiver oder passiver Art ist und ob durch ordnungspolitische Vorgaben selbst neue Anpassungshindernisse entstehen.

2. Anpassung aus sektoraler und regionaler Perspektive

a. Industrie

Produktion

Seit 1990 ist die Produktion der russischen Industrie kontinuierlich gesunken, allein von 1990 bis 1993 um etwa 40 vH. Dieser Schrumpfungprozeß hat zwar flächendeckend alle Branchen erfaßt, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Während die Stromerzeugung in diesen vier Jahren um weniger als 10 vH und die Produktion der Brennstoffindustrie ungefähr um 30 vH zurückging, fiel die Produktion der Chemieindustrie und der Leichtindustrie auf etwa die Hälfte ihres Ausgangsniveaus. Ähnliche Dimensionen erreichte der Rückgang auch bei der Erzeugung zahlreicher Investitionsgüter durch den Maschinenbau. In den ersten sieben Monaten 1994 kam es zu einem erneuten Produktionsrückgang um ein Viertel, von dem die Leichtindustrie (-44 vH), der Maschinenbau (-42 vH) und die chemische und petrochemische Industrie (-36 vH) am stärksten betroffen waren (vgl. Abschnitt I.1.a)

Aufgrund dieser Unterschiede in der Produktionsentwicklung der einzelnen Branchen hat sich die Bedeutung der Rohstoff- und Energieproduktion in der russischen Industrie weiter verstärkt. Der Anteil der Brennstoff- und Energiezweige an der Industrieproduktion (in Preisen von 1992) erreichte im ersten Halbjahr 1994: 31 vH gegenüber 21 vH 1990, während der Anteil des Maschinenbaus von 20 auf 15 vH und derjenige der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie von 19 auf 15 vH sank [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 10 f.].

Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen wären die Unternehmen bei einem derartigen Produktionseinbruch gezwungen, veraltete Kapazitäten mit hohen Produktionskosten stillzulegen und vorzugsweise die am kostengünstigsten arbeitenden Produktionsanlagen auszulasten. Eine derartige Kapazitätsanpassung hat in der russischen Industrie vermutlich nicht stattgefunden, vielmehr haben nach den vorliegenden Daten die Unternehmen in der Regel auf die rückläufige Nachfrage mit einer niedrigen

Auslastung der Produktionskapazitäten reagiert (Tabelle 12). Negativ wirkt sich die unterbliebene Kapazitätsanpassung zwangsläufig auf die Kapitalproduktivität aus, die nach offiziellen Angaben in den Jahren 1990 bis 1993 um 50 vH gesunken ist, allein 1993 um 18 vH [Goskomstat Rossii, 1994a, S. 12].

Tabelle 12 — Auslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie 1990–1994 (vH)

	1990	1991	1992	1993	1994 ^a
Industrie insgesamt	81	74	62	53	42
Eisen- und Stahlindustrie	93	84	72	64	51
Chemie- und Holzkomplex	77	74	63	52	42
Maschinenbau	77	71	58	46	32
Baustoffindustrie	89	87	73	59	43
Leichtindustrie	91	78	63	54	38
Nahrungsmittelindustrie	78	70	61	56	49

^aPrognose des Institut narodnochozjajstvennogo prognozirovanija ran.

Quelle: Institut narodnochozjajstvennogo prognozirovanija ran [1994, S. 34].

Ein schwieriges Strukturproblem ist die Konversion der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion. Es gibt in Rußland über 2 000 Rüstungsbetriebe mit etwa 4 Mill. Beschäftigten. Die Produktion von Rüstungsgütern sank 1993 insgesamt um 29 vH, darunter in den der Konversion unterliegenden Betrieben um 22 vH. Gleichzeitig ging in diesen Betrieben auch die Erzeugung von zivilen Gütern um 10 vH zurück. Der Anteil der militärischen Güter an der Produktion der Rüstungsindustrie lag nach offiziellen Angaben 1993 bei 31 vH gegenüber 52 vH 1990 (in Preisen von 1993). In 40 vH der Rüstungsunternehmen liegt der Anteil der zivilen Produktion derzeit bei 80 vH und mehr, nur 10 vH der Unternehmen produzieren überwiegend Rüstungsgüter [Izvestija vom 30.12.1993, Ekonomiceskaja gazeta, 1994, Nr. 15, S. 2, Goskomstat Rossii, 1994c, S. 21]

Seit Anfang 1994 hat sich die wirtschaftliche Situation der Rüstungsindustrie beträchtlich verschlechtert. Im ersten Halbjahr betrug der Produktionsrückgang bei den Rüstungsgütern

insgesamt 42 vH, der Rückgang bei den zivilen Erzeugnissen fiel mit 40 vH kaum geringer aus. Ebenso wie der zivile Maschinenbau sahen sich die Rüstungsbetriebe mit massiven Absatzproblemen bei den von ihnen erzeugten Investitionsgütern konfrontiert, so daß die Produktion von Ausrüstung für die Leichtindustrie um 70 vH und für den „agrarinindustriellen Komplex“ um 50 vH zurückging. Starke Produktionseinbußen verzeichneten auch der Waggon- und Flugzeugbau. Günstiger entwickelte sich die Erzeugung diverser Konsumgüter (Kühlschränke, Wasch- und Nähmaschinen), bei denen einige Unternehmen sogar Produktionszuwächse erzielen konnten. Einigen Unternehmen gelang eine Spezialisierung, z.B. auf dem Gebiet der Medizintechnik oder dem Bau von Bohrausrüstungen für die Erdölindustrie. Eine solche Anpassung ist allerdings nicht typisch für den bisherigen Verlauf des Konversionsprozesses insgesamt. Die Produktionsanlagen zur Erzeugung ziviler Erzeugnisse sind in vielen Fällen veraltet. Die Umstellung der Produktion erfolgt ohne eine hinreichende Marktanalyse. Zudem herrscht in vielen Unternehmen Unsicherheit über die künftigen Aufträge für Rüstungsgüter [Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 1994, S. 42 ff., Beljaev, 1994, S. 3; Jarenenko, Rassadin, 1993, S. 6 ff.].

Investitionen

Die Gleichzeitigkeit von sinkender Produktion und hohen Inflationsraten mußte sich unter den Bedingungen weicher Budgetrestriktionen auf die Investitionen zwangsläufig besonders stark auswirken. Erstens mußte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen angesichts der gesunkenen Absatzchancen und der geringeren Kapazitätsauslastung ohnehin zurückgehen. Zweitens verkürzte die Inflation die Planungszeiträume der Unternehmen, was sich gleichfalls negativ auf die Investitionstätigkeit auswirkte. Drittens wurde der Anpassungsdruck auf die Unternehmen durch die weichen Budgetrestriktionen auch dahingehend abgeschwächt, daß diese nicht gezwungen waren, Rationalisierungsinvestitionen zur Kostensenkung durchzuführen. Viertens hat auch der

Staat bei seinen Versuchen der Inflationsbekämpfung und der Begrenzung der durch die hohen Subventionsleistungen verursachten Haushaltsdefizite primär die Investitionen reduziert. Fünftens schließlich bewirkte die Subventionierung unrentabler Unternehmen eine Umverteilung zu Lasten der leistungsfähigeren Sektoren, deren Investitionskraft auf diese Weise geschwächt wurde. Die industriellen Investitionen sanken in den Jahren 1990 bis 1993 um insgesamt 60 vH, wobei ihr Rückgang in jedem der vier Jahre denjenigen der Industrieproduktion deutlich übertraf [Centre of Economic Analysis, 1993, S. 127; Goskomstat Rossii, 1993c, S. 8].

Einen überdurchschnittlichen Rückgang der Investitionen verzeichneten in den Jahren 1990 bis 1993 der Maschinenbau (-76 vH), die Leichtindustrie (-73 vH), die Nahrungsmittelindustrie (-71 vH) und die Baustoffindustrie (-70 vH), wobei dieser Rückgang ausschließlich auf die letzten zwei Jahre zurückzuführen ist. Im Brennstoff- und Energiesektor sanken die Investitionen demgegenüber in allen vier Jahren zusammengenommen lediglich um 44 vH, wobei der stärkste Rückgang (-20 vH) auf das Jahr 1990 entfiel (Tabelle 13). Im Ergebnis hat sich die Investitionsstruktur deutlich zu Lasten der Verarbeitenden Industrie verschoben. Der Anteil des Maschinenbaus an den gesamten Investitionen reduzierte sich von 8,4 vH im Durchschnitt der Jahre 1986 bis 1990 auf 4,5 vH 1993, der Anteil der Leichtindustrie sank von 0,9 auf 0,6 vH, derjenige der Nahrungsmittelindustrie von 2,3 auf 1,8 vH. Demgegenüber erhöhte sich das relative Gewicht der Investitionen in den Brennstoff- und Energiesektor von 15,9 auf 23,3 vH, im ersten Halbjahr 1994 waren es sogar 26 vH (Tabelle 14).

Beschäftigung

Ungeachtet des Rückgangs der Industrieproduktion kam es bis 1993 zu keiner entsprechenden Anpassung des Arbeitskräftebestands. Im Jahresdurchschnitt 1993 betrug die Zahl der Beschäftigten in der Industrie 21,6 Mill., dies waren 2 vH weniger als im Vorjahr und 5 vH weniger als 1990. Einen Beschäftigungsabbau

Tabelle 13 — Daten zur Investitionsentwicklung 1990–1994 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1. Halbjahr 1994
Investitionen insgesamt	0,1	-15,5	-39,7	-16	-28
Produzierender Bereich	-1,1	-18,0	-44	-20	-37
Industrie	-9,1	-18,3	-31	-20 ^a	.
Brennstoff- und Energiesektor	-20,1	-16,9	-7	-10 ^a	.
Metallurgie ^b	-1,6	-7,4	-15	-24 ^a	.
Maschinenbau	4,3	-29,2	-59	-22 ^a	.
Chemie- und Holzkomplex	5,0	-10,6	-43	-19 ^a	.
Baustoffindustrie	16,4	1,2	-38	-59 ^a	.
Leichtindustrie	28,2	-16,6	-49	-51 ^a	.
Nahrungsmittelindustrie	10,0	-8,2	-50	-44 ^a	.
Landwirtschaft	8,2	-5,2	-64	-13 ^a	.
Bauwirtschaft	-12,0	-16,8	-65	-31 ^a	.
Verkehr und Nachrichtenwesen	19,1	-32,6	-45	-13 ^a	.
Nichtproduzierender Bereich	2,9	-9,0	-30	-6	-12
Wohnungsbau	1,2	-7,4	-24	0 ^a	.
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	-2,8	-24,6	-53	-25	.
Investitionen in vH des BIP	23,0	19,0	17	15	14

^aPrognose von Goskomstat vom November 1993. — ^b1990 und 1991 nur Eisen- und Stahlindustrie, ohne NE-Metallurgie.

Quelle: Goskomstat Rossii [1993a, S. 6, 9; 1993b, S. 21 f., 53; 1994a, S. 35; 1994c, S. 35 ff.; 1994h, S. 63 f.; 1994m, S. 179]; Goskomstat RSFSR [a, S. 48 f., 91; b, S. 523].

Tabelle 14 — Investitionsstruktur nach Sektoren 1986–1994 (vH)

	1986–1990	1990	1991	1992	1993	1. Halbjahr 1994
Investitionen insgesamt	100	100	100	100	100	100
Produzierender Bereich	71,5	70,0	68,6	65,5	59,6	56,7
Industrie	37,5	35,9	34,7	40,9	38,9 ^a	.
Brennstoff- und Energiesektor	15,9	14,0	13,8	21,8	23,3 ^a	26,2
Metallurgie ^b	1,6	1,4	1,6	4,6	4,2 ^a	3,8
Maschinenbau	8,4	8,3	6,9	4,9	4,5 ^a	5,8
Chemie- und Holzkomplex	3,4	3,6	3,8	3,4	3,3 ^a	1,5
Baustoffindustrie	1,2	1,4	1,7	1,6	0,8 ^a	.
Leichtindustrie	0,9	1,2	1,2	1,0	0,6 ^a	.
Nahrungsmittelindustrie	2,3	2,9	3,1	2,7	1,8 ^a	.
Landwirtschaft	14,9	15,8	17,8	10,8	11,2 ^a	8,4 ^a
Bauwirtschaft	4,3	4,5	4,5	2,7	2,3 ^a	1,5 ^c
Verkehr und Nachrichtenwesen	12,0	11,8	9,4	8,8	9,1 ^a	6,4
Nichtproduzierender Bereich	28,5	29,1	31,4	34,4	40,4	43,3
Wohnungsbau	16,3	16,6	18,1	21,7	25,8 ^a	26,0

^aBerechnet aus den Prognosewerten in Tabelle 3. Legt man die Angaben des Wirtschaftsministeriums über die Investitionen 1993 in laufenden Preisen zugrunde, so würden sich abweichend von diesen vorläufigen Schätzungen die folgenden Anteilswerte ergeben: Brennstoff- und Energiesektor: 23,0 vH; Metallurgie: 4,0 vH; Maschinenbau: 4,0 vH; Chemie- und Holzkomplex: 2,8 vH; Landwirtschaft: 7,7 vH; Verkehr und Nachrichtenwesen: 8,0 vH. — ^b1986–1990, 1990 und 1991 nur Eisen- und Stahlindustrie, ohne NE-Metallurgie. — ^cEinschließlich Baustoffindustrie.

Quelle: Goskomstat Rossii [1992a, S. 541 f.; 1993b, S. 21, 53; 1994a, S. 35; 1994c, S. 35 ff.; 1994h, S. 63 f.; 1994m, S. 61 ff., 179]; Centre of Economic Analysis [1993, Nr. 4, S. 127].

verzeichneten 1993 der Maschinenbau (-10 vH), der Chemie- und Holzkomplex (-6 vH), die Baustoffindustrie (-12,5 vH) und die Leichtindustrie (-6 vH). In der Metallurgie blieb die Zahl der Arbeitskräfte konstant, im Brennstoff- und Energiesektor gab es sogar einen Zuwachs der Beschäftigung um 11 vH [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 13, S. 2038 f., Goskomstat Rossii, 1993a, S. 121] (Tabelle 15).

Tabelle 15 — Daten zur Beschäftigungsentwicklung 1992–1994 (Mill. Personen)

	1992	1993	1994 ^a
Beschäftigte insgesamt	70,6	70,2	65,5
Industrie	22,0	21,6	19,0
Brennstoff- und Energiesektor	1,8	2,0	2,0
Metallurgie	1,6	1,6	1,7
Chemie- und Holzkomplex	3,1	2,9	1,8
Maschinenbau und Metallverarbeitung	7,9	7,1	6,5
Baustoffindustrie	0,8	0,7	0,7
Leichtindustrie	1,6	1,5	1,4
Übrige Industriezweige	4,8	5,1	4,2
Landwirtschaft	9,6	9,8	9,8
Bauwirtschaft	8,4	8,3	7,3
Verkehr und Nachrichtenwesen	5,5	5,4	5,0
Handel	5,7	5,7	5,1
^a Prognose.			

Quelle: Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 13, S. 2038 f.

Wegen der divergierenden Produktions- und Beschäftigungsentwicklung lag die Produktion je Beschäftigten 1993 in der Gesamtindustrie um 44 vH unter dem Niveau von 1990, darunter im Brennstoff- und Energiesektor um 39 vH, in der Eisen- und Stahlindustrie um 49 vH, im Chemie- und Holzkomplex um 51 vH, im Maschinenbau um 46 vH, in der Baustoffindustrie um 57 vH, in der Leichtindustrie um 41 vH und in der Nahrungsmittelindustrie um 45 vH [Institut narodnochozjajstvenogo prognozirovanija ran, 1994, S. 34].

b. Bauwesen

In den letzten drei Jahren sind im Bauwesen beträchtliche strukturelle Veränderungen vor sich gegangen. Die Anpassung an die neuentstehenden marktwirtschaftlichen Bedingungen, an die sich verschlechternde volkswirtschaftliche Gesamtsituation, insbesondere an den rapiden Rückgang der Investitionen, und an den gewachsenen Einfluß der Gebietskörperschaften erfolgte jedoch überwiegend passiv (reaktiv). Anpassungen im Sinne höherer wirtschaftlicher Effizienz und einer steigenden Qualität der Bauleistungen sind bisher die Ausnahme geblieben.

Gewandelt hat sich die Organisations- und Eigentumsstruktur des Bauwesens. An der Spitze stehen das Bauministerium der Föderation und das Staatskomitee für Architektur und Bauwesen. Aus den früheren sechs Bauministerien der Branchen und den territorialen Hauptverwaltungen sind Aktiengesellschaften, Holdings oder Vereinigungen geworden. Trotz ihrer veränderten Unternehmensverfassung stellen sie ein Überbleibsel der planwirtschaftlichen Produktionsorganisation dar. Das zentrale Organisationselement des Bauwesens sind die 3 000 bis 4 000 Trusts bzw. Wohnungsbaukombinate mit ihren mehr als 30 000 Betrieben (Bau- und Montageverwaltungen), die etwa 1 500 Projektierungsunternehmen sowie die Bauabteilungen der großen Industrieunternehmen [Rekitar, 1993]. Daneben hat sich die Zahl der genossenschaftlichen Bauunternehmen und der privaten Klein- und Mittelbetriebe des Bauwesens erhöht. Anfang 1994 existierten mehr als 92 000 Kleinbetriebe (mit bis zu 100 Beschäftigten), in denen 2,2 Mill. Arbeitskräfte eine Vollzeitbeschäftigung ausübten und zusätzlich etwa 2 Mill. Teilzeitbeschäftigte oder auf Honorarbasis angestellte Mitarbeiter tätig waren [Goskomstat Rossii, 1994f].

Trotz dieser reformbedingten Entwicklung ist der Konzentrationsgrad im Bauwesen außerordentlich hoch geblieben. Im Jahr 1993 führten die zwölf größten Aktiengesellschaften mehr als 55 vH der statistisch erfaßten Auftragsarbeiten des Bauwesens durch [Rekitar,

Tabelle 16 — Fertigstellung von Wohnungen 1991–1994

	1991	1992	1993	1. Halbjahr 1994
Gesamtfläche (Mill. m ²)	49,4	41,5	41,8	10,9
Veränderungen zum Vorjahr (vH)	-20,0	-16,0	0,7	-6,0
Individueller Wohnungsbau (Mill. m ²)	5,4	4,9	5,6	1,9
Generalinstandgesetzte Wohnfläche (Mill. m ²)	19,7	13,1	.	.

Quelle: Goskomstat Rossii [1993a; 1994h, S. 65].

1993, S. 73]. Das gilt für den Wohnungsbau ebenso wie für den öffentlichen Bau und den Industriebau.

Über die Produktion des Bauwesens liegen keine zusammenfassenden Daten vor. Sie ist in allen Teilbereichen zurückgegangen. Im Industriebau war der Produktionsrückgang wegen der stark geschrumpften industriellen Investitionen besonders groß. Er betrug im Jahr 1991: -9,7 vH, im Jahr 1992: -26,0 vH, im Jahr 1993: -13,0 vH und im ersten Halbjahr 1994: -25,0 vH. Auch im Wohnungsbau haben sich beim Neubau trotz der großen Anspannungen auf dem Wohnungsmarkt die Leistungen beträchtlich vermindert (Tabelle 16). Bemerkenswert ist, daß die Zahl der durch Privatpersonen neu gebauten Wohnungen 1993 mit +14 vH und im ersten Halbjahr 1994 mit +35 vH stark zugenommen hat. Um mehr als die Hälfte fiel in den letzten drei Jahren die Produktion auch im öffentlichen Bau (Schulen, Krankenhäuser, Vorschuleinrichtungen usw.) und im Straßenbau [Goskomstat Rossii, 1993a, S. 247 f., 537].

Wie in den übrigen Sektoren der Wirtschaft ist die Beschäftigung im Bauwesen wesentlich langsamer als die Produktion gesunken. Die Zahl der Arbeitnehmer hat sich von reichlich 9 Mill. (1990) auf 8,3 Mill. (1993) verringert;⁴⁰ die Arbeitsproduktivität ging in den Jahren 1990 und 1991 um jeweils 17,8 vH und im Jahr 1992 sogar um 30,6 vH zurück [Goskomstat Rossii, 1993a, S. 123, 129]. Besonders stark war der Rückgang der Arbeitsproduktivität in den genossenschaftlichen Bauunternehmen [Stroitel'naja gazeta vom 3.3.1993].

Das technologische Niveau und der technische Zustand der Ausrüstungen im Bauwesen haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Die Investitionen in das Bauwesen sind noch schneller gesunken als die gesamten Anlagein-

vestitionen. Betrug ihr Anteil 1991 noch 4,5 vH, so erreichte er im ersten Halbjahr 1994 nur noch 2,6 vH [Goskomstat Rossii, 1993a, S. 532; Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 1994, S. 63].

c. Landwirtschaft

Im Vergleich zur Industrie ist die Produktion in der Landwirtschaft weit weniger zurückgegangen. 1993 sank die Agrarproduktion gegenüber dem Vorjahr lediglich um 4 vH. Sinkende Hektarerträge und eine verringerte Anbaufläche (-6,8 vH) lassen auch 1994 eine geringere Ernte als 1993 erwarten [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 42]. Im ersten Halbjahr 1994 sank die Produktion von Fleisch gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10 vH, die Produktion von Milch um 17 vH. Diese Tendenz wird nach russischen Einschätzungen bis zum Jahresende anhalten [Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 1994, S. 56]. Darin kommt auch eine Anpassung an eine veränderte Nachfrage zum Ausdruck. Der ständige Rückgang der Tierbestände ist durch eine ebenfalls verschlechterte Futtergrundlage mit einer nachlassenden Produktivität verbunden. Die Preisliberalisierung verstärkte die Rentabilitätsprobleme der Viehwirtschaft. Die Regierung versucht, die Subventionen für die Landwirtschaft zu senken; real haben sich die Subventionen je Produkteinheit 1993 gegenüber 1992 halbiert.

In den ersten sechs Monaten 1994 verringerten sich die Investitionen des Agro-Industriekomplexes gegenüber dem Vorjahreszeitraum insgesamt um mehr als die Hälfte. Wesentliche Rückgänge waren insbesondere beim Wirtschaftswegebau (-76 vH), bei Bewässerungs- (-31 vH) und Entwässerungsvorhaben (-82 vH) sowie beim Bau von Stallanlagen (-37 vH) festzustellen. Dagegen wurden mehr Lagerflä-

chen für Gemüse, Kartoffeln und Obst (15 vH) sowie Siloanlagen (45 vH) errichtet, wodurch die traditionell hohen Lagerverluste gemindert werden können.

Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaftsbetriebe aller Eigentumsformen wird von den weiterbestehenden Monopolstrukturen der Aufkauf- und Verarbeitungsbetriebe, mangelnden Vorleistungen, schnell steigenden Inputpreisen, Finanzierungsproblemen und nur zögerlicher Bezahlung der landwirtschaftlichen Produkte beeinflusst. Die Inputpreise der Landwirtschaft stiegen wesentlich schneller als die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte. Gleichzeitig führten steigende Einzelverbraucherpreise zu einem Rückgang der Nachfrage. Lebensmittelimporte vor allem aus den Nachbarrepubliken verschärften bei verschiedenen Produkten die Lage auf einzelnen regionalen Märkten. Entgegen den staatlichen Bestrebungen ist es nicht gelungen, die Landwirtschaftsbetriebe an der Privatisierung der Verarbeitenden Industrie zu beteiligen. Zur Beseitigung der Monopolstrukturen der Aufkauf- und Verarbeitungsbetriebe versuchen die landwirtschaftlichen Produzenten, ihre Produkte zunehmend über alternative Kanäle (Märkte, eigene Geschäfte und Gaststätten, Bartergeschäfte) abzusetzen. Die Bereitschaft der landwirtschaftlichen Betriebe zu Vertragsabschlüssen mit den traditionellen, ehemals staatlichen Aufkauforganisationen ist deutlich schwächer geworden. Das Volumen der Abschlüsse mit den Aufkaufbetrieben betrug am 1. Juli 1994 bei pflanzlichen Produkten nur 24 bis 37 vH des entsprechenden Vorjahresstandes, bei Vieh und Geflü-

gel etwa die Hälfte [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 47].

Die Agrarreform veränderte die Eigentumsstrukturen (Tabelle 17), wobei die meisten Kolchosen und Sowchosen in Aktiengesellschaften, Assoziationen, Genossenschaften und andere Betriebsformen umgewandelt wurden. Die Produktivität der Betriebe neuer Eigentumsformen lag 1992 deutlich unter der der Kolchosen und Sowchosen, 1993 aber bereits darüber. Vermutlich wurden 1993 die wirtschaftlich stärkeren Kolchosen und Sowchosen transformiert. Die finanziellen Ergebnisse der neuen Betriebsformen sind günstiger und das Verhältnis der Subventionen zum Gewinn geringer als in den nicht umgebildeten Kolchosen und Sowchosen. Deutlich zugenommen haben bäuerliche Privatbetriebe und private Nebenwirtschaften, so daß der Anteil der Privatwirtschaft 1993: 10 vH an der Nutzfläche und 38 vH an der Produktion erreichte.

Bei einigen Produkten beträgt der Anteil der Nebenwirtschaften an den Anbauflächen mehr als die Hälfte (Kartoffeln 77 vH, Gemüse 60 vH). Bis Ende 1993 hat sich gegenüber 1990 der Anteil der Nebenwirtschaften an der Fleischproduktion von 25 auf 38 vH und bei Milch von 24 auf 34 vH erhöht [Goskomstat Rossii, 1994a, S. 45]. Die steigende Produktion der Nebenwirtschaften glich die Produktionsenkung in den anderen Bereichen jedoch nicht aus. Der Anteil der 285 800 bäuerlichen Einzelwirtschaften (1.7.1994) an der landwirtschaftlichen Produktion ist noch gering. Unzureichende Betriebsausstattungen, fehlende Vorleistungen und geringe Erfahrung sind die

Tabelle 17 — Anteile der Wirtschaftsformen 1990–1993 (vH)

	Nutzfläche	Produktion	Nutzfläche	Produktion	Nutzfläche	Produktion
	1990		1992		1993	
Kolchosen, Sowchosen	95	73	41	41	35	23
Betriebe neuer Formen	–	–	44	21	49	35
Bäuerliche Einzelwirtschaften	0,05	–	3	1,1	5	2
Nebenwirtschaften, einschließlich						
Gemeinschaftsgärten	2	24	4	33	5	36
Sonstige	3	3	8	3,9	6	4

Quelle: Goskomstat Rossii [1994a, S. 44].

Hauptgründe für eine äußerst geringe Produktivität, die noch unter der der Kolchosen und Sowchosen liegt. Bei einem Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 5 vH, stellen die bäuerlichen Einzelwirtschaften nur 2 vH der Produktion. Die zahlenmäßige Entwicklung der bäuerlichen Einzelwirtschaften ist faktisch zum Stillstand gekommen. Im zweiten Quartal 1994 ist ihre Zahl lediglich um 8 500 gestiegen. Jeweils 100 Neugründungen standen im ersten Halbjahr 1994: 43 Betriebsschließungen gegenüber [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 214].

d. Dienstleistungen und Handel

In der sowjetischen Planwirtschaft erfolgte die Bereitstellung von Dienstleistungen unter staatlicher Regie, etwa in Industrieunternehmen, in der kommunalen Wohnungswirtschaft oder durch staatliche Monopole. Die Bereitstellung von Dienstleistungen durch private Unternehmen war weitgehend untersagt. Durch die Zulassung privater Wirtschaftstätigkeit und verstärkt im Rahmen der Privatisierung bildete sich ein eigenständiger Dienstleistungsmarkt heraus. Trotz einer dynamischen Entwicklung bei einzelnen Dienstleistungen war jedoch auch der Dienstleistungssektor insgesamt von einem Produktionsrückgang betroffen. Im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahresperiode schrumpfte der Dienstleistungssektor im ersten Quartal 1994 um 12 vH. Da die Industrieproduktion im gleichen Zeitraum jedoch mit 25 vH erheblich stärker zurückging, nahm der Anteil der Dienstleistungen am BIP von 36 auf 52 vH zu [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 2, S. 52].

Während die unternehmensbezogenen Aktivitäten des Dienstleistungssektors real eher schwächer abnahmen oder sogar, wie etwa im Banken- und Versicherungsbereich stiegen, sanken die entgeltlichen Dienstleistungen für den Endverbraucher in der ersten Jahreshälfte 1994 drastisch. Der Rückgang der Nachfrage um 48 vH fiel stärker aus als bei anderen Endverbrauchsaggregaten (vgl. Tabelle 1). Dafür dürften vor allem Änderungen der relativen Preise verantwortlich gewesen sein. Bei einem mit 8–9 vH gegenüber 1991 nahezu unverän-

derten Anteil der Dienstleistungsausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 2, S. 50] lag die Preissteigerungsrate für Dienstleistungen mit durchschnittlich 46 vH pro Monat [Goskomstat Rossii, 1994b, S. 80] weit über der monatlichen Inflationsrate von 10 vH, so daß real weniger Dienstleistungen nachgefragt wurden als in den Vorjahren [Centre of Economic Analysis, 1994, S. 11].

Während der Privatisierungsprozeß im Agrar- und Industriesektor lange Zeit nur mühsam vorankam, verlief er im Dienstleistungsbereich verhältnismäßig zügig. Ungefähr die Hälfte der knapp 10 000 Unternehmen, die im ersten Halbjahr 1994 privatisiert wurden, waren Dienstleistungsunternehmen; 30 vH davon waren Einzelhandelsunternehmen, 6,3 vH Gastronomiebetriebe und 14 vH sonstige Dienstleistungsunternehmen [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 55]. Entsprechend nahm der Anteil der privaten Dienstleistungsunternehmen an der Gesamtzahl zwischen April 1993 und April 1994 deutlich zu (Tabelle 18).

Tabelle 18 — Anteil der privaten Dienstleistungsunternehmen an der Gesamtzahl 1993 und 1994 (vH)

	April 1993	August 1993	April 1994
Einzelhandel	52	61	69
Gastronomie	47	57	61
Sonstige Dienstleistungen	53	63	73

Quelle: Government of the Russian Federation [1994, Nr. 2, S. 77].

Im Dienstleistungssektor ist es in Teilbereichen zu einer Anpassung der Beschäftigung gekommen (Tabelle 19). Ein deutlicher Beschäftigungsrückgang war im Bereich Transport und Kommunikation sowie bei der Forschung festzustellen. Demgegenüber hat sich die Beschäftigung in öffentlichen Verwaltungen erhöht. Vor allem aber Banken und Versicherungen haben mit einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl um etwa 125 vH starke Beschäftigungsanpassungen vorgenommen. Dies ist auf die dynamische Entwicklung dieser Branchen zurück-

Tabelle 19 — Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor 1991–1994

	Beschäftigte (Mill.)		Veränderung (vH)
	1991	1.1.1994	
Bildung und Kultur	7,3	7,7	5,4
Transport und Kommunikation	5,8	5,2	-10,3
Einzelhandel und Gastronomie	5,6	5,7 ^a	1,8
Gesundheit, Sport, soziale Dienste	4,3	4,4	2,3
Sonstige Dienstleistungen	3,2	3,2	-
Forschung	3,1	2,4	-21,9
Öffentliche Verwaltung	2,0	2,4	20,0
Banken und Versicherungen	0,4	0,9 ^a	125,0

^a1. Quartal 1993.

Quelle: Government of the Russian Federation [1994, Nr. 2, S. 72].

zuführen, in deren Folge zumindest bis Anfang 1994 vergleichsweise hohe Gehaltszuwächse erzielt wurden (vgl. Abschnitt I.1.d). Während Arbeitnehmer in Bereichen wie Erziehung oder Gesundheit Einbußen beim realen Einkommen hinnehmen mußten, stieg das Realeinkommen der Angestellten im Banken- und Versicherungswesen um etwa 22 vH [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 2, S. 39].

Einzelhandelsunternehmen befanden sich vor der Privatisierung in der Mehrzahl im Besitz regionaler Handelsmonopole, die über Rußland verteilt das gesamte Warenangebot und die gesamte Distribution bestimmten. Auch nach der Änderung der Eigentumsform blieb die Abhängigkeit der Einzelhandelsgeschäfte von den Großhandelsmonopolen zunächst bestehen. Die Liberalisierung der Preise Anfang 1992 hatte zwar dazu geführt, daß sich die Formierung von Handelsbörsen, die versuchten die Rolle von dezentralen Großhändlern zu übernehmen, etwas beschleunigte [Ifo Schnelldienst, 1994, Nr. 13, 21 ff.]. Mit der Schließung vieler Handelsbörsen scheint inzwischen allerdings eine weitere Phase der Marktumstrukturierung begonnen zu haben, über deren gegenwärtigen Stand keine verlässlichen Informationen vorliegen.

Den Geschäftsbanken ist es innerhalb einer relativ kurzen Frist gelungen, ein breites Spektrum von Banken- und sonstigen Finanzdienstleistungen bereitzustellen [DIW et al., 1994a, S. 25 ff.]. Immer mehr Banken sind bemüht, Dienstleistungen auch für Kleinanleger anzu-

bieten. Ein Indiz dafür ist, daß der Anteil der Geschäftsbanken an den privaten Einlagen bis zur Jahresmitte 1994 auf 48 vH gestiegen ist. Für diese Einlagen hatte die staatliche Sberbank noch bis vor zwei Jahren das Monopol inne [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 2, S. 20]. Am 1. Juni 1994 waren 2 214 Geschäfts- und Genossenschaftsbanken mit 5 059 Filialen registriert [Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, a, 1994, Nr. 6/7, S. 14]. Zusätzlich verfügte die Sberbank über 31 182 Filialen. Die Finanzinfrastruktur beschränkt sich allerdings auf die Metropolen, so daß eine große Diskrepanz bezüglich der Versorgung mit Finanzdienstleistungen zwischen den Großstädten und den ländlichen Gebieten zu verzeichnen ist. Während die Sberbankfilialen relativ gleichmäßig über das Land verteilt sind, befindet sich knapp die Hälfte der Geschäftsbanken im Großraum Moskau. Ohne Moskau ergibt sich eine durchschnittliche Verteilung von 0,8 (mit Moskau 1,4) Geschäftsbanken auf 100 000 Einwohner [Goskomstat Rossii, 1994b, S. 61]. Der Anteil der kleinen und mittleren Banken (weniger als 1 Mrd. Rubel Eigenkapital) an der Gesamtzahl der Banken erscheint mit 80,8 vH (Februar 1994) hoch, doch wird der Kreditmarkt von einigen wenigen großen Banken beherrscht. So hielten Anfang 1994 die fünf größten Banken 65 vH der Bilanzsumme und 56 vH des Kapitals der zwanzig größten Banken [DIW et al., 1994a, S. 26].

In den letzten Jahren ist auch ein privater Versicherungsmarkt entstanden, der sich dynamisch entwickelt [Goskomstat Rossii, 1994b, S. 63]. Derzeit arbeiten ungefähr 975 Versicherungsgesellschaften mit über 3 000 Filialen und insgesamt 95 000 Beschäftigten. Die gesamten Einnahmen durch Versicherungsbeiträge betragen im ersten Quartal 1994 etwa 380 Mrd. Rubel (1993: 614 Mrd. Rubel), die Auszahlungen der Versicherungen beliefen sich auf 235 Mrd. Rubel (1993: 316 Mrd. Rubel). Während zunächst die Nachfrage nach langfristigen Lebens- und Pensionsversicherungsverträgen hoch war, werden inzwischen langfristige Versicherungen aufgrund der hohen Inflation immer weniger nachgefragt und durch kurzfristige Kreditversicherungsverträge ersetzt (15 vH des gesamten Prämienaufkommens) [Ost- und Südosteuropa-Institut, 1994, Nr. 2, S. 59]. Der weiteren Expansion der Versicherungswirtschaft steht die unzulängliche Gesetzeslage entgegen. Zudem mangelt es an ausgebildetem Personal, und der Verbraucherschutz gilt als unzureichend, da sich der Aufbau einer Versicherungsaufsicht noch im Anfangsstadium befindet und bislang keine Rückversicherungspflicht besteht [Ekonomika i žizn', 1994, Nr. 8, S. 14].

e. Transportwesen

Verkehrsaufkommen und Verkehrsleistung

Das Verkehrswesen ist nach wie vor von einem deutlichen Rückgang des Verkehrsaufkommens im Güterverkehr und der Verkehrsleistung im Personenverkehr geprägt. 1993 sank das Ladungsaufkommen im Güterverkehr gegenüber dem Vorjahr abermals um 25 vH (1992: -22 vH). 1994 hat sich dieser Trend fortgesetzt (Tabelle 20). Im Personenverkehr war der Rückgang der Verkehrsleistung mit 5 vH im Jahr 1993 weniger ausgeprägt als im Jahr zuvor (-12 vH), hat sich 1994 aber wieder beschleunigt (Tabelle 21). Zudem gab es im Zuge der starken Tarifierhöhungen nach der Tariffreigabe im Luftverkehr eine deutliche Strukturverschiebung vom Luftverkehr zu den Eisenbahnen.

Tabelle 20 — Höhe und Entwicklung des Verkehrsaufkommens im Güterverkehr nach Verkehrsträgern 1993–1994^a

	1993	1993	Januar–Juli 1994
	Mill. t	vH ^b	
Güterverkehr insgesamt	3 613,9	-25	-26
davon:			
Schienenverkehr	1 344,3	-18	-24
Straßenverkehr	1 109,1	-40	-41
Binnenschifffahrt	212,4	-31	-35
Seeschifffahrt	81,0	-8	-19
Rohrleitungen	866,5	-8	-10
Luftverkehr	0,6	-23	-25

^aÖffentlicher Verkehr, ohne Werkverkehr. — ^bVeränderung gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode.

Quelle: Goskomstat Rossii [1994a; 1994d].

Tabelle 21 — Höhe und Entwicklung der Verkehrsleistung im Personenverkehr nach Verkehrsträgern 1993–1994^a

	1993	1993	Januar–Juli 1994
	Mrd. Personen- kilometer	vH ^b	
Personenverkehr insgesamt	556,4	-5,0	-11,0
davon:			
Schienenverkehr ^c	272,5	+8,0	-23,0
Straßenverkehr ^d	199,3	-6,0	-7,0
Binnenschifffahrt	1,6	-16,0	-29,0
Luftverkehr	83,0	-29,0	-15,0

^aÖffentlicher Verkehr, ohne Werkverkehr. — ^bVeränderung gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. — ^cOhne U-Bahnen und Straßenbahnen. — ^dEinschließlich U-Bahnen und Straßenbahnen.

Quelle: Goskomstat Rossii [1994a; 1994d].

Infrastruktur

Der Zustand der Infrastruktur bei den einzelnen Verkehrsträgern ist nach wie vor schlecht. Die Finanzierung von Instandhaltungs- und Ausbaumaßnahmen bei den verschiedenen Verkehrsnetzen ist vielfach nur unzureichend gesichert. Im Bereich der Eisenbahn werden zwar weiterhin Anstrengungen unternommen, um

das Schienennetz zu erhalten und auszubauen. Angesichts des Ende der 80er Jahre aufgelaufenen erheblichen Reparaturstaus [IMF et al., 1991, S. 65] kann jedoch bezweifelt werden, daß sich der Zustand des Netzes nennenswert verbessert hat, zumal die finanzielle Situation der Bahn angespannt erscheint [vgl. Izvestija vom 13.1.1994 und 24.3.1994].

Auch das Straßennetz ist weiterhin in einem äußerst schlechten Zustand. Zwar konnten 1993 in etwas größerem Umfang als im Vorjahr Straßen instandgesetzt werden. Bezogen auf den Anteil der schadhafte Straßen am gesamten Netz blieb die Wirkung des Straßenbauprogramms aber gering.⁴¹ Mit Hilfe eines im Februar 1994 bewilligten Kredits der Weltbank in Höhe von 300 Mill. US\$ sollen zumindest die Instandsetzungsarbeiten an dem unter föderaler Verwaltung stehenden Netz der Fernverkehrsstraßen beschleunigt werden. Nach Ansicht der Weltbank wären rund 4,5 Mrd. US\$ erforderlich, um das russische Straßennetz in einen akzeptablen Zustand zu bringen [Izvestija vom 14.7.1994].

Bei den Seehäfen steht die Russische Föderation nach der Auflösung der UdSSR vor dem Problem, daß für den Außenhandel wichtige Häfen nunmehr in anderen GUS-Republiken oder den baltischen Staaten liegen, deren Umschlagskapazitäten nur gegen Devisen genutzt werden können. Erschwerend kommt hinzu, daß die ohnehin nur geringen Investitionen der UdSSR in den 80er Jahren sich gerade auf jene Häfen konzentriert hatten, die jetzt außerhalb der Russischen Föderation liegen. Aufgrund einer ausgeprägten Spezialisierung der Häfen auf den Umschlag jeweils nur weniger Ladungsarten fehlt es der Russischen Föderation an Terminalkapazitäten vor allem im Container- und Trockenladungsumschlag.⁴² Im September 1993 hat die Regierung ein Programm zum Ausbau sowohl der Häfen als auch der Handelsflotte beschlossen. Die ersten Ausbaurbeiten in den Häfen sind inzwischen angelaufen. Bis zum Jahr 2000 soll eine Steigerung um mehr als 50 vH erreicht werden [Nachrichten für Außenhandel vom 17.9.1993 und 1.3.1994].⁴³

Im Bereich der Rohrleitungen, die vor allem bei Mineralöl und Erdgas nach wie vor einen

hohen Anteil am Transportaufkommen im Güterverkehr haben (Tabelle 20), sind zwei Vereinbarungen mit ausländischen Unternehmen über die Instandhaltung und Modernisierung des störungsanfälligen Gasleitungsnetzes abgeschlossen worden [vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 27.6.1994].

Im Luftverkehr ist die funktionelle Entflechtung von Flugbetrieb, Flugsicherung und Flughafenverwaltung vorangeschritten. Die Flugsicherung ist mittlerweile einer dem Transportministerium unterstehenden Behörde übertragen worden. Die Flughafenverwaltung ist noch nicht vollständig ausgegliedert, wenn auch schon zahlreiche Flughäfen kommerzialisiert wurden [Handelsblatt vom 18./19.2.1994]. Die Verwaltung des internationalen Flughafens von Moskau, die noch der Rest-Aeroflot für den internationalen Verkehr unterstand, soll nach einem Regierungsbeschluß vom Sommer 1994 nunmehr ebenfalls verselbständigt werden. Die technische Ausstattung der Flugsicherung gilt nach wie vor als veraltet, im Rahmen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten werden die Anlagen allerdings modernisiert und das Personal weitergebildet. Die Infrastruktur wichtiger Flughäfen ist trotz des Rückgangs der Verkehrsleistung im Luftverkehr überfordert, viele Flughäfen sind in hohem Maße sanierungsbedürftig.

Unternehmensstrukturen

Bei den Transportunternehmen ist die Entflechtung und Privatisierung der ehemaligen staatlichen Kombinate inzwischen angelaufen. Zu diesen aus den alten Strukturen hervorgegangenen Unternehmen treten inzwischen insbesondere im Straßengüter- und im Luftverkehr die ersten rein privaten neugegründeten Unternehmen.

Die Eisenbahn der UdSSR ist nach der Abspaltung der Eisenbahnen der anderen GUS- und der baltischen Staaten in derzeit 19 wirtschaftlich selbständige Regionalverwaltungen aufgeteilt worden, die eine Betriebsgemeinschaft bilden. Eine Privatisierung dieser Bahngesellschaften, die einem eigenen Ministerium unterstehen, ist nicht vorgesehen. Die Eisenbahn ist nach wie vor der wichtigste Verkehrs-

träger (Tabellen 20 und 21), die Angaben über die Zuverlässigkeit des Eisenbahnverkehrs sind jedoch widersprüchlich. Der Straßengüterverkehr, der bislang nur eine ergänzende Rolle als Vor- und Nachlaufverkehr zum Eisenbahnverkehr spielte, gewinnt offenbar an Bedeutung. Zwar ist nach den offiziellen Daten das Verkehrsaufkommen des Straßengüterverkehrs 1993 und in den ersten sieben Monaten 1994 sogar rascher zurückgegangen als das der Eisenbahn (Tabelle 20). Der Rückgang bei den inzwischen privatisierten Betrieben war aber geringer als bei den noch staatlichen. Auf die privatisierten Betriebe entfielen 1993 bereits 45 vH des Transportaufkommens [Goskomstat Rossii, 1993a, S. 62 f.]. Anderen Quellen zufolge soll zudem der Straßengüterfernverkehr in bisher ausschließlich von der Eisenbahn beherrschte Märkte vordringen [vgl. Izvestija vom 7.7.1994].

Die früheren Straßenverkehrskombinate, in denen sowohl der Straßengüterverkehr als auch der öffentliche Straßenpersonenverkehr vereinigt waren, sind in zahlreiche kleinere Einzelbetriebe aufgelöst worden. Diese werden im Rahmen der kleinen Privatisierung kommerzialisiert und an private Betreiber veräußert. Ende 1993 sind rund zwei Drittel der etwa 1 000 Betriebe des Straßentransportwesens in Aktiengesellschaften umgewandelt worden; rund ein Viertel der Betriebe ist privatisiert worden [Goskomstat Rossii, 1994a, S. 62 f.; Izvestija vom 3.3.1994]. Zu diesen treten im grenzüberschreitenden Verkehr, aber offenbar auch im inländischen Verkehr, neugegründete private Unternehmen, die zwar im Vergleich zu den kommerzialisierten oder privatisierten Betrieben relativ klein sind, aber doch an Marktanteilen gewinnen. Im öffentlichen Personennahverkehr auf der Straße leiden die Betriebe ebenfalls unter einem fortschreitenden Verschleiß des Fahrzeugparks. Die im Durchschnitt erheblichen Defizite der Verkehrsbetriebe führen nicht zu Konkursen, weil die Betriebe nach Ansicht der sie tragenden Gebietskörperschaften einen wichtigen Beitrag für die Grundversorgung der Bevölkerung leisten. Die Gebietskörperschaften verhindern dementsprechend Konkurse in diesem Bereich; für Investitionen fehlen auch ih-

nen die Mittel [Vestnik Ekonomiki, Juli/August 1994, S. 28 f.].

Im Bereich der Binnenschifffahrt, deren Anteil am Ladungsaufkommen deutlich abgenommen hat (Tabelle 20), ist die Privatisierung der staatlichen Binnenschiffsreedereien noch in den Anfängen; es haben sich daneben aber schon private Reedereien gebildet. Die 21 großen staatlichen und bislang hoch subventionierten Binnenreedereien sollen aufgeteilt und in 136 Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Diese Umstrukturierung ist offenbar nunmehr angelaufen. Zu einer Privatisierung ist es bisher nur in wenigen Fällen gekommen; bei diesen und geplanten weiteren Privatisierungsaktionen handelt es sich praktisch ausschließlich um Teilprivatisierungen mit einer staatlichen Mehrheitsbeteiligung [Issakow, 1994].

In der Seeschifffahrt ist die Situation mit derjenigen in der Hafenwirtschaft vergleichbar. Nach der Auflösung der UdSSR ging ein beträchtlicher Teil der Flotte — insbesondere Spezialschiffe wie Kühlschiffe, Gas- und Mineralöltanker — auf die anderen GUS- und die baltischen Staaten über, während der Russischen Föderation eine unsystematisch zusammengestellte Flotte verblieb. Trotz des (allerdings relativ bescheidenen) Rückgangs des Transportaufkommens russischer Schiffe (Tabelle 20) machen sich Kapazitätsengpässe insgesamt und insbesondere bei Spezialschiffen bemerkbar. Ausländische Reedereien haben den verschiedenen und inzwischen zu knapp 50 vH kommerzialisierten Nachfolgebetrieben der ehemaligen sowjetischen Staatsreederei mittlerweile deutlich den Rang abgelaufen und befördern fast zwei Drittel der russischen Im- und Exporte.⁴⁴

Am weitreichendsten innerhalb des Verkehrswesens erscheinen die Veränderungen der Marktstrukturen im Luftverkehr. In den letzten Jahren hat sich das Bild im Luftverkehr vom Monopol der Aeroflot vollständig gewandelt. Von der ehemaligen Aeroflot ist nur noch der Kern des Auslandsflugdienstes „Aeroflot Russian International“ (ARIA) übriggeblieben, der nur noch die internationalen Verbindungen bedient.⁴⁵ Im Sommer 1994 ist nach eineinhalbjähriger Verzögerung die Privatisierung der

ARIA beschlossen worden. Dabei handelt es sich aber nur um eine Teilprivatisierung: 51 vH des Aktienkapitals sollen in der Hand der Russischen Föderation verbleiben. Die übrigen 49 vH der Aktien sollen an die Beschäftigten der Aeroflot gehen [Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.7.1994].

Der gesamte inländische Luftverkehr wird von einer großen und noch wachsenden Zahl von kleinen Fluggesellschaften — derzeit sind es über 300 — abgewickelt. Diese sind aus den früheren regionalen Verwaltungen der alten Aeroflot hervorgegangen, sind nunmehr organisatorisch selbständig und zum überwiegenden Teil noch in staatlichem Eigentum [vgl. Financial Times vom 9./10.4.1994]. Hinzu kommen wenige neugegründete private Fluglinien, die bislang eine Lizenz erhalten haben. Trotz der großen Anzahl von Fluggesellschaften herrscht auf kaum einer Route Wettbewerb, so daß für die meisten Gesellschaften weder eine wirkungsvolle Kostenkontrolle noch Druck zu einer Verbesserung des Service bestehen. Zugleich hat die Zersplitterung des Inlandsluftverkehrs auch dazu geführt, daß Kostenvorteile aus einem Netzverbund nicht genutzt werden können.

Insgesamt gesehen erscheint die Umstrukturierung des Transportwesens noch wenig vorangeschritten. Die Privatisierung der staatlichen Transportbetriebe ist meist bei einer Umwandlung in eine private Rechtsform stehengeblieben. Wo tatsächlich Aktien in private Hände gegeben wurden oder werden sollen, bleibt es fast immer bei privaten Minderheitsbeteiligungen. Zwar treten auf einzelnen Transportmärkten erste private Wettbewerber auf. Sie spielen aber noch keine große Rolle. Die staatlichen bzw. kommerzialisierten Betriebe haben ihre bisherige Inflexibilität nicht ablegen können, machen meist hohe Verluste und sind dementsprechend subventionsträchtig.

f. Anpassung aus regionaler Perspektive

Für die einzelnen Wirtschaftsräume waren die Startbedingungen für den Übergang zur Marktwirtschaft aufgrund der historisch herausgebildeten Produktionsstrukturen, des bis zur Preisliberalisierung wirkenden Preissystems

und extremer klimatischer Bedingungen sehr differenziert.⁴⁶ Es wurden deshalb umfangreiche Umverteilungen zugunsten einzelner Regionen vorgenommen, so daß das verwendete Nationaleinkommen in 23 Regionen höher war als das produzierte. Dazu gehörten vor allem Regionen Sibiriens und des Fernen Ostens. In den letzten zwei Jahren sind die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsräumen und den Regionen noch größer geworden. Die Region mit der höchsten Pro-Kopf-Industrieleistung produzierte Ende 1993 das 3fache der Region mit der niedrigsten. Dieser Faktor betrug am Ende des ersten Halbjahres 1994 vier. Das ist die Folge eines besonders starken Produktionsrückganges in den bisher schwach entwickelten Republiken Altaj, Adygeja, Kalmückien und in der Karbadino-Balkarischen Republik [Vestnik Ekonomiki, Juli/August 1994, S. 42 ff.].

Die reale Industrieproduktion ist im ersten Halbjahr 1994 auf 52,6 vH des Vergleichszeitraumes des Jahres 1991 gesunken (vgl. Tabelle A1). Die Abweichungen von der durchschnittlichen Entwicklung der Industrieproduktion zwischen und innerhalb der Wirtschaftsräume erklären sich, soweit der statistische Ausweis nach Verwaltungseinheiten darüber eine Aussage zuläßt, vor allem durch die unterschiedliche regionale Verteilung der Roh- und Brennstoffförderung bzw. des Verarbeitenden Gewerbes. Wirtschaftsräume mit starker Roh- und Brennstoffförderung weisen überwiegend geringere reale Produktionssenkungen als der Durchschnitt aus. In Ostsibirien wurde z.B. in fast allen Verwaltungseinheiten ein unterdurchschnittlicher Rückgang der Produktion verzeichnet. Dagegen ist in den Wirtschaftsräumen, in denen vorrangig das Verarbeitende Gewerbe angesiedelt ist, ein größerer Rückgang der realen Produktion festzustellen als im Durchschnitt Rußlands; das betrifft vor allem den Zentralen Wirtschaftsraum und den Wolga-Wjatski-Wirtschaftsraum. Für den Zentralen Wirtschaftsraum ist festzustellen, daß alle Bezirke (Ausnahme: Oblast Smolensk) einen überdurchschnittlich hohen realen Produktionsrückgang ausweisen. Besonders starke Rückgänge sind im Wirtschaftsraum Nordkaukasus

und in den Oblasten Kurgow und Pskow eingetreten.

Die Produktion der Holzwirtschaft wird infolge des Zusammenbruchs der Investitionsgüternachfrage, der steigenden Transportkosten und der veralteten Anlagen eingeschränkt. Um mehr als 40 vH sank die Nutzholzproduktion in den Oblasten Irkusk, Tomsk, Tjumen, Sachalin, im Kraj Chabarowsk und in der Republik Burjatien. Eine Ausnahme bildet die Karelsche Republik, wo auf der Grundlage eines Regierungsprogramms zur Unterstützung der Holzwirtschaft, der günstigen geographischen Lage und in Kooperation mit skandinavischen Staaten die Betriebsanlagen modernisiert, die Qualität der Produkte verbessert, die Absatzmärkte erweitert und damit die Produktion fast auf dem bisherigen Niveau gehalten wurde [Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 1994, S. 89].

Verglichen mit der regionalen Entwicklung der Industrie verlief die regionale Entwicklung in der Landwirtschaft, gemessen an der durchschnittlichen Entwicklung in der Russischen Föderation, bisher gleichförmig. Allerdings haben steigende Transport- und Futterkosten in einigen extrem gelegenen Regionen besondere Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Futter bewirkt, so daß die tierische Produktion überdurchschnittlich gesunken ist (Oblaste Magadan und Tschukotsk). Eine gegenüber der Vorjahresperiode gesunkene Futterproduktion läßt in der Folge weitere Leistungsrückgänge erwarten [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 228].

Besonders schwierige Bedingungen für die Wirtschaftsentwicklung existieren in den Regionen des hohen Nordens und Fernen Ostens: hohe Abhängigkeit von den Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Regionen, schlechte klimatische Bedingungen, unterentwickelte Infrastruktur, große Entfernungen zu den Märkten und hohe Kosten für Elektro- und Wärmeenergie. Diese Bedingungen sind auch dafür ausschlaggebend, daß in den letzten Jahren die Migration der Bevölkerung aus den Verwaltungseinheiten des nördlichen Wirtschaftsraums (1993: Republik Komi 12 300 Personen, Oblast Murmansk 21 800 Personen), aus Ostsibirien (1993: Republik Sacha 13 100 Personen) und vor allem aus dem Fernen Osten (1993: Auto-

nomer Kreis Tschukotsk 75 100 Personen) in den Zentralen Wirtschaftsraum, in den Wolga-Wjatski-, den Wolga- und den Zentralen Schwarzerde-Wirtschaftsraum zugenommen hat [Goskomstat Rossii, 1994a, S. 347].

Unterschiede zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten gibt es auch hinsichtlich der Arbeitslosenquote. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten (1.12.1993) werden für einen großen Teil der nordkaukasischen, ostsibirischen und fernöstlichen Republiken und Oblaste, die höchsten Quoten für den Oblast Pskow (3,4), die Republiken Mordowien und Tschuwaschien (je 3,2) und für die Republik Dagestan (4,4) ausgewiesen [Goskomstat Rossii, 1994a, S. 347 f.]. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in den Regionen zwischen Dezember 1993 und Juni 1994 durchschnittlich um 50,8 vH gestiegen (Tabelle 22). Die Wirtschaftsräume mit dem höchsten Zuwachs sind Ostsibirien (81,8 vH), der Ferne Osten (80 vH) und der Zentrale Schwarzerde-Wirtschaftsraum (78,4 vH). Das

Tabelle 22 — Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen und der Beschäftigten in der Industrie 1994 (vH)

	Zuwachs an Arbeitslosen	Rückgang an Beschäftigten in der Industrie
	Juni 1994 gegenüber Dezember 1993	Juni 1994 gegenüber Januar 1994
Russische Föderation	50,8	-9,7
Nördlicher Wirtschaftsraum	52,6	-9,0
Nord-Westlicher Wirtschaftsraum	33,5	-12,8
Zentraler Wirtschaftsraum	35,8	-10,4
Wolga-Wjatska-Wirtschaftsraum	37,6	-9,0
Zentraler Schwarzerde-Wirtschaftsraum	78,4	-7,5
Wolga-Wirtschaftsraum	63,0	-8,5
Nordkaukasus	39,5	-10,3
Ural	69,4	-9,3
Westsibirien	61,7	-9,9
Ostsibirien	81,8	-9,5
Ferner Osten	80,0	-9,5

Quelle: Goskomstat Rossii [1994d, S. 292; 1994e, S. 27].

Industriepersonal wurde gegenüber Dezember 1993 um durchschnittlich 9,7 vH abgebaut. Insgesamt ist jedoch die regionale Differenzierung der Arbeitslosigkeit angesichts der sehr unterschiedlichen Produktionsergebnisse relativ gering.

Da nach Auffassung der russischen Regierung die Ursachen für die historisch entstandene Situation und die negativen Entwicklungstendenzen in einem Teil der Regionen nicht durch betriebliche Entscheidungen beseitigt werden können, ist die bevorzugte Unterstützung einzelner Regionen bzw. Branchen im Rahmen von Entwicklungsprogrammen auch weiterhin vorgesehen. Das gilt insbesondere für den Fernen Osten, Teile Sibiriens und den hohen Norden, die auch in Zukunft die Roh- und Brennstoffe sowie Holz für die russische Wirtschaft und den Export liefern sollen. Es ist zu befürchten, daß durch solche Programme die Anpassung der Betriebe und Regionen an die marktwirtschaftlichen Erfordernisse weiter hinausgezögert wird.

3. Anpassung aus eigentumsrechtlicher Perspektive

a. Fortgang der Privatisierung

Der Privatisierungsprozeß hatte sich bereits im Jahr 1993 wesentlich beschleunigt. Die Privatisierung staatlichen Eigentums wurde bis zum Abschluß der Voucher-Privatisierung am 30. Juni 1994, mit der auch gleichzeitig die erste Privatisierungsphase beendet wurde, zügig fortgesetzt. So sollen während der ersten Privatisierungsphase etwa 74 vH der kleinen Unternehmen sowie etwa 50 vH der mittleren und großen Unternehmen privatisiert worden sein (Tabelle 23). Die kleinen Unternehmen sind in den Bereichen Handel, Gastronomie und sonstige Dienstleistungen angesiedelt. Sie wurden zu mehr als 70 vH von ihren Belegschaften, vornehmlich über Ausschreibungen und andere Formen der Einzelprivatisierung, erworben. Im Rahmen von Scheckauktionen wurde der überwiegende Teil der mittleren und großen Unternehmen — etwa 13 000 bis Ende Juni 1994 — teilprivatisiert; d.h., es wurde durchschnittlich

nur ein kleiner Teil der Aktien dieser Unternehmen auf Scheckauktionen angeboten (Tabelle 24).⁴⁷ Die Aktienmehrheiten gingen in 75 vH aller Privatisierungsfälle an die Belegschaften, die 51 vH der Anteile zu Vorzugskonditionen erwerben konnten. Außerdem hält der Staat bei mehr als 50 vH der privatisierten mittleren und großen Unternehmen auch weiterhin mindestens 25 vH der Aktien. Bislang wurden 144,5 Mill. bzw. 97 vH der ausgegebenen Privatisierungsschecks eingesetzt.⁴⁸ Ein großer Teil der Schecks, die Zahl von 65 Mill. wird genannt, wurde zudem nicht unmittelbar von den Bürgern, sondern über die mittlerweile 640 Investmentfonds investiert [Goskomimuschestvo, 1994, S. 1 ff.; VWD-Osteuropa vom 22.7.94, S. 2].

Was das Gewicht der einzelnen Gebietskörperschaften bei der Privatisierung betrifft, so wurden mehr als 60 vH der im Jahr 1993 privatisierten Betriebe von den Kommunen veräußert, während sich die übrigen Betriebe auf die Regionen (u.a. Republiken und Oblaste) und die Föderation verteilten (Tabelle 25). Allerdings ergibt sich ein völlig anderes Bild, wenn man den Wert der privatisierten Betriebe betrachtet: Dann entfielen auf die übergeordneten Gebietskörperschaften mehr als 60 vH (Tabelle 26). Diese Verteilung läßt sich dadurch erklären, daß die Beteiligung der Kommunen überwiegend auf die kleine Privatisierung und damit auf den Dienstleistungsbereich beschränkt war. Da die kleine Privatisierung fast abgeschlossen ist, liegt die Verantwortung für die zweite Privatisierungsphase, von der hauptsächlich die Industrie betroffen sein wird, weitgehend bei den Regionen und der Föderation.

Zieht man eine Zwischenbilanz nach der ersten Privatisierungsphase, so ergibt sich ein zwiespältiges Bild: Die kleine Privatisierung wird bald abgeschlossen sein. Dieser Erfolg wird dadurch getrübt, daß in der Regel die Immobilien nur auf fünf Jahre verpachtet wurden, während sich der wirkliche Verkauf auf das Inventar beschränkte. Die ernsteren Probleme scheinen allerdings eher bei der großen Privatisierung zu liegen, die private Eigentümer hervorbringen sollte, die den notwendigen Strukturwandel einleiten können.

Tabelle 23 — Stand der Privatisierung 1992–1994^a

Unternehmensklassen ^b	Anzahl der privatisierten Unternehmen absolut bzw. in vH der Unternehmensklasse kumuliert		
	1992 ^c	1993 ^c	Juli 1994 ^d
Kleine Unternehmen	35 000 (29,2–35 vH)	etwa 86 000	etwa 84 000 ^e (74 vH)
Mittlere Unternehmen	11 000 (7,9–8,5 vH)		
Große Unternehmen	336 (6,7–7 vH)	etwa 2200 (44 vH)	etwa 15 000 ^f (49 vH)
Unternehmen insgesamt	46 000	89 000	

^aJeweils Jahresende. — ^bDie Abgrenzung zwischen den Unternehmensklassen und die Unternehmenszählungen sind nicht eindeutig; zudem haben sich im Zeitablauf die Grundgesamtheiten mehrfach geändert. — ^cDIW et al. [1994a, S. 20]. — ^dMonatsanfang. — ^eGoskomimuschestvo [1994, S. 3]; Planecon [Vol. 4, Nr. 15, 20.7.1994, S. 10]. — ^fVWD-Osteuropa vom 22.7.1994, S. 2; vielfach wird die Zahl der privatisierten mittleren und großen Unternehmen mit 20 000–21 000 (70–71 vH) angegeben; dabei dürfte es sich jedoch um alle bislang als offene Aktiengesellschaften registrierten Betriebe handeln, auch wenn sie nur zu einem Teil privatisiert wurden [vgl. Goskomimuschestvo, 1994, S. 5].

Quelle: Vgl. Fußnoten c, e und f der Tabelle; eigene Berechnungen.

Inwieweit die Privatisierung zur Entwicklung des Privatsektors insgesamt beigetragen hat, ist schwer abzuschätzen, da aufgrund der statistischen Erfassungs- und Abgrenzungsprobleme die vorhandenen Kennziffern mit Vorbehalten betrachtet werden sollten.⁴⁹ Danach entfielen im Jahr 1993 bei der Beschäftigung lediglich knapp 25 vH auf den Privatsektor. Der Anteil der rein privaten Unternehmen an der Industrieproduktion betrug in der ersten Hälfte 1994 nur etwa 7 vH. Nach offiziellen Angaben wurden im selben Zeitraum 58 vH des BIP (1993: 52 vH) außerhalb des staatlichen Sektors erwirtschaftet. Dieser Bereich umfaßt neben rein privaten auch die gemischten Unternehmen,⁵⁰ die vorwiegend als Kapitalgesellschaften mit staatlicher Minderheitsbeteiligung organisiert sind, nicht aber die ausländischen Unternehmen. Im Zuge der Privatisierung ist vor allem die Bedeutung der gemischten Unternehmen gestiegen. Durch sie werden mittlerweile 35 vH (1993: 31 vH) des BIP erstellt. Auf rein private Unternehmen entfallen 23 vH (1993: 21 vH) [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 5].

Dagegen expandiert in der Bauwirtschaft der Anteil des rein privaten Sektors. Von den Bau-

leistungen wurden bis zur Jahresmitte bereits 24 vH (1993: 17 vH) durch private Unternehmen erbracht, während der Beitrag gemischter Unternehmen mit 49 vH (1993: 50 vH) stagnierte. Staatliche Unternehmen haben inzwischen nur noch einen Anteil von 27 vH (1993: 33 vH) [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 41, 204; 1994a, S. 256]. Im Straßentransport wurden im ersten Quartal 1994 von privaten Unternehmen 54 vH der Güter befördert [Goskomstat Rossii, 1994d, S. 20]. Im Einzelhandel entfielen in den ersten sechs Monaten 1994 etwa 77 vH (1993: 75 vH) des Warenumsatzes auf den nichtstaatlichen Sektor (einschließlich Genossenschaften); bei Gaststätten und Kantinen waren es etwa 55 vH.

Gemessen an der gestiegenen Bedeutung gemischter und privater Unternehmen bei der Erstellung des BIP sind die von ihnen getätigten Investitionen noch relativ gering: Nur 30 vH der Gesamtinvestitionen wurden im ersten Halbjahr 1994 durch gemischte Unternehmen und lediglich 16 vH durch rein private Unternehmen durchgeführt [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 35].⁵¹ Der scheinbar hohe Pro-Kopf-Beitrag gemischter Unternehmen ist einerseits

Tabelle 24 — Die Ergebnisse der Scheckauktionen nach Wirtschaftszweigen (Stand: 24.6.1994)

	Anzahl der Betriebe	Grundkapital zum Verkauf (Mill. Rubel)	Durchschnittlich verkaufte Anteile pro Betrieb (vH)	Mittelkurs der Auktionen ^a
Wirtschaftszweige insgesamt				
zum 01.05.1993	1 779	—	25,0	1,9
zum 05.11.1993	4 829	—	—	—
zum 31.12.1993	7 514	—	20,8	1,7
zum 24.06.1994 ^b	12 754	165 802	18,8	1,8
darunter:		000		
Land- und Forstwirtschaft, Fischfang	159	1 064	24,9	2,5
Kohlegewinnung	27	87	24,9	4,1
Erdöl- und Gasgewinnung	22	13 427	15,5	1,6
Gewinnung sonstiger Rohstoffe	70	1213	25,7	1,7
Nahrungsmittel- und Tabakindustrie	899	4086	21,8	0,9
Leichtindustrie	714	8 170	20,2	3,2
Holzverarbeitung und Papierproduktion	841	5 049	22,1	1,8
Verlagswesen	37	95	24,8	0,9
Erdölverarbeitung	58	9 438	10,3	1,1
Chemische Industrie	1 281	18 337	20,0	1,9
Metallurgie	382	23 007	22,1	2,2
Elektronik, Maschinenbau, Betriebsanlagen	16 63	23 945	20,8	2,3
Transportmaschinenbau	163	14 853	29,2	3,2
Möbelindustrie	150	510	23,4	1,1
Verarbeitung von Sekundärrohstoffen	109	194	22,4	1,4
Elektrizitätswirtschaft	65	14 223	12,1	1,9
Wasserwirtschaft	22	81	24,7	3,3
Bauwesen	2 041	7 755	22,3	2,6
Kfz-Handel und Werkstätten	268	533	23,5	1,7
Großhandel	821	2 829	22,3	1,5
Einzelhandel, Instandsetzung von Haushaltstechnik	168	480	27,3	0,3
Hotels und Gaststätten	48	3168	29,5	0,9
Landverkehr	1 271	2 368	24,1	1,9
Wasserverkehr	83	3 294	17,0	1,5
Luftverkehr	15	194	14,1	1,7
Hilfstätigkeiten beim Transport	20	34	26,2	0,6
Post und Fernmeldewesen	49	1 377	21,8	0,3
Finanzdienstleistungen	11	55	36,2	0,7
Immobilienhandel	1	1	49,0	0,1
Anlagenleasing	10	14	21,9	3,1
EDV-Dienstleistungen	67	52	28,2	0,6
Wissenschaftstechnische Organisation	544	1 754	29,9	1,1
Sonstige Dienstleistungen	281	1 182	21,2	3,3

^aAnzahl der 1000-Rubel-Aktien pro Privatisierungsscheck im Durchschnitt der Auktionen eines Wirtschaftszweigs. —
^bSchätzungen.

Quelle: DIW et al. [1994a, S. 21]; Kommersant vom 12.7.1994, Nr. 25, S. 61.

Tabelle 25 — Die Struktur des Privatisierungsprozesses 1993 und 1994^a

	1993		Januar–April 1994	
	Zahl der Betriebe	vH	Zahl der Betriebe	vH
Privatisierte Betriebe	42 924	100,0	7 956	100,0
Insgesamt				
Nach staatlichen Eigentümern				
Kommunen	26 340	61,4	4 201	52,8
Regionen der Russischen Föderation	9 521	22,2	1 847	23,2
Föderation	7 063	16,4	1 908	24,0
Nach Sektoren				
Industrie	12 504	29,1	2 554	32,1
darunter:				
Baumaterialien	860	2,0	175	2,2
Leichtindustrie	3 512	8,2	461	5,8
Nahrungsmittel	2 141	5,0	326	4,1
Landwirtschaft	734	1,7	223	2,8
Straßentransport	1 352	3,2	334	4,2
Bauwesen	2 923	6,8	875	11,0
Handel	14 865	34,6	2 379	29,9
Gastronomie	2 957	6,9	477	6,0
Dienstleistungen	7 589	17,7	1 114	14,0

^aFür den einzelnen Beobachtungszeitraum, nicht kumuliert.

Quelle: Unveröffentlichte Daten von Goskomstat Rossii; eigene Berechnungen.

Tabelle 26 — Verteilung der Privatisierungserlöse 1993 (vH)^a

Empfänger	Erlöse aus der Privatisierung					
	föderalen Eigentums		staatlichen Eigentums von Subjekten der Russischen Föderation		municipalen Eigentums	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Örtliche Haushalte	9,0	10,0	9,0	10,0	19,0	75,0
Haushalte der Republiken, Krajs, Oblaste, autonome Oblaste, autonome Okrugs	15,0	10,0	20,0	65,0	10,0	–
Föderaler Haushalt	10,0	55,0	10,0	–	10,0	–
Staatskomitee für Vermögen	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Vermögensverwaltungskomitees, territoriale Agenturen des Staatskomitees für Vermögen	4,0	10,0	4,0	10,0	4,0	10,0
Föderativer Fonds zur Unterstützung des Unternehmertums	5,0	–	–	–	–	–
Russischer Fonds Föderativen Vermögens	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Vermögensfonds nationalstaatlicher, national- und administrativ- territorialer Gebilde	4,0	10,0	4,0	10,0	4,0	10,0
Privatisierte Betriebe	51,0	–	51,0	–	51,0	–
Roskomsem	–	1,0	–	1,0	–	1,0
Örtliches Organ für Architektur und Städtebau	–	1,0	–	1,0	–	1,0
Örtliches Komitee für Bodenreserven	–	1,0	–	1,0	–	1,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^a(1)=Betriebe (privatisiert über Auktionen, Ausschreibungen oder Aktionsverkauf); (2)=Immobilien.

Quelle: Kommersant [1994, Nr. 29, S. 54].

dadurch zu erklären, daß sich im staatlichen Sektor noch arbeitsintensive Wirtschaftszweige (Landwirtschaft) befinden. Andererseits wird der rein private Sektor hinsichtlich seines Beitrags zum BIP und der Beschäftigtenzahl derzeit nur unzureichend erfaßt; ein Handelsregister befindet sich erst im Aufbau (zur Beschäftigungsanpassung vgl. Abschnitt II.4.a).

b. Entwicklung der privaten Kleinunternehmen

Eines der neuen Elemente in der russischen Unternehmensstruktur sind Kleinunternehmen, die sich überwiegend in Privathand befinden. Bis 1985 existierten in Rußland nahezu keine nichtstaatlichen Kleinunternehmen. Mit dem Genossenschaftsgesetz (1987) und dem Pachtgesetz (1989) setzte eine erste Gründungswelle von Kleinunternehmen, überwiegend auf genossenschaftlicher Basis, ein. Ende 1990 wies die Statistik fast 150 000 solcher Betriebe aus. Nach der Annahme des Unternehmensgesetzes (Anfang 1991), das eine weitgehende Deregulierung der Unternehmensgründung vorsah und unterschiedliche Eigentums- und Rechtsformen erlaubte, verdoppelte sich innerhalb eines Jahres die Zahl der Kleinunternehmen. Diese Entwicklung erhielt, besonders im Handel, in der Gastronomie und im Dienstleistungssektor, einen weiteren Impuls durch die Mitte 1992 einsetzende kleine Privatisierung, in deren Ergebnis mehr als 100 000 private Kleinunternehmen entstanden. Anfang 1994 existierten über

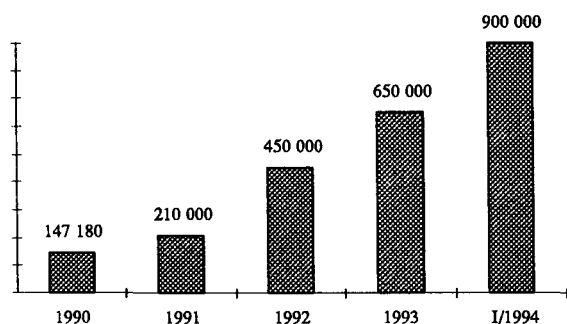
900 000 Kleinunternehmen (Schaubild 4). In ihnen sind etwa 9 Mill. Personen beschäftigt, was 15 vH der gesamten Beschäftigung in Rußland entspricht. Im Handel und in der Gastronomie sind es sogar 39 vH und in der Bauwirtschaft 40 vH der Arbeitnehmer der entsprechenden Branche [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 70]. Hinzu kommen rund 11 Mill. Personen, die entweder teilzeitbeschäftigt sind oder auf der Basis von Werkverträgen für Kleinunternehmen arbeiten.

Eine Anfang 1994 von Goskomstat durchgeführte Erhebung [Goskomstat Rossii, 1994e], mit der etwa 480 000 Kleinunternehmen erfaßt wurden, erlaubt folgende Schlußfolgerungen:

Kleinunternehmen befinden sich weitgehend in Privatbesitz (75,3 vH). Nur 9,7 vH gehören dem Staat oder den Kommunen, und der Rest ist entweder Eigentum von Verbänden und Vereinen oder hat eine gemischte Eigentumsform. Allerdings beschäftigen die staatlichen und kommunalen Kleinunternehmen mit durchschnittlich 38 Personen mehr als dreimal soviel Arbeitnehmer wie die privaten Kleinunternehmen (11 Personen). Im Unterschied zu anderen postsozialistischen Ländern ist die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in Kleinunternehmen mit 14 Personen relativ hoch (Industrie: 25; Bauwirtschaft: 24) und hat sich gegenüber 1992 sogar um drei Personen vergrößert. Unterschiedlich ist ebenso, daß sich die Kleinunternehmen nicht nur auf den Handel und das Gaststättenwesen konzentrieren. Je ein Drittel der erfaßten Arbeitnehmer ist in der Industrie und der Bauwirtschaft tätig.⁵² Das hängt wesentlich damit zusammen, daß die in diesen Bereichen bereits Ende der 80er Jahre entstandenen Pachtbetriebe mittlerweile in Privatbesitz übergegangen sind.⁵³

Beträchtliche Disparitäten ergeben sich aus regionaler Sicht. Allein in der Stadt Moskau sind 22,7 vH aller erfaßten Kleinunternehmen registriert, in St. Petersburg 5 vH. Überdurchschnittlich hoch ist die Zahl der Kleinunternehmen auch in den Wirtschaftsräumen Nordkaukasus, Ural, Westsibirien sowie in den Gebieten Primorje und Chabarowsk, während in den meisten der autonomen Republiken (mit

Schaubild 4 — Zahl der Kleinunternehmen 1990–1994



Quelle: Goskomstat [1994f]; Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstituts beim Wirtschaftsministerium (NIEI) nach Angaben von Goskomimuschestvo.

Ausnahme von Baschkortostan und Tatarstan) sowie z.B. in den Gebieten Orlow, Tomsk, Tschita und einigen fernöstlichen Gebieten die Zahl der Kleinunternehmen und der in ihnen Beschäftigten noch gering ist. Ausschlaggebend dafür sind in erster Linie Standortfaktoren wie Infrastruktur, Kommunikation, Kaufkraft usw., die in großen Agglomerationen wesentlich besser entwickelt sind.

Eines der wichtigsten Probleme für die Entwicklung der kleinen Unternehmen ist ihr eingeschränkter Zugang zu Finanzdienstleistungen, insbesondere zu Krediten. Die Beschaffung von Fremdkapital für kleine Unternehmen wird vor allem wegen der Belastung des Finanzsystems durch zweifelhafte Forderungen der Banken und durch weitgehend fehlende Erfahrungen der Geschäftsbanken bei der Allokation finanzieller Ressourcen erschwert (Einschätzung und Handhabung von Kreditrisiken, Verwendung von Kreditsicherheiten, Kreditmonitoring) [Calmon et al., 1994, S. 53 ff.]. Untersuchungen in Tula und Nizny-Novgorod haben ergeben, daß bis zu zwei Drittel aller Kleinunternehmen noch nie einen Bankkredit in Anspruch genommen haben und nur etwa jedes zehnte Unternehmen einen steten Zugang zu Krediten besitzt. In einer besonders schlechten Lage befinden sich dabei neugegründete Unternehmen, die deshalb ihren Finanzierungsbedarf weitgehend im informellen Finanzbereich zu extrem hohen Kosten decken müssen. Handelsfirmen erhalten leichter Kredit, während Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor die größten Schwierigkeiten haben, einen Kredit zu bekommen. Beträchtliche Probleme für die Kleinunternehmen verursacht auch das unzureichend entwickelte Zahlungssystem. Vor allem die noch immer langwierige und unzuverlässige Zahlungsabwicklung führt nicht selten zu erheblichen Liquiditätsengpässen und hat eine wachsende Zahl von Bartergeschäften zur Folge [DIW et al., 1994a, S. 36 f.].

Negative Wirkungen auf die Tätigkeit der Kleinunternehmen gehen zudem von der Steuergesetzgebung aus [Handels- und Industriekammer der Russischen Föderation, 1994, S. 5]. Zwar waren staatliche Unterstützungs-

maßnahmen für Kleinunternehmen in erster Linie auf Steuervergünstigungen gerichtet.⁵⁴ Deren Wirkung wurde aber weitgehend dadurch aufgehoben, daß Kleinunternehmen zahlreiche Abgaben in föderale und regionale Fonds zu leisten haben, so daß insgesamt eine steuerliche Entlastung kaum eingetreten ist.⁵⁵ Zu vermuten ist jedoch auch, daß Kleinunternehmen in großem Maße Steuern hinterziehen. Grundsätzliche Veränderungen der Steuerpolitik gegenüber Kleinunternehmen sind nicht vorgesehen. Allerdings sieht der Gesetzentwurf zur Unterstützung des Kleinunternehmertums vor, daß die steuerliche Belastung in den ersten fünf Jahren nach der Registrierung der Unternehmen nicht steigen darf [Delovoj mir, 18.–24.7.1994, S. 6].

Schließlich stellt sich vornehmlich für Neugründungen der Kauf bzw. die Pacht von Grundstücken sowie die Beschaffung von geeigneten Gebäuden und Produktionsstätten als ein Problem dar. Außerordentlich hohe und weiter steigende Mieten und Pachten, das Fehlen eines funktionierenden Immobilienmarktes und willkürliche Entscheidungen regionaler Behörden, die in der Regel Eigentümer des Bodens und der Gebäude sind, schaffen für Kleinunternehmer nicht selten unüberwindbare Hürden [Ekonomika i žizn', Nr. 25, Juni 1994, S. 1].

Allerdings schränkt auch die schwierige makroökonomische Gesamtsituation, insbesondere die fortdauernden Anspannungen in den Haushalten aller administrativen Ebenen, die Möglichkeiten für die staatliche Förderung der privaten Kleinunternehmen erheblich ein. Nach Angaben des Antimonopolkomitees wurden 1993 für die Investitionsförderung in Kleinunternehmen vom Staat lediglich 7 Mrd. Rubel zur Verfügung gestellt. Die Vorschläge dieser Behörde zu Investitionsprojekten umfaßten dagegen eine Summe von 700 Mrd. Rubel [Ekonomika i žizn', Nr. 28, Juli 1994, S. 2]. Ebenso entsprechen die im Föderalen Programm für 1994 vorgesehenen Unterstützungsmittel in Höhe von 210 Mrd. Rubel nur etwa 0,1 vH der Gesamtausgaben des konsolidierten Haushalts. Die durch Kleinunternehmen aufgebrauchten Steuereinnahmen übersteigen somit bei weitem die Fördermittel.⁵⁶ Das bedeutet, daß der pri-

vate Sektor auch zur Finanzierung von Staatsaufgaben oder der Defizite großer staatlicher Betriebe herangezogen wird.

Die Regierung hat die Förderung des privaten Kleinunternehmertums zu einem Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik erklärt [Ekonomika i žizn', Nr. 24, Juni 1994, S. 4]. Die Rechtsbasis dafür ist weitgehend geschaffen worden⁵⁷ bzw. soll durch das in Kürze zu beschließende Gesetz zur Unterstützung des Kleinunternehmertums verbessert werden. Um schnelle und nachhaltige Auswirkungen auf strukturelle Anpassungen in der Wirtschaft zu erreichen, wären jetzt vor allem Maßnahmen in drei Richtungen notwendig:

- (1) Die Verwirklichung der Regierungsbeschlüsse muß in allen Regionen mit größerer Konsequenz durchgesetzt werden. Vor allem benötigen die privaten Kleinunternehmer Garantien dafür, daß ihre auf dem Papier stehenden Rechte auch tatsächlich durchgesetzt werden können und die in vielen Regionen vorhandene Praxis, die Rechtsvorschriften willkürlich zu verändern oder zu interpretieren, eingedämmt wird [vgl. Izvestija vom 7.8.1993, S. 8; Delovoj mir vom 3.9.1993, S. 15].
- (2) Als förderungswürdig gelten nur solche Unternehmen, die in den Rahmen der Struktur- und Industriepolitik der Regierung fallen.⁵⁸ Der dadurch bewirkte Ausschluß von anderen Fördermaßnahmen sollte aufgehoben werden.
- (3) Erforderlich sind schließlich eine bessere Koordinierung der Tätigkeit und klarere Aufgabenabgrenzungen der in den letzten drei Jahren geschaffenen Institutionen, die sich mit der Unterstützung des Kleinunternehmertums befassen.⁵⁹ Wegen der diesbezüglichen Mängel werden die vorhandenen, ohnehin begrenzten Möglichkeiten einer wirksamen Hilfe unzureichend genutzt. Zudem überbetonen sowohl das Föderale Programm als auch der Gesetzentwurf Rolle und Einflußnahme der föderalen Behörden. Die Bedeutung der regionalen Behörden, die in

erster Linie für die Entwicklung des Kleinunternehmertums Verantwortung tragen, wird dadurch eingeschränkt [Ekonomika i žizn', Nr. 25, 1994, S. 1].

c. Unternehmenskontrolle

Großunternehmen bedürfen eines hohen Kapitaleinsatzes, der mit umfangreichen Risiken verbunden ist. Da Einzelpersonen weder über das erforderliche Kapital verfügen, noch bereit und in der Lage sind, das Unternehmensrisiko allein zu tragen, kommt es zu einer mehr oder weniger breiten Streuung des Eigentums an Unternehmen. In der Sowjetunion stellte der Staat das erforderliche Kapital bereit und trug auch die damit verbundenen Risiken. Im Zuge der Privatisierung trennt sich der Staat von beiden Aufgaben. Damit entsteht auch hier das Problem der Kontrolle der Eigentümer bzw. Aktionäre über das Management der Unternehmen. Von seiner Lösung hängt die Anpassung der Unternehmen entscheidend ab.

Im Zuge der Privatisierung wurden den Beschäftigten der Unternehmen drei Varianten zur Auswahl angeboten: (1) unentgeltliche Übergabe von 25 vH der Aktien an die Belegschaften, und zwar ohne Stimmrecht; Management und Arbeitnehmer können weitere 15 vH der stimmberechtigten Aktien zu einem Vorzugspreis erwerben; (2) 51 vH der Aktien gehen zu einem Vorzugspreis auf die Beschäftigten (Management und Arbeitnehmer) über, und zwar mit Stimmrecht; (3) beträchtliche Vollmachten für das Management. In 78 vH der Unternehmen wurde Variante 2 gewählt. In sehr großen Unternehmen überstieg diese Variante, trotz des Vorzugspreises, die finanziellen Möglichkeiten der Beschäftigten; daher wurde in 21 vH der Fälle Variante 1 bevorzugt. Variante 3 wurde praktisch überhaupt nicht gewählt. Mit der getroffenen Auswahl wurden bereits entscheidende Weichen in der Frage der Unternehmenskontrolle gestellt. Die Konzentration auf Variante 2 läßt erkennen, daß Management und Arbeitnehmer gemeinsam bemüht waren, unternehmensexterne Einflüsse abzuwehren und die Entscheidungsbefugnisse im Unternehmen zu halten. An der Ablehnung von Variante 3

wird erkennbar, daß die Arbeitnehmer die eigene Position gegenüber dem Management stärken wollten.

Die Privatisierungsschecks wurden zum Kauf von Anteilen sowohl bei den unternehmensinternen Privatisierungen als auch bei den nachfolgenden öffentlichen Scheckauktionen verwendet. Die Regelungen bezüglich der Privatisierungsschecks lassen das Bemühen der Regierung erkennen, zur Lösung des Problems der Unternehmenskontrolle beizutragen. Die Handelbarkeit der Schecks als Inhaberpapiere sollte die Möglichkeit zu einer Konzentration dieser Papiere bei strategischen Investoren eröffnen, die mit entsprechenden Aktienpaketen Einfluß auf die Unternehmenspolitiken nehmen wollen. Auch die Institution von Voucher-Investmentfonds sollte, über das Ziel der Risikostreuung hinaus, den externen Druck auf das Management der Unternehmen stärken. Allerdings darf jeder einzelne Fonds nicht mehr als 10 vH der Anteile eines Unternehmens halten, so daß den Einflußmöglichkeiten Grenzen gesetzt sind.

Über die Eigentumsverhältnisse der Unternehmen nach Abschluß der Voucher-Privatisierung liegen keine systematischen Erkenntnisse vor. Verschiedene Umfragen lassen jedoch deutlich einige wichtige Trends erkennen:⁶⁰ Bemerkenswert ist vor allem, daß die Beschäftigten der Unternehmen nach Abschluß der unternehmensinternen Privatisierung ihre Anteile in den öffentlichen Scheckauktionen weiter aufgestockt haben; in einzelnen Unternehmen auf bis zu 100 vH, im Schnitt bereits zu einem frühen Zeitpunkt auf 60 bis 70 vH. Das Gewicht der Insider (Beschäftigte, ehemalige Beschäftigte und Angehörige) wurde also noch gestärkt. Allerdings befindet sich vor allem das Management auf der Käuferseite. In einzelnen Unternehmen hielten Manager schon bald bis zu 60 vH der Anteile, im Schnitt 12 bis 17 vH. Dieser Trend dürfte sich bis zuletzt noch verstärkt haben. Die Rolle des Managements wäre dann noch stärker einzuschätzen, wenn Informationen zutreffen, nach denen vom Management eigens Finanzunternehmen zum versteckten Kauf von Aktien gegründet werden. Die Arbeitnehmer geben eher Anteile ab, hauptsächlich an das Management der eigenen Unter-

nehmen. Vereinzelt haben die Arbeitnehmer ihre Position aber auch stark ausgebaut. Die Anteile von unternehmensexternen Investoren differieren offenbar ebenfalls beträchtlich. In Einzelfällen betrug sie sogar 100 vH, im Schnitt aber nur 13 bis 19 vH. Die Umfragen ergaben keine nennenswerten Anteile von Ausländern; diese scheinen Beteiligungen, wenn überhaupt, zunächst über Voucher-Investmentfonds vorgenommen zu haben. Die Anteile von Voucher-Investmentfonds lagen bei 1 bis 8 vH.

Lassen diese Trends eine Lösung des Problems der Unternehmenskontrolle erwarten? Zunächst ist festzustellen, daß das Management bei schlechter Ausnutzung der Gewinnpotentiale eines Unternehmens nicht durch eine Übernahmedrohung unter Druck gesetzt werden kann, denn ausreichend funktionierende Aktienmärkte und die dazu erforderlichen Informationen über die Lage der Unternehmen existieren bis auf weiteres nicht. Die andere Hauptmethode zur Lösung des Effizienzproblems von Aktiengesellschaften, die Herausbildung von Mehrheitsaktionären bzw. einer Koalition von Aktionären, steht ebenfalls vor Hindernissen. Zwar scheint das Management der Unternehmen seine Anteile beträchtlich auszubauen, so daß es selbst in die Rolle von Mehrheitsaktionären hineinwachsen könnte. Dem stehen jedoch nach wie vor außerordentlich hohe Anteile der Arbeitnehmer entgegen. Die starke Rolle der Arbeitnehmer, wie auch des Managements, wurde mit dem Ziel herbeigeführt, die soziale Basis für die Unterstützung des Systemwechsels zu verbreitern. Dies scheint erfolgreich gewesen zu sein, jedoch nur um den Preis von Eigentumsstrukturen, die möglicherweise die Bereitschaft zum Strukturwandel in den Unternehmen verringern. Allerdings sind diese Eigentumsstrukturen nicht festgeschrieben. Beschäftigung und Beteiligung sind nicht unlösbar miteinander verknüpft, so daß alle Wege für eine Änderung der Eigentumsstrukturen offen sind.

Die nach einer verbreiteten Meinung niedrige Bewertung der Unternehmen, die sich zunächst am niedrigen Kurs der Voucher und dann am niedrigen Kurs der Unternehmensaktien zeigte,

reflektiert auch die Einschätzung von potentiellen Investoren, daß bei den gegebenen Machtverhältnissen die Unternehmenserträge praktisch ausschließlich für Löhne und Gehälter sowie Steuerabführungen an den Staat verwendet werden, nicht jedoch für die Bereitstellung von Kapital. Unternehmensexterne Investoren befinden sich im Augenblick meist in einer sehr schwachen Position. Sie können sich nicht gegen das Management und noch weniger gegen die Koalition aus Management und Arbeitnehmern durchsetzen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der bisherige Verlauf der Privatisierung vor allem zu einer Stärkung der Positionen des Managements und der Arbeitnehmer geführt hat. Den Arbeitnehmern wurden offensichtlich die größten Zugeständnisse gemacht. Die ebenfalls sehr großen Zugeständnisse an das Management werden in den Zahlen hingegen nur unzureichend deutlich. Die fehlenden Möglichkeiten unternehmensexterner Investoren (Investmentfonds, Einzelaktionäre) erweitern die Machtspielräume des Managements. Der Rückzug des Staates aus seiner Eigentümerrolle tut ein übriges.⁶¹ Die bisher dominierende Rolle von Management und Arbeitnehmern hat Auswirkungen auf die verschiedenen Dimensionen der Anpassung auf Unternehmensebene und bestimmt zugleich den weiteren Verlauf der Privatisierungspolitik.

d. Finanzierung

Die Finanzierungsspielräume der Unternehmen wurden seit Herbst des vergangenen Jahres durch verschiedene Maßnahmen weiter eingengt. Zu der Kürzung der Subventionszahlungen aus den öffentlichen Haushalten kam die Kürzung von Vorzugskrediten, die von der Zentralbank über die Geschäftsbanken zu negativen Realzinsen an die Unternehmen ausgereicht wurden. Die Unternehmen reagierten ihrerseits mit der Kürzung bzw. Einstellung von Zahlungen an den Staat, an Lieferanten, an die eigenen Beschäftigten und an Aktionäre. Entsprechend kam es zu einem starken Anstieg der Rückstände bei der Steuerentrichtung, zu einer beschleunigten Ausweitung der zwischenbetrieblichen Verschuldung, zu mehrmonatigen

Verzögerungen bei den Lohnzahlungen und zum praktisch völligen Ausbleiben von Dividendenausschüttungen an Aktionäre [vgl. Bergström, 1994].⁶² Die genaue Bestimmung der Finanzlage der Unternehmen ist allerdings nicht zuletzt deshalb schwierig, weil die Unternehmen größtes Interesse daran haben, keinerlei relevante Informationen publik werden zu lassen. Gerade aus diesem Grund werden staatlicherseits vermehrt Anstrengungen unternommen, mit Zwangsmitteln Einblick in die wahre Finanzlage der Unternehmen zu bekommen. Die Haltung von Konten bei mehreren Banken soll verhindert, bekannte Konten sollen offengelegt werden. Die Intransparenz der Finanzlage der Unternehmen erschwert zugleich die Kreditvergabe [vgl. Malachov, 1994, S. 51 ff.], denn es ist für die externen Banken praktisch unmöglich, sich ein Bild von der Kreditwürdigkeit der Unternehmen zu machen. Dieses Problem erschwert auch den Einstieg vor allem ausländischer Investoren.

Angesichts dieser Situation ist zu fragen, woher die Mittel für Investitionen kommen sollen. Der bisherige Verlauf der Privatisierung hat die Kontrolle über die Unternehmen in die Hände des Managements und der Belegschaft gelegt, die beide entweder nicht über die Mittel verfügen, um die nötigen Investitionen zu tätigen, oder nicht bereit sind, die Personalkosten in einem Umfang einzuschränken, der Spielräume für Investitionen eröffnen würde. Unter diesen Umständen muß zusätzliches Kapital von außen in die Unternehmen gebracht werden. Bankkredite kommen derzeit aus mindestens zwei Gründen nur sehr eingeschränkt in Frage. Zum einen sind die Inflationsraten trotz des Rückgangs der letzten Zeit nach wie vor zu hoch, um für die Marktteilnehmer die Vergabe bzw. Aufnahme langfristiger Investitionskredite zu einem kalkulierbaren Risiko zu machen. Zum anderen ist die Frage der Stellung von Sicherheiten für Kredite immer noch nicht zufriedenstellend gelöst. Das in der Diskussion befindliche Konkursrecht⁶³ sieht vor, daß nicht die Gläubiger, sondern der Staat (in Gestalt der neu geschaffenen Insolvenzzentrale) Zugriff auf die Vermögenswerte insolventer Schuldner haben soll. Unter diesen Umständen ist mit der

Vergabe von nicht durch den Staat garantierten Krediten kaum zu rechnen. Der Gang an den Kapitalmarkt ist für die Unternehmen ebenfalls nicht praktikabel. Da zudem noch die Informationen über die finanzielle Lage der Unternehmen zu wünschen übriglassen, wird der Kauf von Anleihen zu einem unkalkulierbaren Risiko.

Die Heranziehung von „strategischen Investoren“ bietet sich unter diesen Umständen als Ausweg an. In der Tat sehen die Pläne der Regierung vor, daß nach erfolgtem Abschluß der unentgeltlichen Privatisierung in der nunmehr anstehenden „Privatisierungsphase II“ der Verkauf von Unternehmensanteilen an die Meistbietenden erfolgen soll [vgl. *Sobranie zakonodatel'stva*, 1994, Nr. 13, S. 1976 ff.]. Die Besonderheit besteht darin, daß 51 vH des Verkaufserlöses im jeweiligen Unternehmen verbleiben sollen, um so den Unternehmen frische Finanzmittel für Investitionen zuzuführen. Ein Erfolg dieser neuen Regelung wird durch zwei Hindernisse in Frage gestellt:

Zunächst können vor allem solche Aktienkäufer, die bereits die Kontrolle in einem Unternehmen innehaben, davon ausgehen, daß jene im Unternehmen verbleibenden 51 vH des Kaufpreises auch tatsächlich in ihrem Sinne verwendet werden. Denn solche Käufer zahlen die 51 vH quasi „an sich selbst“ und nur die verbleibenden 49 vH an den Verkäufer, den Staat. Für unternehmensexterne Investoren dagegen sind zunächst einmal beide Teile des Kaufpreises verloren. Dieses Problem ließe sich dann überwinden, wenn für einzelne Investoren Aktienkäufe in einem Umfang möglich wären, der zugleich die Kontrolle im Unternehmen sichert.

Dem steht aber ein zweites Hindernis im Wege. So erlaubt in der überwiegenden Zahl der bereits (entsprechend Variante 1–3 und nachfolgenden Scheckauktionen) teilprivatisierten Unternehmen der Erwerb der restlichen Staatsanteile nicht zugleich die Übernahme der Unternehmenskontrolle. Die dominierende Rolle von Management und Arbeitnehmern kann dadurch nicht beseitigt werden. Nur in den vergleichsweise wenigen, noch nicht

(teil-)privatisierten Unternehmen könnten Erwerber „auf einen Schlag“ zu Mehrheiten kommen. Für die Mehrzahl der Unternehmen dagegen bedürfte es der Bereitschaft von Management und Arbeitnehmern, Aktienanteile abzugeben. Genau dieses versucht vor allem das Management nach Kräften zu verhindern, d.h., man will sich nicht den einmal erreichten Grad der Kontrolle in den Unternehmen entwinden lassen. Wenn das Management überhaupt bereit ist, außenstehende Investoren zu akzeptieren, so nur in Gestalt „befreundeter“ Unternehmen (vorzugsweise eigene Lieferanten und Abnehmer).

Die geschilderte Konstellation läßt es daher unwahrscheinlich erscheinen, daß den Unternehmen die Mittel für größere Investitionen von außen in der erforderlichen Weise und im erforderlichen Umfang zugeführt werden.

Einige Hoffnung wird auf das Instrument der regionalen Privatisierungsfonds gesetzt, die mit Hartwährung ausgestattet sind und Beteiligungen an Unternehmen erwerben sollen.⁶⁴ Mit dieser Konstruktion sind zwei Probleme verbunden. Zum einen sollen von den Fonds in der Regel nur Minderheitsbeteiligungen eingegangen werden, d.h., die Kontrolle über die Unternehmen verbleibt wiederum beim bestehenden Management. Damit steigt die Gefahr einer Verwendung der zugeführten Mittel für kurzfristige Zwecke zu Lasten langfristiger Investitionen. Zum anderen nimmt mit den Privatisierungsfonds, die sich letztlich in staatlichem Eigentum befinden, auch wieder der staatliche Einfluß auf die Unternehmen zu. Dies widerspricht aber dem eigentlichen Zweck der ganzen Privatisierungspolitik, geht also insofern nicht mit den Zielen der Transformation konform.

Die geschilderten Probleme schließen die Möglichkeit effizienzsteigernder Maßnahmen in den Unternehmen nicht zwangsläufig aus, wie z.B. Änderungen in der Lagerhaltungs-, Sortiments- und Absatzpolitik. Insgesamt steht jedoch weiterhin die Aufgabe an, die Kontrolle in den Unternehmen verstärkt in solche privaten Hände zu überführen, von denen frische Mittel zur Finanzierung langfristiger Investitionen zu

erwarten sind. Ein wichtiger Aspekt der Lösung dieser Aufgabe besteht in der Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für eine stärkere Rolle der Banken, d.h. in der weiteren Stabilisierung des Preisniveaus und in der Schaffung ausreichender Sicherheiten für Bankkredite und der Möglichkeit des Zugriffs von Gläubigern auf diese Sicherheiten.

e. Unternehmen in ausländischem (Teil-)Eigentum

Nach Jahrzehnten wurden 1987 ausländische Direktinvestitionen wieder zugelassen. Ausländische Unternehmen gelten seither formal als juristische Personen russischen Rechts und genießen damit den vollen rechtlichen Schutz, etwa vor Enteignung. Es ist ihnen gestattet, sich in allen Geschäftsbereichen, die nicht der staatlichen Monopolgesetzgebung unterliegen, wie die Atom- und Rüstungsindustrie, wirtschaftlich zu betätigen. Für die Erschließung und den Abbau von Rohstoffen werden Konzessionen vergeben; Banken, Versicherungen und Börsen unterliegen der Lizenzpflicht. Investitionen können in Form von Neugründungen von Gemeinschaftsunternehmen oder Tochtergesellschaften, durch Erwerb bereits bestehender Unternehmen und dem dazugehörigen Grund und Boden getätigt werden. Daneben ist auch der Erwerb von Unternehmensanteilen, Wertpapieren, Nutzungsrechten an Grund und Boden sowie von Bodenschätzen gestattet.⁶⁵ Unter diesen formal-rechtlichen Bedingungen und angesichts der Marktgröße und der reichen Ausstattung mit natürlichen Rohstoffen bietet Rußland ein beachtliches Potential für ausländische Investoren. Das seit 1987 akkumulierte Volumen ausländischer Direktinvestitionen von etwa 2,9 Mrd. US\$ (Tabelle 27) zeigt allerdings, daß die Russische Föderation im Vergleich zu anderen osteuropäischen Transformationsländern als Investitionsstandort bislang als wenig attraktiv eingeschätzt worden ist.⁶⁶

Der Anteil des ausländischen Kapitals am Grundkapital der 14 000 Unternehmen in ausländischem (Teil-)Besitz liegt bei durchschnittlich 45 vH [Ost- und Südosteuropa-Institut, 1994, Nr. 5, S. 57]. Die meisten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung befinden sich im

Besitz von Investoren aus den USA, Deutschland, China und Finnland (Tabelle 28).

Tabelle 27 — Ausländische Direktinvestitionen (Stand: 30.6.1994)

Anzahl der Unternehmen in ausländischem (Teil-)Besitz	14 000
Bestand an ausländischen Investitionen (Mrd. US\$)	2,9
Anteil der ausländischen Investitionen an den Gesamtinvestitionen (vH)	1,5
Anteil der ausländischen Investitionen am BIP (vH)	0,2
Ausländische Investitionen pro Einwohner (US\$)	20
Anteil der Beschäftigten in ausländischen Unternehmen an der Gesamtbeschäftigung (vH)	0,5

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten von Goskomstat Rossii [1994a; 1994g]; Nachrichten für Außenhandel vom 22.2.1994.

Tabelle 28 — Gemeinschaftsunternehmen nach Herkunftsländern (Stand: 30.5.1993)

	Anzahl	Anteil (vH)
USA	1 107	13,8
Deutschland	992	12,4
China	527	6,6
Finnland	518	6,5
Großbritannien	399	5,0
Polen	362	4,5
Italien	355	4,4
Österreich	316	4,0
Japan	247	3,1
Schweiz	233	2,9
Bulgarien	196	2,5
Ungarn	150	1,9
Sonstige	etwa 2 588	32,4
Insgesamt	etwa 7 990	100,0

Quelle: Goskomstat Rossii [1994a, S. 126 ff.].

Der Beitrag der ausländischen Unternehmen zum BIP belief sich 1993 auf etwa 2,5 vH, und der Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl betrug 0,5 vH. Die Arbeitsproduktivität in diesen Unternehmen wurde im Vergleich zu entsprechenden inländischen Betrieben allerdings nur auf das 1,5- bis 2fache geschätzt [Finanzen und Wirtschaft, 1994, Nr. 1, S. 5]. Das Exportvolumen von Unternehmen mit ausländischer

Beteiligung erscheint mit über 3,3 Mrd. US\$ in 1993 (etwa 8 vH des Gesamtexports) als vergleichsweise hoch.⁶⁷ Der größte Anteil der Ausfuhren ging nach Deutschland (15,9 vH), gefolgt von Japan (8,4 vH), Großbritannien (7,9 vH) und Polen (6,5 vH) [Ost- und Südosteuropa-Institut, 1994, Nr. 5, S. 58]. Der Anteil des Exports ausländischer Unternehmen in die einzelnen Länder liegt deutlich über dem Anteil des Gesamtexports in diese Länder [Goskomstat Rossii, 1994d]. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, daß ausländische Unternehmen weniger für den russischen Markt produzieren, sondern vielmehr den Produktionsstandort Rußland als verlängerte Werkbank für den jeweils eigenen Markt nutzen.

Die Tätigkeit ausländischer Unternehmen erstreckt sich inzwischen auf nahezu alle Wirtschaftszweige (Tabelle 29). Dienstleistungsunternehmen machen dabei aufgrund des geringen Investitionsbedarfs mehr als ein Drittel der Unternehmen aus. Aufgrund der guten Exportmöglichkeiten ist auch die Rohstoffförderung für Auslandsinvestitionen vergleichsweise interessant. Investitionen in die Güterproduktion erscheinen dagegen, mit Ausnahme des Maschinenbaus, wegen des hohen Investitionsbedarfs und der Konkurrenz durch billige Importe als relativ unattraktiv.

Der Umfang der getätigten Neuinvestitionen blieb auch im ersten Halbjahr 1994 gering (Tabelle 30); etwa 50 vH der insgesamt investierten 285 Mill. US\$ flossen in Erweiterungsinvestitionen bereits bestehender ausländischer Unternehmen. Dabei gelangten 42 vH des gesamten Investitionsvolumens in die Brennstoffindustrie und 12 vH in Handels- und Gastronomiebetriebe [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 54].

Die regionale Verteilung der ausländischen Unternehmen ist von den Metropolen Moskau und St. Petersburg geprägt,⁶⁸ in denen sich zusammen mehr als die Hälfte der ausländischen (Gemeinschafts-)Unternehmen befindet; allein im Großraum Moskau erreichte das Investitionsvolumen im ersten Quartal 1994 etwa ein Drittel der gesamten ausländischen Investitionen [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 57; Izvestija vom 9.6.1994].

Tabelle 29 — Ausländische Investitionen nach Industriezweigen (Stand: 30.3.1994)

	Anteil (vH)	Investitionen (Mill. US\$)
Erdölindustrie	16,2	466,9
Eisenmetallurgie	0,2	5,8
Nichteisenmetallurgie	1,6	46,1
Chemische/Petrochemische Industrie	1,1	31,7
Metallverarbeitung/Maschinenbau	21,6	622,5
Holzverarbeitung/Papier	5,2	149,9
Baumaterialien	3,9	112,4
Leichtindustrie	1,2	34,6
Lebensmittelindustrie	2,5	72,1
Sonstige Industrie	5,8	167,2
Bauwirtschaft	5,6	161,4
Transport und Kommunikation	2,5	72,1
Land- und Forstwirtschaft	2,0	57,6
Handel und Gastronomie	13,4	386,2
Sonstige Dienstleistungen	17,2	495,7
Insgesamt	100,0	2 882,2

Quelle: Deutsche Bank Research [1994, S. 4].

Tabelle 30 — Anzahl der ausländischen Unternehmen und Investitionsvolumen 1991–1994

	1991	1992	1993	1994 ^a
Anzahl der Unternehmen in ausländischem (Teil-)Besitz	1 824	6 300	11 700	14 000
Investitionsvolumen (Mrd. US\$)	0,1	1,6	2,0	0,3

^a1. Halbjahr 1994.

Quelle: Government of the Russian Federation [lfd. Jgg.]; Deutsche Bank Research [1994, S. 15]; Goskomstat Rossii [1994c, S. 56 f.].

Auffällig ist, daß der Anteil der Unternehmen, die vollständig in ausländischem Besitz sind, von 19 vH in 1992 auf 40 vH in 1993 gestiegen ist [Nachrichten für Außenhandel vom 22.2.1994; Financial Times vom 2.12.1993], d.h., ausländische Investoren ziehen immer häufiger die Neugründung von Tochtergesellschaften gegenüber Gemeinschaftsunternehmen vor. Eine Vielzahl der ausländischen Investitionen beschränkt sich derzeit zudem auf die Einrichtung einer Vertretung, um zumindest frühzeitig auf einem po-

tentiell prosperierenden Markt präsent zu sein. Kapitalintensive Investitionen werden dagegen bislang kaum getätigt. Angesichts dieser Entwicklung und der Tatsache, daß trotz der stetig zunehmenden Gesamtzahl an Unternehmen in ausländischem (Teil-)Besitz der Investitionsumfang im Verhältnis zu der Größe und dem Potential des Landes immer noch gering ist,⁶⁹ stellt sich die Frage nach den Investitionshemmnissen, die ein langfristiges Engagement ausländischer Investoren bisher weitgehend verhinderten.

Während wichtige Investitionsbedingungen wie die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, ein relativ guter Bildungsstand der Bevölkerung und ein verhältnismäßig niedriges Lohnniveau erfüllt sind, mangelt es insbesondere an einer verlässlichen Wirtschaftspolitik, an konsistenten rechtlichen Rahmenbedingungen, an Kontinuität der Steuergesetzgebung sowie an einer ausgebauten Infrastruktur. Nur wenn diese Mängel beseitigt werden und die Regierung die seit Beginn des Transformationsprozesses geführte Politik der Ad-hoc-Entscheidungen, die ausländischen Anlegern keine langfristige Planung erlaubt, durch eine verlässliche und transparente Wirtschaftspolitik ersetzt, können die Chancen für ein langfristigeres Engagement ausländischer Investoren verbessert werden. Aufgrund der bisherigen schlechten Erfahrungen ist allerdings auch bei einer Verstärkung der Wirtschaftspolitik erst mittelfristig mit einer signifikanten Erhöhung des Volumens ausländischer Direktinvestitionen zu rechnen.

4. Einzelaspekte der Anpassung auf Unternehmensebene

a. Management und Beschäftigung

Russische Staatsbetriebe gingen mit einem Beschäftigungs-, einem Anreiz- und einem Managementproblem in die Transformation: In der Sowjetunion waren ineffiziente Beschäftigung und eine hohe Fluktuationsrate typisch. Die Lohnsysteme galten unionsweit und ließen keine leistungsabhängige Lohndifferenzierung zu. Außerdem strebte das Management nach Planerfüllung. Die russische Regierung ver-

sucht nun, die Flexibilität der Beschäftigung und der Lohnfindung durch entsprechende Gesetze bzw. Deregulierungen zu erhöhen. Allerdings ist durch Teilreformen eine erhebliche Rechtsunsicherheit entstanden, insbesondere bei Kündigungen: Einerseits ermöglichen das Konkursgesetz von 1993 und das Unternehmensgesetz von 1990 dem Management betriebsbedingte Beschäftigungsanpassungen. Das Arbeitsgesetzbuch garantiert andererseits jedem Beschäftigten seine Stelle, sofern er drei Monate im Unternehmen beschäftigt war.⁷⁰

Nicht zuletzt aufgrund dieser Rechtsunsicherheit haben russische Unternehmen nur zögerlich Beschäftigungsanpassungen vorgenommen. Das gilt gleichermaßen für staatliche und für gemischte Unternehmen.⁷¹ Nur wenige Unternehmen haben ihre finanzielle Situation durch einen starken Beschäftigungsabbau verbessert.⁷² Nach wie vor sieht das Management in den meisten Betrieben überzählige Arbeitskräfte offenbar nicht als das vorrangige Personalproblem an. Zumindest in der ersten Phase der Transformation 1992/93 waren aus Sicht der Manager eine hohe Fluktuation und ein Mangel an qualifizierten Fachkräften viel brennendere Probleme.⁷³ Seit Anfang 1994 dürfte aber eine Beschleunigung des Beschäftigungsabbaus eingetreten sein;⁷⁴ gleichwohl entspricht der Beschäftigungsrückgang noch keinesfalls dem Produktionsrückgang. Die notwendige Sanierung der Unternehmen ist deshalb durch Beschäftigungsüberhänge belastet, die sogar noch größer als in der planwirtschaftlichen Ära sind. Die geringe Bereitschaft des Managements, Beschäftigungsanpassungen vorzunehmen, hat offenbar folgende Ursachen [Expert Institute, 1994a; 1994b]:

- Manager sehen die Gründe für den Produktionsrückgang vor allem in dem Ausfall von Nachfrage und Kaufkraft und nicht in Strukturveränderungen in der Wirtschaft. Sie warten darauf, daß die Nachfrage wieder steigt und versuchen, ihren Belegschaftsstand zu halten.
- Das Management von Staatsbetrieben scheut vor Massenentlassungen zurück, die zu sozialen Problemen führen, weil es

kein funktionierendes soziales Netz gibt. Dieser Sachverhalt scheint vor allem für die Textilindustrie zu gelten, in der ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Beschäftigten Frauen und insbesondere alleinerziehende Müttern sind.

- Die Privatisierung hat bisher zu keiner klaren Kontrolle des Managements geführt.⁷⁵
- Manager sehen ihre Unternehmen nicht als Produktionseinheiten an, die Gewinne erwirtschaften sollen, sondern als gesellschaftliche Einrichtungen. Ein Merkmal dessen sind kostspielige Sozialprogramme, die von den alten Staatsunternehmen übernommen wurden.
- Der Großteil der Manager stammt aus der sowjetischen Ära, in der vor allem eine technisch orientierte Ausbildung maßgeblich für die Besetzung von Leitungspositionen war. Betriebswirtschaftlich qualifiziertes Personal steht heute in ausreichendem Umfange weder für die erste, noch für die zweite Führungsebene zur Verfügung.

Damit werden die Qualifikationen des Managements zu einem zentralen Problem des realwirtschaftlichen Anpassungsprozesses, das nur durch entsprechende Lernprozesse zu mildern ist. Diese müssen allerdings durch härtere Budgetrestriktionen und eine Privatisierung, die dem Management sowohl mehr Rechte gegenüber den Belegschaften verleiht, als auch mehr Verantwortung gegenüber den Eigentümern schafft, initiiert werden.

Das Management der staatlichen und (teil-)privatisierten Betriebe scheint eher die Arbeitszeiten zu verkürzen (Einführung der 4- oder gar 2-Tage-Woche, bezahlter und unbezahlter Urlaub) und eine Senkung der Lohnkosten anzustreben, als Arbeitskräfte zu entlassen. Die Reduzierung der relativen Lohnkostenbelastung ist z.B. über eine Erhöhung der Industrieabgabepreise möglich. Wenn dieser Weg nicht zur Verfügung steht, kann das Nominallohnwachstum beschränkt werden. Nach russischen Angaben⁷⁶ nutzen die Direktoren der Unternehmen ihre neuen Freiheiten,⁷⁷ um Löhne und betrieb-

liche Lohnstrukturen den finanziellen Erfordernissen anzupassen. Im Ergebnis beider Strategien scheint sich tatsächlich eine rückläufige relative Lohnkostenbelastung abzuzeichnen.

Gleichzeitig ist in vielen Unternehmen zu beobachten, daß Gewinne an die Arbeiter ausbezahlt werden, statt die Löhne zu erhöhen. Damit umgehen die Unternehmen offenbar die Steuer, die auf Lohnzahlungen erhoben wird, die den Mindestlohn (derzeit um das Sechsfache) überschreiten. Arbeitszeitvariationen und Lohnbeschränkungen sichern den Unternehmen zwar kurzfristig das Überleben, verschleppen aber die notwendigen innerbetrieblichen Anpassungen, d.h. Veränderungen der Produktpalette, Verbesserungen der Arbeitsproduktivität und technologischen Fortschritt. Dabei verschlechtert sich ständig das Anpassungspotential der Betriebe. Insbesondere die nach wie vor hohe Fluktuation von Arbeitskräften weist darauf hin, daß die Löhne derzeit für qualifiziertes Personal keinen Anreiz darstellen, in staatlichen und gemischten Unternehmen zu bleiben. Die Abwanderung fördert den privaten Sektor, der höhere Löhne zu zahlen imstande ist.

b. Produktionssortiment, Absatz und Lagerhaltung

Wenn die Zahl der Beschäftigten nicht angepaßt werden soll, bleibt die Möglichkeit von Sortimentsveränderungen, um das Überleben eines Unternehmens zu sichern. Dazu müßte die Produktion jener Erzeugnisse gesteigert bzw. aufgenommen werden, die höhere Gewinne versprechen. Die starke vertikale Integration der russischen Industrie, bei der Unternehmen auch einen Großteil ihrer Vorprodukte, Anlagen und Ersatzteile selbst produzieren, bietet grundsätzlich Ansatzpunkte. Aber auch diesen Weg ist bisher nur eine Minderheit von staatlichen und privatisierten Unternehmen gegangen. Dabei macht es offenbar keinen Unterschied, ob Unternehmen konkursreif oder finanziell gesund sind:⁷⁸ Fehlende Mittel zur Finanzierung vielversprechender Produktinnovationen sind offenbar nicht ausschlaggebend für mangelnde Sortimentsveränderungen. Entscheidend ist eher, daß die Manager bisher den

Absatzrückgang als nachfrageverursacht interpretieren und nicht als Ergebnis ihres unbefriedigenden Angebots — eine Haltung, die bis in die unmittelbare Vergangenheit von der Politik billiger Kredite gefördert worden ist. Erfolgreiche Sortimentsumstellungen erfordern im übrigen gründliche Marktstudien und die Akquisition von Kunden. Eine Reihe von Unternehmen, insbesondere im Rüstungssektor, hat offenbar mit erheblichem Aufwand neue Produkte entwickelt, ohne entsprechende Marktstudien durchzuführen. Die Akquisition von neuen Kunden wird in vielen Fällen auch durch Preisdiskriminierungen erschwert (vgl. Abschnitt II.4.c).

Immerhin haben finanziell erfolgreiche Unternehmen in hohem Maße versucht, neue Abnehmer für ihre bisher angebotenen Produkte zu finden. Damit verbundene Probleme bestehen häufig darin, daß die bisherigen Absatzkanäle nicht mehr zur Verfügung stehen, neue Absatzwege nur mit entsprechendem Investitionsaufwand geschaffen werden können und Marktzutrittsbeschränkungen durch die örtlichen und regionalen Behörden oder durch die Regierungen anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion errichtet werden. Direktverkäufe an Abnehmer und Bartergeschäfte sind allenfalls für eine Übergangsperiode akzeptabel. Bartergeschäfte werden offenbar vorwiegend von Unternehmen eingegangen, deren Finanzen sich in einer Krise befinden, während finanziell stabile Unternehmen Direktverkäufe vorziehen und wohl auch deshalb stabil sind.

In einer prekären Lage befinden sich die Unternehmen der Textilindustrie [Expert Institute, 1994b]. Als besonders von importierten Rohstoffen abhängige Branche, die mittlerweile nahezu Weltmarktpreise für Baumwolle bezahlt, ist sie nicht in der Lage, das bisherige Sortiment zu Preisen anzubieten, die der russische Konsument bezahlen kann. Der Ausweg in den Export ist durch fehlende Absatzkanäle, durch Marktzutrittschranken in den potentiellen Abnehmerländern und durch die nicht wettbewerbsfähige Qualität der Produkte versperrt. Insbesondere Produktionskooperationen und Joint-ventures mit westlichen Unternehmen dürften erfolgversprechende Wege sein, um

langfristig wenigstens einen Kern der Textilindustrie zu erhalten.

Insgesamt zeichnet sich unter dem Eindruck wachsender finanzieller Restriktionen eine deutliche Umorientierung des Managements von einem versorgungs- zu einem absatzorientierten Denken ab. Russische Unternehmen gingen mit hohen Lagervorräten in die Transformationsphase; entweder waren Endprodukte unverkäuflich oder Rohstoffe und Vormaterial wurden gehortet, um unregelmäßigen und unpünktlichen Lieferungen vorzubeugen. Gegenwärtig zeichnet sich ein beschleunigter Lagerabbau ab. Der Anteil der Lagerinvestitionen am BIP ist seit 1991 ständig gesunken und betrug im ersten Halbjahr 1994 nur noch 3 vH. Die Konsumgüternvorräte in Handel und Industrie sind im ersten Halbjahr 1994 nominal um 16 vH gegenüber dem ersten Halbjahr 1993 gesunken, was einer realen Halbierung entsprechen dürfte.

c. Marktformen und Preisbildung

Die Struktur der Gütermärkte in der Russischen Föderation ähnelt noch stark derjenigen in der ehemaligen Sowjetunion; sie ist weiterhin von einem hohen Grad der Monopolisierung und noch bestehenden Elementen zentraler Koordination geprägt. Der Großteil der industriellen Produktion konzentriert sich nach wie vor auf wenige, große Unternehmen; ungefähr 2 vH der Industrieunternehmen haben einen Anteil von etwa 40 vH an der gesamten industriellen Produktion. Viele Sektoren sind oligopolistisch strukturiert; sie werden häufig von drei oder vier sehr großen Unternehmen beherrscht [Ekonomika i žizn', 1994, Nr. 6, S. 7]. Bei Desaggregation sektoraler Daten zeigt sich, daß der Konzentrationsgrad auf Märkten für einzelne Güter extrem hoch ist (Tabelle 31).

Auch der hohe Grad der vertikalen Integration ist ein Erbe der sowjetischen Planwirtschaft. In sogenannten Zwerg-Werkstätten stellten die Industrieunternehmen einen Großteil der von ihnen benötigten Kleinteile, wie Schrauben und Drähte, selbst her [Dyker, Barrow, 1994, S. 6]. So ineffizient diese umfangreichen technischen Kapazitäten in den

Tabelle 31 — Monopolistische und oligopolistische Gütermärkte 1993

Monopolistische Gütermärkte	Oligopolistische Gütermärkte	Anzahl der marktbeherrschenden Unternehmen	Marktanteil (vH)
Autobusse	Magnetbänder	2	100
Motorroller	Motorstraßenhobel	3	100
Filmmaterial	Dynamischer Stahl	3	fast 100
Kartoffelerntemaschinen	Kalziniertes Soda	3	92
Diesel- und Elektrolokomotiven	Reifen für landwirtschaftliches Gerät	4	82
Zementtransporter			
Synthetische Farbstoffe			
Diverse Düngemittel			

Quelle: Capelik [1994, S. 19]; *Ekonomika i žizn'* [1994, Nr. 6, S. 7]; Goskomstat Rossii [1994e].

Unternehmen auch sein mögen, sie können doch die Umgestaltung der jeweiligen Produktpalette erleichtern. Zum Teil haben Investitionsgüterhersteller mit einer Vielzahl kleinerer Investitionen versucht, die Produktion von Konsumgütern zu forcieren und die vertikale Integration abzubauen. Sie haben damit teilweise auch den Konzentrationsgrad auf den Gütermärkten verringert. Bei den Investitionsgütern selbst dagegen scheinen derartige Anpassungsprozesse kaum voran zu kommen. Dies liegt zum einen an fehlenden langfristigen Investitionen im ohnehin kapitalintensiveren Investitionsgütersektor, zum anderen haben die Desintegration der ehemaligen Sowjetunion und der allgemeine Produktionsrückgang die generellen Konzentrationstendenzen im Investitionsgütersektor noch verstärkt [Boeva, Dolgopiatova, 1994, S. 116–118].

Charakteristisch für russische Unternehmen ist die Zugehörigkeit zu meist mehreren regionalen oder sektoralen Organisationen, die die vertikale und die horizontale Integration verstärken. Diese sind häufig Nachfolgeorganisationen der sowjetischen Ministerien und staatlichen Komitees, die früher mit der Planung und Steuerung der Unternehmenstätigkeiten beauftragt waren.⁷⁹ Sie konzentrieren sich zumeist auf das Lobbying, insbesondere mit den Zielen, die alten Strukturen in „ihrem“ Sektor aufrechtzuerhalten, die unternehmerischen Tätigkeiten zu koordinieren⁸⁰ und den Marktzutritt zu erschweren [Starodubrovskaya, 1994, S. 7–11]. Sie kontrollieren unter anderem auch einen

Großteil des Handels, insbesondere in den Regionen, und ermöglichen somit wettbewerbsbeschränkende Absprachen auch auf oligopolistischen und polypolistischen Märkten [Capelik, 1994, S. 19].

Die monopolistischen Strukturen werden durch eine Vielzahl von Marktzutrittsbeschränkungen gestützt. Dabei handelt es sich zum Teil um Maßnahmen der örtlichen und regionalen Behörden, die diese bewußt einzusetzen scheinen, um ihre Macht und ihre persönlichen Beziehungen zu erhalten [Starodubrovskaya, 1994, S. 12]. So werden Lizenzierungsvorschriften, Transportbeschränkungen oder Sondervergünstigungen in diesem Sinne eingesetzt, oder das jeweilige Marktvolumen wird administrativ zwischen bestimmten Unternehmen aufgeteilt. Darüber hinaus wird der Marktzutritt für neue Wettbewerber durch Preisdiskriminierung behindert. Koordiniert von den zuständigen Organisationen und Verbänden und erleichtert durch den hohen Konzentrationsgrad werden in der Regel drei verschiedene Preise festgesetzt [Boeva, Dolgopiatova, 1994, S. 121]: der niedrigste Preis für traditionelle Partner im Staatssektor, ein höherer für neue Partner im Staatssektor und der höchste Preis für Privatunternehmen.⁸¹ Neben der kundenspezifischen Preisdifferenzierung werden verschiedene Arten der Preisabsprache, insbesondere Mindestpreisvereinbarungen, zur Beschränkung des Wettbewerbs eingesetzt. Aber auch vertikale Preisabsprachen, die die Konkurrenzfähigkeit eines Produktes (z.B. gegenüber Importen) sicherstel-

len und gleichzeitig eine bestimmte Gewinnspanne der beteiligten Unternehmen garantieren sollen, sind weit verbreitet.

Russische Unternehmen verhalten sich bislang in der Regel noch nicht als Gewinnmaximierer. Bei Umfragen nach den vorrangigen Zielen der Unternehmenspolitik werden die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Sicherung der Lohnzahlung an erster Stelle genannt [Boeva, Dolgopiatova, 1994, S. 111]. Gewinne werden fast ausschließlich für Lohnerhöhungen und die Schaffung und Erhaltung von Wohnraum für die Arbeitnehmer verwendet. Bei einer derartigen betrieblichen Zielsetzung sind der unternehmerischen Preispolitik enge Grenzen gesetzt. In der Praxis bestimmen die meisten Unternehmen ihre Preise mit Hilfe der Aufschlagskalkulation, d.h., auf die Produktionskosten wird ein als „normal“ angesehener Prozentsatz aufgeschlagen, der den Gewinn darstellen soll. Nachfragerestriktionen werden dabei so gut wie nicht beachtet. Im Fall von Absatzschwierigkeiten senken die Unternehmen zumeist nicht die Preise, sondern drosseln entweder die Produktion oder produzieren auf Halde. Ermöglicht wurde ein solches Vorgehen bislang durch den Zugang zu subventionierten Krediten, die Ausweitung der zwischenbetrieblichen Verschuldung und durch die Zurückhaltung fälliger Steuerzahlungen (vgl. Abschnitt I.2.a).

Staatliche Regulierungsversuche vermochten bisher nicht, effektiv gegen Markteintrittsbarrieren und monopolistische Strukturen anzugehen [Starodubrovskaya, 1994, S. 8–16; Capelik, 1994, S. 22–31]. Vielfach sind diese durch solche Regulierungen sogar noch verstärkt worden. Unternehmen mit einem Marktanteil von mindestens 35 vH sind im sogenannten „Staatlichen Register der Monopolunternehmen“ aufgeführt. Für sie gelten sektorspezifische Rentabilitätsbeschränkungen von 10–50 vH der Kosten. Diese Regelung stellt jedoch für die Unternehmen einen Anreiz dar, durch die Verlagerung von Gemeinkosten (bei mehreren Produkten) oder durch die Hinzurechnung von außerordentlichen Aufwänden zu den Fertigungskosten überhöhte Kosten auszuweisen. Darüber hinaus läßt sich die Rentabilität kurzfristig etwa durch die Einräumung von günsti-

gen Zahlungszielen senken. Die Beschränkung von Monopolrenten ist daher durch diese Regelung kaum möglich. Zudem werden Strafen für Übertretungen dieser Vorschriften erst am Quartalsende fällig, so daß den Unternehmen in der Zwischenzeit ein zusätzlicher Finanzierungsspielraum zur Verfügung steht; dies dürfte insbesondere bei hohen Inflationsraten einen nicht zu unterschätzenden Anreiz zur Übertretung darstellen. Hinzu kommt, daß durch die Rentabilitätsbeschränkung die Attraktivität der entsprechenden Märkte bedeutend reduziert wird. Dies wirkt wie eine Marktzugangsbeschränkung, auch wenn es nur für Unternehmen gilt, die bereits im Register eingetragen sind.⁸² Aber auch für neue Unternehmen stellen die Regelungen vielfach einen Wettbewerbsnachteil dar, weil im Register eingetragene Unternehmen mit dem Hinweis auf rapide steigende Kosten häufig leichter zusätzliche Subventionen oder andere Vergünstigungen erhalten können [Capelik, 1994, S. 30].

Solange die Budgetrestriktionen der Unternehmen nicht wesentlich gehärtet werden und die Konkursgesetzgebung nicht strenger gehandhabt wird, dürften auch die Vorschriften gegen Wettbewerbsbeschränkungen wenig erfolgreich sein. Sollte die Restrukturierung der Eigentümerschaft in der zweiten Runde der Privatisierung von einer Abnahme der vertikalen Integration und einer Anpassung der Produktpaletten der Unternehmen begleitet werden, bestünde allerdings die Möglichkeit, daß es zu einer gewissen Entmonopolisierung der russischen Wirtschaft kommt.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Neben der makroökonomischen Stabilisierung spielt die realwirtschaftliche Anpassung eine zentrale Rolle bei der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft. Im Mittelpunkt steht dabei die Ausrichtung der Produktionsstruktur auf interne und externe Knappheitspreise. Der damit verbundene Strukturwandel muß in dem entstehenden marktwirtschaftlichen System vorwiegend dezentral auf der Unternehmensebene erfolgen. Die Betriebe müssen sich von passiven Ausführungsorganen der staatlichen

Planbürokratie zu gewinnorientierten Unternehmen entwickeln. Dazu bedarf es einer geeigneten Ordnungs- und Prozeßpolitik; durch die Schaffung von Anreizen und Restriktionen können die Entscheidungen der Unternehmen maßgeblich beeinflußt und kann marktconformes Verhalten gefördert werden.

Auch 1994 hat die russische Wirtschaftspolitik die Rahmenbedingungen für die Unternehmen nur unzulänglich verbessert und kaum Anreize zu effizienterem Wirtschaften gesetzt. Obwohl die staatlichen Finanzhilfen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungsbemühungen etwas zurückgenommen wurden, werden ressourcenverschwendende staatliche und gemischte Unternehmen auch weiterhin durch Subventionen und verbilligte Kredite am Leben erhalten. Zudem setzte die Regierung ihre Stabilisierungsversuche zumindest zum Teil nur durch Zahlungsverzug durch. Dadurch stiegen die zwischenbetriebliche Verschuldung und die ohnehin eklatante Rechtsunsicherheit. Ordnungspolitische Versäumnisse bestehen nach wie vor im Fehlen eines funktionstüchtigen Konkursgesetzes und in einer Steuergesetzgebung, die von unablässigen, sich oftmals widersprechenden Änderungen geprägt ist, was insbesondere die erfolgreichen Unternehmen belastet. Daneben sind vor allem auch Versäumnisse bei der Regulierung der Finanzmärkte, etwa bei der Bankenaufsicht oder den Investmentfonds, zu nennen. Bei diesen unzureichenden institutionellen Rahmenbedingungen verwundert es nicht, daß auch der Anpassungsprozeß in den Unternehmen und in Folge der gesamtwirtschaftliche Strukturwandel nur schleppend in Gang kommen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich zwischen 1990 und 1994 nahezu halbiert. Von diesem Rückgang war die Industrie besonders stark betroffen, während die Produktionseinbußen in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor schwächer ausfielen, so daß insbesondere die Bedeutung des Dienstleistungssektors erheblich zugenommen hat. Insofern deutet sich ein langsam einsetzender intersektoraler Strukturwandel an. Auch innerhalb des Industriesektors ergibt sich bei einer branchenspezifischen Analyse der Produktionsrückgänge

ein differenzierteres Bild. Während die Produktion etwa in der Leichtindustrie und im Maschinenbau besonders stark gesunken ist, fielen die Produktionsrückgänge bei der Brennstoffproduktion und bei der Stromerzeugung erheblich geringer aus. Diese Entwicklung ist in dem Maße positiv zu bewerten, wie der Export dieser Produkte als Reaktion auf preisbedingte Rückgänge der heimischen Nachfrage zugenommen hat. Dies ist auch ein Hinweis darauf, daß Rußland seine Produktion zunehmend an seinen komparativen Vorteilen ausrichtet und sich entsprechend in die internationale Arbeitsteilung integriert.

Allerdings hat der ausgeprägte Produktionsrückgang bisher kaum zu einer Stilllegung veralteter Kapazitäten geführt. Statt dessen wurde die Kapazitätsauslastung flächendeckend gesenkt, was mit einer entsprechenden Verringerung der Kapitalproduktivität einherging. Auch bei der Beschäftigung kam es nur zu äußerst geringfügigen Anpassungen, die in keinem Verhältnis zu den jeweiligen Produktionseinbrüchen stehen. Schließlich hat das Investitionsvolumen der Unternehmen erneut stark abgenommen. Allerdings lassen sich auch bei den Beschäftigungsanpassungen und bei den Investitionsausgaben erste Anzeichen einer sektoralen Ausdifferenzierung erkennen. Einen überproportionalen Beschäftigungsabbau gab es wiederum im Maschinenbau, in der Leicht- und in der Baustoffindustrie, während die Beschäftigung im Energie- und Rohstoffbereich sogar anstieg. Der im Vergleich zum Investitionsrückgang verhaltene Beschäftigungsabbau (bzw. -anstieg im Energie- und Rohstoffbereich) kann ebenfalls als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß sich der beginnende Strukturwandel auch an der relativen Faktorausstattung Rußlands orientiert.

Die Konversion von Rüstungsunternehmen ist nur langsam vorangekommen. Zwar ging die Produktion von Rüstungsgütern zurück, doch sank zumindest 1994 die zivile Produktion der Rüstungsbetriebe in nahezu gleichem Maß. Relativ erfolgreich waren solche Konversionsprojekte, die sich auf die Produktion von Konsumgütern spezialisiert haben, während sich die Ausrichtung auf Investitionsgüter vor dem

Hintergrund der verschärften Investitionskrise als Sackgasse erwiesen hat.

Auch im Dienstleistungssektor sind Tendenzen für eine Veränderung der Branchenstruktur zu beobachten. Von sehr niedrigem Niveau ausgehend haben sich Finanz- und Versicherungsunternehmen dynamisch entwickelt, und zwar quantitativ wie auch qualitativ, d.h. bezüglich des Spektrums der angebotenen Leistungen. In diesen Branchen werden zudem die höchsten Gehälter gezahlt, nicht zuletzt um damit den notwendigen Beschäftigungsanstieg herbeizuführen. Im Transportbereich ist das gesamte Verkehrsaufkommen kontinuierlich gesunken. Dabei hat aufgrund des gesamtwirtschaftlichen Produktionsrückgangs insbesondere der Güterverkehr abgenommen, während der Personenverkehr relativ an Bedeutung gewonnen hat. Zudem erfolgte eine Verlagerung vom Flugzeug zur Eisenbahn, die nicht zuletzt durch die unterschiedliche Preisentwicklung und das Absinken des Subventionsniveaus im Luftverkehr ausgelöst wurde.

Die unterschiedliche Produktionsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und in der Roh- und Brennstoffförderung spiegelt sich auch in einer zunehmenden regionalen Ausdifferenzierung wider. Regionen, in denen (wie in einigen Teilen des Nördlichen Wirtschaftsraums oder Sibiriens) die Roh- und Brennstoffindustrie konzentriert ist, stehen mit ihrem Produktionsergebnis besser da als die traditionellen Zentren des Verarbeitenden Gewerbes, etwa der Ural- oder der Wolga-Wirtschaftsraum. Die Regierung will auch in Zukunft einzelne Regionen im Rahmen von Entwicklungsprogrammen fördern. Es ist zu befürchten, daß diese Programme die notwendigen Anpassungen der Betriebe in den geförderten Regionen weiter hinauszögern werden.

Zentrale Bedeutung für die bisherige und künftige realwirtschaftliche Anpassung haben die eigentumsrechtlichen Strukturen im Unternehmenssektor. Der Privatisierungsprozeß wurde weiter beschleunigt. Bis Mitte 1994 sollen etwa 74 vH der kleinen Unternehmen, die vorwiegend im Dienstleistungssektor angesiedelt sind, privatisiert worden sein. Diese Unternehmen sind über Ausschreibungen und andere

Formen der Einzelprivatisierung zu etwa 70 vH von ihren Belegschaften erworben worden. Die Voucher-Privatisierung für mittlere und große Unternehmen wurde am 30. Juni 1994 abgeschlossen. Etwa 50 vH dieser Unternehmen sind mittlerweile privatisiert worden. Allerdings gingen die Aktienmehrheiten in 75 vH aller Fälle an die Belegschaften über, außerdem hält der Staat bei mehr als der Hälfte der privatisierten mittleren und großen Unternehmen auch weiterhin mindestens 25 vH der Aktien. Mit dieser Verteilung der Eigentumsrechte sind erhebliche Probleme bei der Unternehmenskontrolle und damit auch bei der Finanzierung der betrieblichen Anpassungsprozesse vorprogrammiert. Zweck der Privatisierung dieser Unternehmen sollte es insbesondere sein, durch neue Eigentümer Finanzmittel für die dringend benötigten Investitionen zu finden. Weder Staat noch Arbeitnehmer sind als neue Eigentümer in ausreichendem Maße in der Lage, derartige Finanzmittel aufzubringen. Einmal im Unternehmen aufgebaute Machtpositionen des Managements oder der Arbeitnehmer können leicht dazu genutzt werden, externe Investoren aus dem Unternehmen herauszuhalten. Tatsächlich sind die Anteile externer Investoren gering und die Anteile ausländischer Investoren sogar äußerst gering.

Inwieweit die Privatisierung zur Entwicklung des Privatsektors insgesamt beigetragen hat, ist wegen statistischer Erfassungs- und Abgrenzungsprobleme schwer abzuschätzen. Offizielle Angaben, nach denen im ersten Halbjahr 1994 etwa 58 vH des BIP außerhalb des staatlichen Sektors erstellt wurden, beruhen vor allem auf der Einbeziehung von sogenannten gemischten Unternehmen, an denen der Staat noch immer beteiligt ist. Der Anteil der rein privaten Unternehmen wird auf lediglich 23 vH des BIP geschätzt. Allerdings gibt es erhebliche sektorale Unterschiede. So erreichten Privatunternehmen im Dienstleistungssektor, in der Bau- und in der Landwirtschaft überdurchschnittlich hohe Anteile, während sich ihr Anteil an der Industrieproduktion auf lediglich 7 vH belief.

Ein Großteil der in Privatbesitz befindlichen Betriebe sind Kleinunternehmen. Ihre Bedeutung ist seit 1990 sprunghaft gestiegen, wo-

durch die Eigentums- und Größenstruktur der russischen Wirtschaft verändert wird. Allerdings haben Kleinunternehmen mit erheblichen Problemen zu kämpfen; insbesondere ist ihnen der Zugang zu Krediten weitgehend versperrt. Obwohl es erklärtes Ziel der Regierung ist, private Kleinunternehmen zu fördern, hat die Wirtschaftspolitik bisher kaum zu ihrer Stärkung beigetragen. So werden zwar auf der einen Seite Steuervergünstigungen gewährt und in geringem Umfang Fördermittel zur Verfügung gestellt, auf der anderen Seite aber werden dieselben Unternehmen mit zahlreichen Abgaben an föderale und regionale Fonds belastet, so daß sie insgesamt in erheblichem Maß zur Finanzierung der Staatsausgaben und der Defizite der großen staatlichen Unternehmen herangezogen werden.

Das Engagement ausländischer Investoren hält sich angesichts der Größe des russischen Binnenmarktes und der reichlichen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen bisher in vergleichsweise engen Grenzen. Die größten Anteile am spärlichen Zufluß ausländischer Direktinvestitionen konnten die Erdölindustrie, der Handel und die Metallverarbeitung auf sich vereinigen. Es scheint, daß sich ausländische Investoren gegenwärtig noch am Fehlen einer verlässlichen Wirtschaftspolitik, an den inkonsistenten rechtlichen Rahmenbedingungen, an der Sprunghaftigkeit der Steuergesetzgebung und an der völlig unzureichenden Infrastruktur stören. Sie ziehen es deshalb vor, zunächst Repräsentanzen einzurichten, um frühzeitig auf dem potentiell prosperierenden Markt vertreten zu sein. Langfristige und kapitalintensive Investitionen werden dagegen in die Zukunft verschoben. Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Wirtschaftspolitik dürfte selbst eine nachhaltige Verbesserung der Standortbedingungen für ausländische Direktinvestitionen erst mittelfristig einen deutlichen Anstieg des Engagements ausländischer Unternehmen bewirken.

Für Großunternehmen sind die Finanzierungsspielräume im Lauf des vergangenen Jahres durch Maßnahmen wie die Kürzung von Subventionen und Vorzugskrediten eingeengt worden. Die Unternehmen haben darauf aller-

dings weniger mit marktkonformen Maßnahmen wie Beschäftigungs- oder Kapazitätsabbau reagiert als vielmehr mit der Kürzung oder Einstellung von Zahlungen an den Staat, an Lieferanten und an die eigene Belegschaft. Entsprechend kam es zu einem starken Anstieg der Steuerrückstände, einer explosionsartigen Ausweitung der zwischenbetrieblichen Verschuldung sowie zu teilweise mehrmonatigen Verzögerungen bei den Lohnzahlungen. In dieser Situation erwies es sich als nahezu unmöglich, Investitionen zu finanzieren, zumal Bankkredite als langfristige Finanzierungsinstrumente wegen der noch immer zu hohen und volatilen Inflationsraten und wegen der ungenügenden rechtlichen Möglichkeit zur Stellung von Sicherheiten kaum zur Verfügung stehen. Die starke Position der Belegschaften in den teilprivatisierten Unternehmen nährt zudem die Befürchtung, daß auch in Zukunft eine Investitionsfinanzierung über einen erheblichen Abbau der Beschäftigung und damit der Lohnkosten in der Regel nicht zustande kommen wird. Zugleich verringern die hohen Eigentumsanteile von Management und Arbeitnehmern die Attraktivität solcher Unternehmen für externe Investoren, die in der zweiten Privatisierungsrunde direkt Anteile erwerben wollen. Sollten externe Investoren dabei nicht in der Lage sein, mit dem Erwerb von Anteilen die Kontrolle über ein Unternehmen an sich zu ziehen, werden sie kaum in ein solches Unternehmen investieren.

Insgesamt ergibt sich eine Entwicklung, in der sich ein privatwirtschaftlich organisierter Unternehmenssektor herausbildet und Unternehmen ansatzweise damit beginnen, marktwirtschaftliche Verhaltensweisen zu übernehmen. Folge davon sind unter anderem erste Ansätze eines inter- und intrasektoralen Strukturwandels. Einer positiveren Entwicklung des Unternehmenssektors steht allerdings noch immer die sprunghafte, unberechenbare und zum Teil inkonsistente Wirtschaftspolitik im Wege. Insbesondere den erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen bürdet die von der Regierung fortgesetzte Subventionierung maroder Staatsbetriebe erhebliche Finanzierungslasten auf und behindert damit deren weitere

Entwicklung. Da das Insolvenzrecht ein Instrument zur Vermeidung von Insolvenzen bleibt und damit keine glaubwürdige Konkurs-

drohung besteht, fehlt für unrentable Unternehmen der wichtigste Anreiz, sich marktkonform zu verhalten.

Anhangtabelle

Tabelle A1 — Daten zur Wirtschaftsentwicklung in den Regionen 1991–1994 (vH)

	Entwicklung der realen Industrieproduktion 1. Halbjahr 1994 gegenüber dem 1. Halbjahr		Entwicklung der Gewinne Januar bis Mai 1994 gegenüber dem Vergleichs- zeitraum des Vorjahres		Anteil der Verlustbetriebe an der Zahl der Betriebe im Juni 1994	
	1993	1991	insgesamt	Industrie	insgesamt	Industrie
Russische Föderation	74,2	52,6	218,6	212,6	31,3	21,9
Nördlicher Wirtschaftsraum			170,1	157,8	33,3	25,6
Republik Karelien	80,3	64,2	168,3	174,6	27,5	18,6
Republik Komi	80,8	55,2	150,7	36,4	39,2	33,3
Oblast Archangelsk	74,6	57,3	213,6	214,0	34,5	27,1
Oblast Wologda	77,5	68,0	219,9	194,1	27,3	22,1
Oblast Murmansk	87,6	64,6	125,1	146,4	38,9	27,8
Nord-Westlicher Wirtschaftsraum			243,8	224,2	25,6	15,5
Stadt St. Petersburg	72,2	48,1	226,0	208,0	19,7	11,0
Oblast Leningrad	71,3	56,5	363,9	340,5	24,1	17,3
Oblast Nowgorod	71,3	57,0	166,1	136,9	34,6	21,9
Oblast Pskow	50,3	34,3	288,2	219,1	33,3	19,0
Zentraler Wirtschaftsraum			291,8	262,4	23,3	15,9
Oblast Brjansk	63,2	39,8	276,2	251,8	32,5	20,2
Oblast Wladimir	67,7	44,7	231,0	196,9	23,0	14,0
Oblast Iwanowo	78,0	41,5	192,7	175,7	27,5	22,9
Oblast Kaluga	66,9	39,3	331,5	302,2	28,8	18,1
Oblast Kostroma	63,5	47,4	243,0	193,7	34,6	29,5
Stadt Moskau	62,8	39,9	305,3	290,1	17,5	9,3
Oblast Moskau	58,9	40,3	338,6	297,1	13,5	9,3
Oblast Orel	65,0	43,5	192,7	160,1	32,8	22,8
Oblast Rjasan	71,9	49,0	263,0	224,0	26,0	18,4
Oblast Smolensk	70,3	53,9	214,6	186,2	35,7	29,8
Oblast Twer	70,4	47,9	326,5	294,8	26,1	19,7
Oblast Tula	58,9	41,5	244,5	227,5	24,0	19,3
Oblast Jaroslawl	69,4	47,1	320,8	287,0	18,5	7,6
Wolga-Wjatski-Wirtschaftsraum			205,2	195,4	27,5	18,0
Republik Mari-Jel	77,8	48,4	260,0	199,6	28,3	20,4
Republik Mordowa	65,3	45,4	106,2	143,8	28,7	22,6
Republik Tschuwaschien	64,5	42,7	287,1	278,9	29,5	13,6
Oblast Kirow	65,3	47,5	227,3	205,6	33,9	21,1
Oblast Nishni Nowgorod	66,9	59,9	194,8	186,9	20,7	15,8
Zentraler Schwarzerde- Wirtschaftsraum			199,2	184,3	28,7	18,8
Oblast Belgorod	84,1	72,2	245,6	239,2	26,0	14,9
Oblast Woronesch	57,8	44,0	251,4	229,4	25,3	17,5
Oblast Kursk	75,7	53,7	165,4	158,8	33,2	25,1
Oblast Lipzek	70,8	55,6	146,2	123,6	26,4	18,9
Oblast Tambow	68,4	52,3	182,3	198,8	34,0	18,1
Wolga-Wirtschaftsraum			247,2	253,9	30,7	19,0
Republik Kalmückien	63,9	41,4	–	–	47,9	55,6
Republik Tatarstan	64,5	50,8	152,7	173,6	25,6	20,4
Oblast Astrachan	79,1	61,5	201,4	200,6	38,8	19,7
Oblast Wolgograd	73,7	51,1	196,5	166,6	29,4	17,6
Oblast Pensa	65,1	49,4	233,7	229,1	36,1	25,3
Oblast Samara	74,1	58,8	344,9	360,1	17,9	15,0

noch Tabelle A1

	Entwicklung der realen Industrieproduktion 1. Halbjahr 1994 gegenüber dem 1. Halbjahr		Entwicklung der Gewinne Januar bis Mai 1994 gegenüber dem Vergleichs- zeitraum des Vorjahres		Anteil der Verlustbetriebe an der Zahl der Betriebe im Juni 1994	
	1993	1991	insgesamt	Industrie	insgesamt	Industrie
Oblast Saratow	61,2	49,5	190,9	186,6	36,0	20,4
Oblast Uljanowsk	80,8	71,1	372,8	411,3	28,2	11,4
Wirtschaftsraum Nordkaukasus			203,4	208,9	31,3	23,1
Republik Adygeja	52,0	38,2	70,2	121,8	41,1	25,5
Republik Dagestan	66,0	34,5	24,7	67,8	33,1	32,3
Kabardino-Balkarische Republik	41,8	23,0	145,7	222,6	43,3	38,0
Rep. Karatschajewo- Tscherkessien	64,7	29,6	82,8	147,6	39,9	30,1
Republik Nordossetien	73,1	32,5	52,7	65,7	29,9	30,5
Rep. Tschetscheno-Inguschetien						
Region Krasnodar	74,4	54,4	181,8	222,1	30,5	18,1
Region Stawropol	71,5	45,6	273,0	176,6	27,7	21,2
Oblast Rostow	68,8	48,4	238,1	243,4	29,1	21,2
Wirtschaftsraum Ural			211,2	188,1	31,5	19,4
Republik Baschkortostan	81,2	61,9	145,6	127,6	30,9	16,2
Republik Udmurtien	63,6	42,2	171,5	156,1	34,5	22,3
Oblast Kurgan	50,0	33,9	196,6	185,4	45,3	37,0
Oblast Orenburg	74,7	58,3	177,3	114,1	39,9	26,7
Oblast Perm	73,7	51,8	246,9	254,6	29,7	19,8
Oblast Jekaterinenburg	73,4	49,8	220,5	189,2	26,0	14,9
Oblast Tscheljabinsk	66,6	45,9	278,3	255,8	28,5	17,3
Wirtschaftsraum Westsibirien			145,3	151,9	38,2	29,4
Republik Berg-Altai	64,5	54,0	167,7	72,5	53,2	50,0
Region Altai	55,2	35,8	165,3	164,3	41,7	27,7
Oblast Kemerowo	88,7	66,8	121,7	127,9	32,7	29,5
Oblast Nowosibirsk	65,9	46,7	350,4	394,2	33,4	19,0
Oblast Omsk	69,2	54,3	258,6	260,6	39,8	29,2
Oblast Tomsk	73,0	59,1	235,8	293,8	48,9	44,7
Oblast Tjumen	87,1	67,7	74,6	65,4	41,0	34,7
Wirtschaftsraum Ostsibirien			272,8	276,7	43,2	35,6
Republik Burjatien	74,4	61,0	158,7	252,3	54,2	49,0
Republik Tuwa	76,9	49,8	–	–	48,0	52,4
Republik Chakassien	79,6	68,7	284,4	267,5	38,6	30,2
Region Krasnojarsk	86,2	55,5	263,2	263,6	39,7	33,9
Oblast Irkutsk	88,4	71,0	297,1	317,4	38,5	28,5
Oblast Tschita	69,1	40,9	315,8	195,4	48,8	39,1
Wirtschaftsraum Ferner Osten			84,1	217,7	45,3	36,7
Republik Sacha (Jakutien)	92,6	77,4	76,3	594,5	56,8	46,5
Region Primorje	73,0	55,7	128,3	186,7	35,5	24,0
Region Chabarowsk	66,7	47,1	152,5	106,7	32,0	35,5
Amur-Oblast	74,2	51,3	234,8	189,3	46,2	30,3
Kamschatka-Oblast	72,9	48,9	–	76,2	51,4	38,1
Oblast Magadan	81,7	63,8	13,0	85,9	56,3	52,6
Oblast Sachalin	74,9	57,8	–	349,3	54,4	42,3
Oblast Kaliningrad	65,0	48,5	145,5	69,1	28,4	23,2

Quelle: Goskomstat Rossii [1994c, S. 154, 299, 302].

Anmerkungen

- 1 Nach den Erfahrungen in anderen Reformstaaten kann davon ausgegangen werden, daß der Produktionsrückgang im staatlichen Sektor von der statistischen Berichterstattung weit besser erfaßt wird als die zunehmenden Aktivitäten des neu entstehenden Privatsektors. Zudem bestand für die Unternehmen unter planwirtschaftlichen Bedingungen ein Anreiz zur Meldung möglichst hoher Produktionsergebnisse, während im Transformationsprozeß aus steuerlichen Gründen das entgegengesetzte Verhalten vorteilhaft ist [Balcerowicz, 1993, S. 25].
- 2 Zu den Investitionen in Produktionsanlagen gehören in der russischen Statistik auch die Investitionen in den Verkehrssektor und das Nachrichtenwesen.
- 3 Das Staatskomitee für Statistik (Goskomstat) verzeichnet für den Einzelhandelsumsatz im ersten Halbjahr 1994 einen Zuwachs von 1 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. In dieser Angabe sind auch die geschätzten Werte für die Umsätze in den nicht registrierten privaten Handelsunternehmen sowie die Verkäufe von statistisch nicht erfaßten Importen durch Privatpersonen enthalten [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 3 f.].
- 4 Goskomstat Rossii [1994c, S. 9 ff., S. 153; 1994e, S. 3 ff.]; Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii [1994, S. 36 ff.]; Institut narodnochozjajstvennogo prognozirovanija ran [1994, S. 31 und Statistischer Anhang, Tabelle 12].
- 5 Im Bericht von Goskomstat über die Wirtschaftsentwicklung von Januar bis Juli 1994 sind zwei verschiedene Indizes für die Verbraucherpreise angeführt: der 120 Güter und Dienstleistungen erfassende „Operativindex“ und der nach Angaben von Goskomstat umfassendere „zusammengefaßte Index“. Der Preisanstieg nach dem „Operativindex“ im Verlauf des Berichtszeitraums wird mit 90 vH angegeben, derjenige des „zusammengefaßten Index“ mit 82 vH. Ein Vorjahresvergleich und eine Aufschlüsselung nach Gütergruppen wurde nur für den zweiten Index vorgenommen [Goskomstat Rossii, 1994d, S. 71, 295].
- 6 In diesen Berechnungen wird das Arbeitskräftepotential (ökonomisch aktive Bevölkerung) der tatsächlichen Beschäftigung gegenübergestellt. Die Differenz zwischen Arbeitskräftepotential und Beschäftigungszahl wird als arbeitslos definiert.
- 7 Unter den Begriff „konsolidierter Haushalt“ werden der Föderationshaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften gefaßt; unberücksichtigt bleiben die außerbudgetären Fonds und die Aktivitäten der staatlichen Unternehmen. Folglich spiegelt die Einnahmeseite des konsolidierten Haushalts nicht die Abgabenquote wider; die Abgaben in die außerbudgetären Fonds belaufen sich auf etwa 20 vH des BIP.
- 8 Preisbereinigt mit einem kalkulierten BIP-Deflator von 640 vH.
- 9 Das Zahlenmaterial über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist teilweise mit erheblichen Widersprüchen und Inkonsistenzen behaftet und unterliegt immer wieder Revisionen. Innerhalb einzelner statistischer Quellen vorzufindende, differierende Definitionen und fehlende Erläuterungen verschleiern die tatsächliche Situation der öffentlichen Haushalte und erschweren die Vergleichbarkeit der Datensätze. Um wenigstens ansatzweise dem Anspruch einer Kontinuität gerecht zu werden, erfolgt die hier vorgenommene Analyse, bei allen bekannten Problemen, in erster Linie auf der Grundlage der von Goskomstat regelmäßig vorgelegten Daten.
- 10 Bereits am 1. Juni 1994 betrug die nach der Tilgung erneut aufgelaufenen Verbindlichkeiten des Verteidigungsministeriums wieder 1,5 Bill. Rubel [Goskomstat Rossii, 1994c, S. 100 f.].
- 11 Über die sektorale und branchenmäßige Verwendung des Postens „Volkswirtschaft“ liegen keine Angaben vor.
- 12 Der Anteil der Staatsanleihen an der Defizitfinanzierung betrug in den ersten sechs Monaten 1994 etwa 10 vH des Gesamtdefizits. Die ausgegebenen Papiere haben eine Laufzeit von 3 bzw. 6 Monaten. Neben diesen kurzfristigen Papieren existieren noch „Goldene Zertifikate“, deren Bedeutung zur Defizitfinanzierung jedoch relativ gering ist.
- 13 Diese Information beruht auf internen Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds.
- 14 Betrachtet werden hier die gesamten Forderungen russischer Unternehmen gegenüber anderen Unternehmen, wie sie von Goskomstat und der russischen Regierung veröffentlicht werden [Goskomstat Rossii, 1994b; 1994c; Government of the Russian Federation, lfd. Jgg.]. Dabei liegen Inkonsistenzen zwischen den verschiedenen Datenquellen vor, so daß nicht auszuschließen ist, daß der rapide Anstieg der zwischenbetrieblichen Verschuldung bereits in den letzten Monaten von 1993 erfolgt ist.
- 15 Im Jahr 1992 hatte die nach der Freigabe der Preise zunächst verfolgte restriktive Geldpolitik ebenfalls zu einer starken Zunahme der zwischenbetrieblichen Verschuldung geführt. Diese war in der zweiten Jahreshälfte durch die Ausgabe neuer Kredite monetisiert worden [vgl. DIW et al., 1992; 1994a].

- 16 Diese Beträge entsprechen knapp 30 vH des Bestandes an Zentralbankkrediten Ende Mai 1994.
- 17 Vgl. *The Economist* vom 20.8.1994, S. 22; *Planecon* [Vol. 4, Nr. 18, 31.8.1994]; Goskomstat Rossii [1994c].
- 18 Es ergeben sich bei einer Ex-post-Betrachtung reale Zinssätze von mehr als 100 vH im Jahr. Dies ist damit zu erklären, daß die Inflationserwartungen höher als die tatsächlich realisierte Inflationsrate waren und die Nominalzinsen nicht schnell an die tatsächliche Inflationsentwicklung angepaßt wurden.
- 19 Bei dieser Berechnung wurden der damals gültige offizielle Refinanzierungssatz für Geschäftsbanken von 170 vH und der Zinssatz auf Regierungskredite von 10 vH zugrunde gelegt.
- 20 Unklar ist, nach welchem Klassifizierungsschema diese Zahlen ermittelt werden. Neben den überfälligen Krediten weisen die Statistiken der Zentralbank auch zweifelhafte Kredite aus, deren Anteil an der Kreditvergabe der Geschäftsbanken von 18 vH im ersten Quartal 1993 auf 49 vH im vierten Quartal und schließlich 111 vH Ende Mai 1994 angestiegen ist [Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, a, 1994, Nr. 1, S. 6; Nr. 6/7, S. 31]. Dies könnte nur damit erklärt werden, daß eine unterschiedliche Basis zugrunde liegt, etwa weil die zweifelhaften Kredite Forderungen an das Ausland umfassen oder die Gesamtkredite um überfällige Forderungen bereinigt wurden.
- 21 Ferner sind neue Zentralbank- und Geschäftsbankengesetze geplant, die unter anderem eine stärkere Kontrolle der Zentralbank durch das Parlament vorsehen [The Economist vom 6.8.1994]. Einzelheiten über den Inhalt dieser Gesetze sind jedoch bisher nicht bekannt geworden.
- 22 Der Geldmultiplikator gibt an, wie stark die weiter gefaßte Geldmenge M2 bei einer gegebenen Erhöhung der Basisgeldmenge expandiert. Dieser Zusammenhang wiederum wird von der Bargeldhaltung der privaten Haushalte bzw. der Reservehaltung der Geschäftsbanken im Verhältnis zu den Einlagen im Bankensystem bestimmt. Steigen sowohl der Bargeld- als auch der Reservekoeffizient, sinkt der Geldmultiplikator, und es kommt zu einem Disintermediationsprozeß.
- 23 Diese Angaben beruhen auf internen Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds.
- 24 Vgl. *Ekonomika i žizn'* [Nr. 35, August 1994]; Government of the Russian Federation [1994, Nr. 2]. Die Außenhandelsstatistiken werden nunmehr gemeinsam von Goskomstat und der Zollverwaltung erstellt. Es ist jedoch unklar, inwieweit diese Zahlen tatsächlich den Außenhandel mittlerer und kleiner Unternehmen berücksichtigen, der vor allem auf der Importseite von Bedeutung ist. Nach kaum überprüfbar Schätzungen könnten die tatsächlichen Importe bis zu 40 vH über den genannten Zahlen und damit für das erste Halbjahr 1994 bei mehr als 18 Mrd. US\$ gelegen haben [VWD-Osteuropa vom 22.7.1994].
- 25 Mündliche Angaben aus dem weißrussischen Ministerium für Intra-GUS-Beziehungen; vgl. *Centre of Economic Analysis* [1994].
- 26 Insbesondere die Rohölpreise haben sich zwar seit Jahresbeginn deutlich erholt; sie lagen im ersten Halbjahr 1994 aber immer noch deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 2].
- 27 Zur „Lerner-Äquivalenz“ von Export- und Importbeschränkungen vgl. Devarajan et al. [1991].
- 28 Text des Abkommens u.a. in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften [Dokumente, KOM(94) 257 endg., Brüssel 1994].
- 29 Zu den 1993 geltenden Regelungen vgl. Kaminski, Yeats [1993].
- 30 Zum Teil werden von russischen Politikern auch deutlich höhere Zahlen genannt, ohne daß mitgeteilt wird, wie diese Schätzungen zustande kommen [vgl. *Financial Times* vom 24.9.1994 und vom 26.9.1994].
- 31 Für die jüngste Umschuldung der Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung mit dem Pariser Club wurde der Durchschnittszins der vergangenen zwölf Monate für langfristige Staatsanleihen festgelegt. Zehn-Jahres-Anleihen der Vereinigten Staaten notieren zur Zeit mit etwa 7,5 vH [Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.9.1994].
- 32 Government of the Russian Federation [1994, Nr. 1]; Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii [c]. Aufgrund umfangreicher Devisenmarktinterventionen der Zentralbank zugunsten des Rubels sanken die Währungsreserven im dritten Quartal auf etwa 4–5 Mrd. US\$ [Financial Times vom 3.10.1994].
- 33 Nachdem im dritten Quartal 1993 noch einmal zwischenstaatliche Kredite in Höhe von 600 Mrd. Rubel geflossen waren, nahmen die Forderungen der russischen Zentralbank gegenüber den übrigen Nachfolgestaaten bis Mai 1994, von einem leichten Anstieg im ersten Quartal 1994 abgesehen, kontinuierlich ab.
- 34 In den letzten Monaten von 1993 waren keine neuen Zentralbankkredite mehr an die GUS-Staaten geflossen [Government of the Russian Federation, 1994, Nr. 1].
- 35 Für eine ausführliche Analyse des Abkommens zwischen Rußland und Weißrußland vgl. DIW et al. [1994b].

- 36 Vgl. etwa Neue Zürcher Zeitung vom 25.8.1994 und Kommersant vom 31.5.1994, S. 12. Die folgenden Angaben zur Wechselkursentwicklung beruhen auf Daten von Goskomstat und internen Arbeitsunterlagen des Finanzministeriums.
- 37 Zu den folgenden Ausführungen vgl. Kommersant vom 2.8.1994, S. 54 ff. und vom 9.8.1994, S. 54 f.; VWD-Osteuropa vom 22.7.1994, S. 2, und vom 25.7.1994, S. 6; UNECE [1994, S. 6f].
- 38 Die rechtliche Grundlage für diese Steuerreform bilden der Präsidentenerlaß Nr. 2270 vom 22.12.1993 „Über einige Änderungen in der Besteuerung und dem Verhältnis der Budgets der verschiedenen Ebenen“ und der mit diesem verknüpfte Präsidentenerlaß Nr. 2292 vom 24.12.1993 „Über die Einführung von Änderungen und Ergänzungen“ [Sobranie zakonodatel'stva, 1993, Nr. 52, S. 5723; Ekonomika i žizn', Nr. 4, 1994, S. 1].
- 39 Steuervorteile hingegen werden „kleineren“ Industriebetrieben eingeräumt: Gewinnsteuerbefreiung in den ersten zwei Jahren nach der Gründung, im dritten Jahr 25 vH der normalerweise zu entrichtenden Steuer-summe und 50 vH im vierten Jahr.
- 40 Für 1994 wird ein weiterer Rückgang auf 7,3 Mill. Personen prognostiziert [Sobranie zakonodatel'stva, 1994, Nr. 13, S. 2038].
- 41 Vgl. Goskomstat Rossii [1994a, S. 60 ff.]; Izvestija vom 14.7.1994. Die finanziellen Engpässe in den föde-ralen und regionalen Straßenbaufonds werden als die wesentliche Ursache für den schleppenden Fortgang im Straßenbau genannt. Vgl. Izvestija vom 2.6.1994 und Deutsche Verkehrs-Zeitung vom 29.1.1994.
- 42 Die Hafenumschlagskapazitäten Rußlands betragen derzeit etwa 165 Mill. t pro Jahr, das sind nur zwei Drittel des geschätzten Bedarfs [Nachrichten für Außenhandel vom 17.9.1993 und 1.3.1994]. Vgl. außer-dem Jagersbacher [1994].
- 43 Die Kosten sollen bis zu 40 vH direkt von potentiellen Nachfragern nach den Transportleistungen der russi-schen Flotte im Inland und von ausländischen Investoren aufgebracht werden. Als Eigenfinanzierungsanteil der Hafenverwaltungen bzw. der Reedereien sind 20 vH bei den Devisen bzw. 40 vH bei den auf Rubel lautenden Mitteln angesetzt, der Rest soll aus einem aus Haushaltsmitteln zu speisenden Spezialfonds fi-nanziert werden. Das russische Transportministerium bezweifelt allerdings selbst, daß die Finanzierung si-chergestellt werden kann.
- 44 Vgl. Izvestija vom 3.3.1994 und Nachrichten für Außenhandel vom 17.9.1993 und 1.3.1994.
- 45 Die ARIA war ursprünglich als Rechtsnachfolgerin der alten Aeroflot im Besitz sämtlicher Flugrechte im internationalen Verkehr, veräußert diese inzwischen aber zum Teil an andere Gesellschaften.
- 46 Die Statistik unterscheidet nach Wirtschaftsräumen und Verwaltungseinheiten (Republiken, Kraj, Oblaste). Darüber hinaus sind weitere Gruppierungen nach sozialökonomischen Gesichtspunkten möglich. Das russi-sche Wirtschaftsministerium geht von folgender Gruppierung aus: historisch schwach entwickelte Gebiete, Gebiete mit nationalen Konflikten, Gebiete mit vorwiegend Verarbeitendem Gewerbe, Gebiete mit einer Konzentration des militärisch-industriellen Komplexes, Rohstofffördergebiete, Agrargebiete, das Gebiet des hohen Nordens und des Fernen Ostens.
- 47 Anfang Juli wurde seitens des Staatskomitees für Vermögen die Zahl von 14 000 Groß- und Mittelbetrie-ben genannt, die im Rahmen von Scheckauktionen privatisiert worden sind [VWD-Osteuropa vom 4.7.1994].
- 48 Diese Schecks sollten ursprünglich zum 1. Juli 1994 ihre Gültigkeit verlieren, jedoch dürfen sie nach einem entsprechenden Erlaß des Präsidenten bis zum 1. Dezember 1994 weiterverwendet werden.
- 49 Zu beachten ist insbesondere, daß Kolchosen und andere Genossenschaften zum Privatsektor hinzugerech-net werden.
- 50 Zum nichtstaatlichen Sektor scheinen neben privaten und gemischten Unternehmen auch die gesell-schaftlichen Organisationen zu gehören, deren Bedeutung aber relativ gering ist.
- 51 Angaben zu den Investitionen nichtstaatlicher Unternehmen in einzelnen Wirtschaftsbereichen liegen der-zeit nicht vor.
- 52 Die Zuordnungen sind nicht immer eindeutig. Nach Angaben des Antimonopolkomitees der Föderation be-schäftigen sich von den 220 000 in Moskau ansässigen Kleinbetrieben 46 vH mit allgemeiner kaufmänni-scher Tätigkeit, was bedeutet, daß sie auf vielen Gebieten tätig sind [vgl. Ekonomika i žizn', Nr. 25, Juni 1994].
- 53 Für das Jahr 1992 liegen dazu entsprechende Daten vor: Während in der Gesamtindustrie Kleinbetrie-be lediglich 6,8 vH der Arbeitnehmer beschäftigten, waren es in der polygraphischen Industrie bereits 34,6 vH, in der Mühlenindustrie 28,4 vH, in der Lebensmittelindustrie 26,3 vH und bei der Produktion von Bauma-terialien 14 vH. Das sind die Zweige, in denen Pachtbetriebe überdurchschnittlich vertreten waren [Ifo Schnelldienst 20/1994, S. 20 ff.].

- 54 Beispielsweise Gewinn- und Vermögenssteuerbefreiungen für die ersten zwei Jahre; Sonderabschreibungen im ersten Geschäftsjahr von 50 vH der Grundfonds; Steuerbefreiung für reinvestierte Gewinne.
- 55 Insgesamt müssen russische Unternehmer mehr als 40 Steuern, Abgaben, Zölle und Pflichtbeiträge für verschiedene föderale und regionale Fonds entrichten [Calmon et al., 1994, S. 45].
- 56 Die Moskauer privaten Kleinunternehmer z.B. zahlen zwischen 25 und 30 vH der gesamten Steuereinnahmen der Stadt [Calmon et al., 1994, S. 49].
- 57 Zu ihr gehören:
- Verordnung des Ministerrates der RSFSR vom 16.7.1991, Nr. 406;
 - Erlaß des Präsidenten vom 20.11.1992, Nr. 1485;
 - Beschluß des Ministerrates vom 11.5.1993, Nr. 446;
 - Erlaß des Präsidenten vom 22.12.1993, Nr. 2270;
 - Beschluß der Regierung vom 29.4.1994, Nr. 409.
- 58 Solche Eingrenzungen wurden bereits im Regierungsbeschluß vom 11. Mai 1993 angeführt und im Föderalen Programm zur Unterstützung des Kleinunternehmertums vom 29.4.1994 bestätigt.
- 59 Zu ihnen gehören:
- das Staatskomitee für Antimonopolpolitik und die Unterstützung neuer Wirtschaftsstrukturen,
 - der Fonds zur Unterstützung des Unternehmertums und 48 regionale Unterstützungsfonds,
 - das Wirtschaftsministerium,
 - das Staatskomitee für Industriepolitik,
 - das Staatskomitee für Vermögen.
- 60 Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf eine interne Studie des Staatskomitees für Vermögen [Bergström, 1994] und auf weitgehend ähnliche Ergebnisse einer früheren Studie [Boyko et al., 1993].
- 61 Allerdings ist anzumerken, daß der Staat zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch beträchtliche Unternehmensanteile hält, die durchaus im Sinne einer wieder stärkeren Einflußnahme auf das Unternehmensgeschehen aktivierbar sind. An diese Möglichkeit knüpfen Reformgegner einige Hoffnungen. Auch dort, wo der Staat sich völlig von seinen Anteilen trennt, soll er eine „Goldene Aktie“ behalten, die ein Vetorecht bei wichtigen Unternehmensentscheidungen vorsieht.
- 62 Die verschlechterte Liquiditätslage der Unternehmen wird auch in Unternehmensbefragungen bestätigt [Dolgopiatova, Evseeva, 1994, S. 46 ff.].
- 63 Ein Konkursgesetz trat zwar offiziell im März 1993 in Kraft, kam aber praktisch nicht zur Anwendung (vgl. Abschnitt I.4.b).
- 64 Die Mittel sollen z.B. aus dem mit 3 Mrd. US\$ ausgestatteten Programm der G-7 zur Privatisierungsunterstützung kommen.
- 65 Die rechtlichen Grundlagen für Aktivitäten ausländischer Unternehmen finden sich im einzelnen in: Gesetz der RSFSR vom 26.6.1991 über die Investitionstätigkeit in der RSFSR; Gesetz der RSFSR vom 4.7.1991 über Auslandsinvestitionen in der RSFSR; Verfügung der Regierung vom 20.5.1992 zur staatlichen Registrierung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung; Gesetz vom 9.10.1992 zu Devisenbestimmungen und -kontrolle; Regierungsbeschlüsse Nr. 470 (4.7.1992) und Nr. 790 (14.10.1992) über die Territorien mit reglementiertem Zutritt für Ausländer; Regierungsbeschluß Nr. 715 (23.7.1993) zur Definition der Eigenproduktion bei Erzeugnissen für den Export bei Unternehmen mit ausländischer Beteiligung; Erlaß des Präsidenten vom 25.5.1992 über den Verkauf von Grundstücken an Bürger und juristische Personen im Rahmen der Privatisierung staatlicher Unternehmen; Erlaß des Präsidenten Nr. 1466 (27.9.1993) zur Vervollkommnung der Arbeit mit ausländischen Investoren; Erlaß des Präsidenten vom 23.12.1993 zur Frage der Aufteilung von Erzeugnissen bei Nutzung von Bodenschätzen; Erlasse des Präsidenten Nr. 2270 (22.12.1993) und Nr. 2292 (24.12.1993) über die Veränderungen in der Steuergesetzgebung.
- 66 Ungarn attrahierte 1993 etwa dreimal, China etwa zehnmal mehr Direktinvestitionen als Rußland [Foreign Trade Moskau, 1993, Nr. 9/10, S.13 f.].
- 67 Etwa 10 vH der Gesamtimporte waren für ausländische Unternehmen bestimmt.
- 68 Anfang 1994 befand sich knapp die Hälfte (etwa 430) aller deutschen Unternehmen in Moskau [Tagesspiegel vom 26.3.1994].
- 69 1993 verfügten nur 0,4 vH der Unternehmen in ausländischem (Teil-)Besitz über ein Grundkapital von mehr als 100 Mill. Rubel (etwa 150 000 US\$). 76 vH der Unternehmen waren Kleinunternehmen mit einem Eigenkapital von weniger als 1 Mill. Rubel (etwa 1 500 US\$) [Wirtschaft und Recht in Osteuropa, 1993, Nr. 9, S. 323].

- 70 Ein entsprechendes Urteil eines Moskauer Gerichts vom Mai 1994 hat deshalb Unruhe insbesondere unter ausländischen Managern ausgelöst, da der Rechtsfall ein Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung betraf [The Wall Street Journal Europe vom 9.5.1994, S. 4].
- 71 Falls nicht anders erwähnt, basieren die Ausführungen der Abschnitte II.4.a und II.4.b auf zwei Untersuchungen des Expert Institute [1994a; 1994b].
- 72 1992/93 haben zwar 93 vH aller befragten Unternehmen die Zahl ihrer Beschäftigten verringert, aber nur ein Fünftel der finanzstarken Unternehmen hatte mehr als die Hälfte der Beschäftigung abgebaut; in Unternehmen, die sich in einer Finanzkrise befanden, waren es nur 6 vH der Unternehmen [Expert Institute, 1994a, S. 25].
- 73 Nach Unternehmensbefragungen [Expert Institute 1994a; 1994b] wurde das Problem Beschäftigungsüberhang nur von 6 bis 17 vH der Manager genannt, Fluktuation und Mangel an Spezialisten dagegen von bis zu 40 vH.
- 74 So wuchs die Zahl der durchschnittlich arbeitslos gemeldeten Personen in den ersten fünf Monaten um 65 000 pro Monat, während es im Vorjahr durchschnittlich nur 22 000 pro Monat gewesen waren.
- 75 Das Management agiert weitgehend selbständig. In seinem Bewegungsspielraum wird es dabei durch die Arbeitnehmer eingeschränkt und zwar vor allem dort, wo diese die Aktienmehrheit besitzen.
- 76 Interne Arbeitsunterlagen des Expert Institute.
- 77 Auf Föderationsebene wird durch Abkommen zwischen Regierung, Arbeitnehmern und Arbeitgebern versucht, einen Rahmen für die betriebliche Lohnbildung zu setzen. In den Unternehmen besteht die Möglichkeit, durch betriebliche Tarife eine Lohnstruktur und -höhe festzulegen, die den spezifischen Bedingungen des Betriebs entsprechen. Die Regierung schreibt lediglich die Höhe des Mindestlohns vor.
- 78 Nach Umfrage des Expert Institute [Expert Institute, 1994a, S. 20] haben 1992 und 1993 nur 10 vH der Unternehmen ihr Sortiment grundlegend, dagegen 65 vH nur unwesentlich geändert. Die Intensität differierte nur leicht bezüglich der finanziellen Lage der Betriebe. Im übrigen hat kein Manager den rückläufigen Absatz auf ein mangelhaftes Sortiment zurückgeführt. Anderen Untersuchungen zufolge sollen Unternehmen ihr Sortiment in der Weise angepaßt haben, daß sie die Produktion verlustbringender Güter eingestellt haben [Bergström, 1994, S. 32].
- 79 So ist das Ministerium für materielle Ressourcen in die Aktiengesellschaft „Roskontrakt“ und das Ministerium für die Versorgung der Landwirtschaft in die Aktiengesellschaft „Rosagrosnab“ umgewandelt worden [Aslamazjan, 1993, S. 251 f.].
- 80 Ein Beispiel ist die Gesellschaft „Rosagrosnab“, die 118 Gebietsfilialen und 1 500 lokale Versorgungsbasen von Kolchosen und Sowchosen und somit die gesamte Palette der Industrieerzeugnisse, die in der landwirtschaftlichen Produktion benötigt werden, kontrolliert [Aslamazjan, 1993, S. 252].
- 81 Einige Unternehmen setzen ihre Preise auch in Abhängigkeit von der finanziellen Situation ihrer Kunden, etwa die russische Eisenbahn.
- 82 Die Rentabilitätsbeschränkung für ein Unternehmen, das im „Staatlichen Register der Monopolunternehmen“ aufgelistet ist, gilt für alle Produkte des Unternehmens, unabhängig davon, ob es eine marktbeherrschende Stellung innehat.

Literaturverzeichnis

- ASLAMAZJAN, Tigran A., „Zerschlagung der Monopole: Vordringlichste Aufgabe der Russischen Wirtschaftsreform“. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Problems of International Cooperation. Vierteljahresberichte, Nr. 133, Bonn, 1993, S. 251–258.
- BALCEROWICZ, Leszek, Common Fallacies in the Debate on the Economic Transition in Central and Eastern Europe. European Bank for Reconstruction and Development, Working Paper No. 11, London, Oktober 1993.
- BELJAEV, D.A., „Konwersija voennogo proizvodstva“. Rossijskie vesti vom 1. Juni 1994.
- BERGSTRÖM, Lars, Corporate Governance in Newly Privatized Russian Enterprises: A Field Study. Östekonomiska Institutet, Arbeitspapier Nr. 80, Stockholm 1994.
- BOEVA, Irina, Tatiana DOLGOPIATOVA, „State Enterprises During Transition: Forming Strategies for Survival“. In: Anders Aslund (Ed.), Economic Transformation in Russia. London 1994, S. 111–126.
- BOYKO, Maxim, et al., Privatizing Russia. Brookings Papers on Economic Activity, No. 2, Washington, D.C., 1993.
- CALMON, Pierre, Ilonka RÜHLE, Adalbert WINKLER, Interdisziplinäre Projekt Consult GmbH, Russia Small Business Fund, Pilot Scale Operations. Frankfurt am Main, Januar 1994.
- CAPELIK, Vladimir E., „Should Monopoly be Regulated in Russia?“. Communist Economies & Economic Transformation, Vol. 6, 1994, Nr. 1, S. 19–32.
- CENTRAL'NYJ BANK ROSSIJSKOJ FEDERACII [a], Bjuletin' Bankovskoj Statistiki. Moskau, lfd. Jgg.
- [b], Vestnik Banka Rossii. Moskau, lfd. Jgg.
- [c], Tekuscie tendencii v denezno-kreditnoj sfere, Nr. 8. Moskau 1994.
- CENTRE OF ECONOMIC ANALYSIS, Russia–1993. Economic Situation. Moskau 1993.
- , Russia–1994. Economic Situation. Moskau 1994.
- DEUTSCHE BANK RESEARCH, Osteuropa-Themen, Nr. 112. Frankfurt am Main, Juli 1994.
- DIW, IfW, IWH (DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT KIEL, INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE) [1992], Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands — Systemtransformation am Scheideweg. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 193/194, Oktober 1992.
- , —, — [1993], Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Systemtransformation auf dem Rückzug. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 208/209, Mai 1993.
- , —, — [1994a], Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Beschleunigte Talfahrt durch verschleppte Reformen. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 232, Mai 1994.
- , —, — [1994b], Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands — Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 234, Mai 1994.
- DEVARAJAN, Shantayanan, Jeffrey D. LEWIS, Sherman ROBINSON, External Shocks, Purchasing Power Parity, and the Equilibrium Real Exchange Rate. University of California at Berkeley, Department of Agricultural and Resource Economics, Working Paper No. 611, Mai 1991.

- DOLGOPIATOVA, Tatiana, I. EVSEEVA, „Ekonomičeskoe povedenie promšlennyh predprijatij v perechonoj ekonomike“. Voprosy ekonomiki, Nr. 8, 1994, S. 46 ff.
- DYKER, David, Michael BARROW, Monopoly and Competition Policy in Russia. Royal Institute of International Affairs, London, 1994.
- EXPERT INSTITUTE [1994a], Russian Enterprises. The Adaptation Process. Moskau, Februar 1994.
- [1994b], Russia's Textile Industry: Is there any Chance for Surviving? Moskau, Juni 1994.
- GOSKOMIMUŠČESTVO, Bericht über die Ergebnisse der ersten Phase der Privatisierung in der Russischen Föderation und die Grundsätze der Privatisierung von staatlichen und munizipalen Betrieben nach dem 1.7.1994. Moskau 1994.
- GOSKOMSTAT ROSSII, Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992.
- [1992b], Promyšlennost' Rossijskoj Federacii. Moskau 1992.
- [1993a], Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993.
- [1993b], Kapital'noe stroitel'stvo v Rossijskoj Federacii v 1992 godu. Moskau 1993.
- [1993c], Ob itogach social-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii v 1992g. Moskau 1993.
- [1993d], Prognoz razvitija Rossijskoj ekonomiki v 1994g. Moskau 1993.
- [1994a], Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993g. Moskau 1994.
- [1994b], Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–aprel' 1994g. Moskau 1994.
- [1994c], Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–ijun' 1994g. Moskau 1994.
- [1994d], Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–jul' 1994g. Moskau 1994.
- [1994e], Osnovnye pokazateli raboty promyšlennosti za janvar'–ijun' 1994g. Moskau 1994.
- [1994f], Čislo malych predprijatij i čislennost's rabotajusčich v nich. Moskau 1994, unveröff. Manuskript.
- [1994g], Osnovnye pokazateli social'no-ekonomičeskogo razvitija i choda ekonomičeskoj reformy v Rossijskoj Federacii za I kvartal 1994 goda. Moskau 1994.
- [1994h], Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994g. i prognoz na bližajušuju perspektivu. Moskau 1994.
- [1994i], Pomesjač ekonomičeskie i social'nye indikatory. Moskau 1994.
- [1994j], Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 1994. Moskau 1994.
- [1994k], Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–fevral' 1994g. Moskau 1994.
- [1994l], Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–mart 1994g. Moskau 1994.
- [1994m], O položenii rossijskoj ekonomički v 1993 godu i perspektivach ee razvitija na 1994g. Moskau 1994.
- GOSKOMSTAT RSFSR [1991a], Kapital'noe stroitel'stvo v RSFSR v 1990g. Moskau 1991.
- [1991b], Narodnoe chozjajstvo RSFSR 1990g. Moskau 1991.
- GOVERNMENT OF THE RUSSIAN FEDERATION, Russian Economic Trends. London, lfd. Jgg.
- HANDELS- UND INDUSTRIEKAMMER DER RUSSISCHEN FÖDERATION, O soversenstvovanii nalogovoj politiki v celjach stimulivoranija rossijskoj predprinimatel'stva. Moskau 1994.

- IMF (INTERNATIONAL MONETARY FUND), *Financial Relations Among the Countries of the Former Soviet Union. Economic Reviews*, No. 1, Washington, D.C., 1994.
- et al. (WORLD BANK, ORGANIZATION FOR ECONOMIC COOPERATION AND DEVELOPMENT, EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT), *A Study of the Soviet Economy*, Vol. 3, Washington, D.C., 1991.
- INSTITUT NARODNOCHOZJAJSTVENNOGO PROGNOZIROVANIIA RAN, *Ekonomika Rossii v 1994 godu: analiz i prognoz*. Moskau 1994.
- ISSAKOW, Konstantin, „Privatisierung der russischen Binnenschifffahrt. Moskau streicht die Subventionen“. *Deutsche Verkehrs-Zeitung*, Nr. 70, 14. Juni 1994, S. 11.
- JAGERSBACHER, Klaus, „Nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion. Transportwesen krankt an noch vorhandenen Strukturen“. *Deutsche Verkehrs-Zeitung*, Nr. 46, 19. April 1994, S. 8.
- JAREMENKO, J. V., V. N. RASSADIN, „Ipostasi konversii“. *EKO*, Nr. 12, Novosibirsk 1993.
- KAMINSKI, Bartłomiej, Alexander YEATS, *OECD Trade Barriers Faced by the Successor States of the Soviet Union. World Bank, Policy Research Working Papers, International Trade*, WPS 1175, Washington, D.C., 1993.
- KONOVALOV, Vladimir, *Russian Trade Policy. World Bank, Country Department III*, Washington 1994, mimeo.
- MALACHOV, S., „Finansovoe sostojanie i povedenie rossijskich predpriatij“. *Voprosy ekonomiki*, Nr. 8, 1994, S. 51 ff.
- MINISTERSTVO EKONOMIKI ROSSIJSKOJ FEDERACII [1994a], *Vestnik ekonomiki i jul'—avgust'*. Moskau 1994.
- [1994b], *Koncepcija strukturnoj politiki Rossijskoj Federacii v 1995–1997 godach. Proekt*, Moskau 1994.
- OST- UND SÜDOSTEUROPA-INSTITUT, *Presseschau Ostwirtschaft*. Wien, lfd. Jgg.
- OXFORD ANALYTICA, 1994, *Russia: Banking Regime*. Oxford, 13. September 1994.
- PLANECON, *Business Report*. Washington, D.C., lfd. Jgg.
- PRAVITEL'STVO ROSSIJSKOJ FEDERACII, *Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii, 1994 goda i prognoz na bližajšuju perspektivu*. Moskau 1994.
- REKITAR, Jakov A., *Bauwirtschaft und Baustoffindustrie in Rußland, Entwicklungstendenzen beim Übergang zur Marktwirtschaft und Möglichkeiten für Kooperationen mit dem Westen*. ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1993.
- SOBRANIE ZAKONODATEL'STVA, Moskau, lfd. Jgg.
- STARODUBROVSKAYA, Irina, „The Nature of Monopoly and Barriers to Entry in Russia“. *Communist Economies & Economic Transformation*, Vol. 6, 1994, Nr. 1, S. 3–18.
- STATKOM SNG, *Ekoomika sodružestva nesavisimych gosudarstv*. Moskau 1994.
- UNECE (UNITED NATIONS ECONOMIC COMMISSION FOR EUROPE), *East-West Investment News*, Nr. 1, 1994.